



16 | 2009

62. Jg., 34.–35. KW, 27. August 2009

## ifo Schnelldienst

### Zur Diskussion gestellt

*Lukas Menkhoff, Stephan Schulmeister, Bernd Kempa, Norbert Walter*

- Internationales Währungssystem: Ist der US-Dollar als Leitwährung überholt?

### Forschungsergebnisse

*Wolfgang Meister*

- Neuer Kinderzuschlag: Für Familien Einkommenssteigerungen

*Klaus Abberger, Maximilian Frey, Michaela Kesina und Anna Stangl*

- Indikatoren für die globale Konjunktur

*Eckart Bomsdorf und Ilina Valchinova*

- Bevölkerungsentwicklung in Ländern des ehemaligen Ostblocks bis 2050: Bulgarien

### Daten und Prognosen

*Manuel Birnbrich*

- Großhandel: Gebremste Investitionsbereitschaft

*Gernot Nerb und Anna Stangl*

- ifo Weltwirtschaftsklima: Deutlich verbessert

**ifo Schnelldienst** ISSN 0018-974 X

Herausgeber: ifo Institut für Wirtschaftsforschung e.V.,  
Poschingerstraße 5, 81679 München, Postfach 86 04 60, 81631 München,  
Telefon (089) 92 24-0, Telefax (089) 98 53 69, E-Mail: ifo@ifode.de.

Redaktion: Dr. Marga Jennewein.

Redaktionskomitee: Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Werner Sinn, Dr. Christa Hainz, Annette Marquardt, Dr. Chang Woon Nam,  
Dr. Gernot Nerb, Dr. Wolfgang Ochel.

Vertrieb: ifo Institut für Wirtschaftsforschung e.V.

Erscheinungsweise: zweimal monatlich.

Bezugspreis jährlich:

Institutionen EUR 225,-

Einzelpersonen EUR 96,-

Studenten EUR 48,-

Preis des Einzelheftes: EUR 10,-

jeweils zuzüglich Versandkosten.

Layout: Pro Design.

Satz: ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

Druck: Majer & Finckh, Stockdorf.

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise):

nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung eines Belegexemplars.

### Zur Diskussion gestellt

#### Internationales Währungssystem: Ist der US-Dollar als Leitwährung überholt?

3

In letzter Zeit wurden einige kritische Äußerungen zur Rolle des US-Dollar als Leitwährung laut. Sollte er als Weltleit- und Reservewährung ersetzt werden? *Lukas Menkhoff*, Universität Hannover, sieht den US-Dollar »längst in der Phase des Siechtums als internationale Leitwährung«. Die Gründe dafür seien aber weniger in Fehlern der USA zu finden als in der Dynamik offener Volkswirtschaften, die zu einer Einkommensangleichung vieler Volkswirtschaften in Richtung der reichen Länder führen werde. In diesem Prozess gehe die relative Bedeutung einer nur noch wenig wachsenden Volkswirtschaft zurück. Deshalb werde der US-Dollar als Leitwährung abgelöst, wofür mehrere Szenarien denkbar seien. In keinem Szenario schein es plausibel, dass der US-Dollar »seinen 100. Geburtstag als Leitwährung erleben werde«. Für *Stephan Schulmeister*, Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung, Wien, ist die Globalisierung ohne supranationale Währung ein »fataler Widerspruch«. Eine immer stärker globalisierte Wirtschaft brauche eine supranationale Leitwährung, also eine echte Weltwährung, denn ansonsten gebe es einen unlösbaren Grundkonflikt zwischen den »nationalökonomischen« Interessen des Leitwährungslandes und den »globalökonomischen« Interessen der Weltwirtschaft. Eine neue Weltwährung könnte z.B. den Dollar, Euro, Renminbi und Yen umfassen. *Bernd Kempa*, Universität Münster, hingegen sieht gegenwärtig den US-Dollar als Leitwährung alternativlos. Zudem werde im Zuge einer Korrektur der globalen Ungleichgewichte der Dollar wieder an Vertrauen und Glaubwürdigkeit gewinnen, so dass er auch weiterhin die Rolle als dominante Fakturierungswährung im internationalen Handel ausfüllen könne. *Norbert Walter*, Deutsche Bank Group, weist darauf hin, dass es bei einer Änderung der Weltreservewährung nicht vorrangig um den Wert des Instruments, sondern um Kosten und Koordinierung dieser Ablösung geht. Dies komme dem Dollar derzeit zu Gute. Außerdem seien zwingende Argumente für eine bestimmte Währungsalternative derzeit nicht vorhanden.

### Forschungsergebnisse

#### Neuer Kinderzuschlag, Wohngeldreform, höhere Hartz-IV-Regelsätze: Insbesondere für Familien deutliche Einkommenssteigerungen

19

*Wolfgang Meister*

Entsprechend dem Sozialstaatsprinzip bekommen private Haushalte in Deutschland zur Unterstützung in den unterschiedlichsten Lebenssituationen eine ganze Reihe von Transferleistungen. In den vergangenen Monaten gab es Leistungsverbesserungen bei einer Vielzahl dieser Transfers, und es traten Änderungen bei der Abgabenbelastung in Kraft. Dadurch können einige Haushaltstypen erhebliche Einkommenssteigerungen verbuchen. In diesem Beitrag werden Einzelheiten beschrieben sowie die Auswirkungen der einzelnen Maßnahmen auf das verfügbare Haushaltseinkommen für ausgewählte Familientypen in Abhängigkeit vom Bruttoarbeitslohn dargestellt und kommentiert. Durch die nahezu gleichzeitige Anhebung diverser Sozialleistungen können derzeit insbesondere Familien eine deutliche Verbesserung ihrer Einkommenssituation verbuchen. Alle Arbeitnehmer wurden außerdem bei den Steuern vom Lohn und – wenn ihr Bruttoverdienst die Beitragsbemessungsgrenze der Rentenversicherung nicht übertrifft – bei den Sozialversicherungsbeiträgen entlastet. Da im Vergleich mit dem Vorjahr die Verbraucherpreise nicht gestiegen sind, bedeutet das alles eine spürbar höhere Kaufkraft. Dementsprechend bilden die privaten Konsumausgaben im laufenden Jahr auch ein stabilisierendes Element für die gesamtwirtschaftliche Nachfrage.

#### Indikatoren für die globale Konjunktur

32

*Klaus Abberger, Maximilian Frey, Michaela Kesina und Anna Stangl*

Neben Konjunkturindikatoren für einzelne Länder spielen auch Konjunkturindikatoren für länderübergreifende Regionen und Instrumente für die Beobachtung der globalen Konjunktur eine wichtige Rolle. Der vorliegende Artikel stellt die Instrumente und die wichtigsten Indikatoren für eine Konjunkturbeobachtung auf globa-

ler Ebene vor und vergleicht ihre jeweiligen Eigenschaften. Die durchgeführten Berechnungen zeigen, dass ein Monitoringsystem für die globale Konjunktur aus vier Zeitreihen bestehen sollte: dem Composite Leading Indicator, dem Business Confidence Indicator und der internationalen Industrieproduktion, alle drei veröffentlicht durch die OECD, sowie dem durch das ifo Institut veröffentlichten ifo Weltwirtschaftsklima. Mit Hilfe dieser vier Zeitreihen lässt sich die Entwicklung im globalen Konjunkturzyklus abschätzen.

### Modellrechnungen zur Bevölkerungsentwicklung in Ländern des ehemaligen Ostblocks bis 2050 – das Beispiel Bulgarien

42

Eckart Bomsdorf und Iliana Valchinova

Bei der Präsentation von Bevölkerungsvorausberechnungen stehen häufig bevölkerungsreiche Länder im Vordergrund. Gerade in der EU gibt es jedoch eine Reihe von Ländern, die jeweils weniger als 10 Mill. Einwohner haben und deren Bevölkerungsentwicklung dennoch für die Europäische Union von großer Bedeutung ist. Eckart Bomsdorf und Iliana Valchinova, Universität zu Köln, beschäftigen sich mit dem demographischen Wandel in Bulgarien. Die Autoren betrachten die Entwicklung des Umfangs und der Altersstruktur der Bevölkerung Bulgariens sowie die Bedeutung der einzelnen Komponenten der Bevölkerungsbewegung. Nach ihren Berechnungen geht der Bevölkerungsumfang bis zum Jahr 2050 deutlich zurück: von 7,6 Millionen im Jahr 2007 auf – je nach Variante – 3,9, Millionen, 4,6 Millionen bzw. 5,7 Millionen Einwohner 2050. Bei der Altersstruktur findet eine Verschiebung von der Bevölkerung vor allem mittleren Alters zu den 65-Jährigen und Älteren statt. Der Anteil der 65-Jährigen und Älteren erhöht sich um Werte zwischen 50 und über 75%.

## Daten und Prognosen

### Großhandel: Drastische Absatzeinbußen bremsen die Investitionsbereitschaft

49

Manuel Birbrich

Im Jahr 2008 profitierte der Großhandel noch von der günstigen konjunkturellen Entwicklung. Die Umsätze des Großhandels (ohne Kraftfahrzeuge) stiegen im vergangenen Jahr nominal um fast 8% und real um 3,7%. Bereits im Herbst 2008 setzte aber eine negative Entwicklung ein. Im ersten Halbjahr 2009 setzte der Großhandel insgesamt nominal 16% und real 9% weniger um als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Negativ betroffen war insbesondere der Produktionsverbindungs-handel. Dort brachen die Umsätze um 23% ein. Weniger stark betroffen war der Konsumgütergroßhandel, doch auch dieser hatte unter Absatzrückgängen zu leiden. Seit Mai zeigt der ifo Geschäftsklimaindikator im Großhandel zwar wieder leicht nach oben, die Skepsis der Großhandelsfirmen bezüglich des weiteren Geschäftsverlaufs ist aber immer noch groß, so dass auch die Investitionsbereitschaft im Vergleich zum Vorjahr stark geschrumpft ist. Sie wird sich 2009 weitgehend auf notwendige Ersatzbeschaffungen konzentrieren sowie auf einzelne strategische Investitionsfelder wie Informations- und Kommunikationstechnik. Insgesamt lassen die Ergebnisse der diesjährigen ifo Investitionserhebung einen Rückgang der Investitionen des Großhandels um etwa 14% erwarten.

### ifo Weltwirtschaftsklima hat sich deutlich verbessert

53

Gernot Nerb und Anna Stangl

Das ifo Weltwirtschaftsklima hat sich im dritten Quartal 2009 zum zweiten Mal in Folge verbessert. Der Anstieg des Indikators resultiert in erster Linie aus den deutlich günstigeren Erwartungen für die nächsten sechs Monate. Doch auch die Einschätzungen der derzeitigen wirtschaftlichen Lage haben sich erstmals seit dem dritten Quartal 2007 leicht gebessert. Die Inflationserwartungen für 2009 sind im Weltdurchschnitt deutlich niedriger als die Inflationseinschätzungen für das Vorjahr (2,5% gegenüber 5,4%). Im Weltdurchschnitt wird für 2009 weder ein Inflationsschub noch ein Abrutschen in die Deflation erwartet. Die *kurzfristigen* Zentralbankzinsen werden im nächsten halben Jahr in der Mehrzahl der Länder unverändert auf dem derzeitigen Niveau bleiben, während die *langfristigen* Zinsen etwas anziehen dürften.

In letzter Zeit wurden einige kritische Äußerungen zur Rolle des US-Dollar als Leitwährung laut. Sollte die amerikanische Zahlungseinheit als Weltleit- und Reservewährung ersetzt werden?

## Das Siechtum des US-Dollar als Leitwährung

### Leitwährungen wechseln

Der US-Dollar ist zweifellos die Leitwährung der Weltwirtschaft. Diese Rolle hat er seit dem Zweiten Weltkrieg inne, also rund 65 Jahre. Das bedeutet aber auch, dass der US-Dollar nicht die erste Leitwährung war, denn vor ihm hatte das Britische Pfund diese Rolle inne und davor wiederum andere Währungen. Leitwährungen kommen und gehen also, das scheint sicher. Nur geschieht dies über lange Perioden und ist deshalb den jeweiligen Beobachtern nicht immer so deutlich, wie es im Nachhinein aussieht.

### Kritik am US-Dollar

Zurzeit ist die Debatte über die Rolle des US-Dollar als Leitwährung wieder aufgeflammt, nachdem sie in den neunziger Jahren schon einmal heftig geführt worden war. Auslöser der aktuellen Diskussion sind Meinungsäußerungen von autorisierter chinesischer und danach russischer Seite zum Thema (vgl. o.V. 2009a). Es wurde dafür plädiert, die Abhängigkeit der Weltwirtschaft vom US-Dollar zu reduzieren, indem bspw. eine internationale Währungseinheit die Aufgaben der Leitwährung übernimmt. Somit würde sozusagen politisch über die Ablösung des US-Dollar entschieden.

In dieser aktuellen Diskussion spiegeln sich die grundlegenden Argumente für eine Leitwährung wider, die einerseits einer ökonomischen, aber andererseits immer auch einer politischen Logik folgen. Aus ökonomischer Sicht beunruhigt die Kritiker des US-Dollar in letzter Zeit die Gefahr einer Inflationierung dieser Währung. Dies würde die gewaltigen Währungsreserven, die weltweit zu rund zwei Drittel in US-Dollar gehalten werden, ggf. um hunderte Milliarden US-Dollar entwer-

ten. Dies wiederum führt in Antizipation der drohenden Gefahr zu der Frage, ob Währungsreserven nicht in anderer Form gehalten werden könnten. Beispielsweise eben in einer internationalen Währungseinheit, wie den Sonderziehungsrechten (SZR) des Internationalen Währungsfonds. Es wird also deutlich, dass eine Währung die Weltwirtschaft nur dann »leiten« kann, wenn sie selbst eine stabile Währung ist (vgl. Frenkel und Menkhoff 2000).

### Auch eine politische Debatte

Aber die aktuelle Debatte hat auch einen politischen Akzent. Natürlich geht es dabei nicht nur um die Frage der am besten »geeigneten« Währung, sondern auch um Macht und Rang (vgl. o.V. 2009b). Typischerweise stammt die Leitwährung aus der führenden Volkswirtschaft der jeweiligen Zeit, und dies war zuletzt sicherlich die USA. Doch die relative Bedeutung der USA in der Weltwirtschaft sinkt. Im Grunde hatte die USA ihren Höhepunkt am Ende des Zweiten Weltkriegs erreicht und verliert seitdem an relativer wirtschaftlicher Bedeutung. Dies geschieht nicht Jahr für Jahr, aber doch im Trend. In den ersten Nachkriegsjahren waren es vor allem die Europäer (inkl. der Osteuropäer) und Japaner, die aufgeholt haben, dann kamen viele Schwellenländer dazu, vor allem die asiatischen Newly Industrializing Countries (NICs, wie Korea). Richtig Schwung hat diese Entwicklung aber erst bekommen, seitdem weitere bevölkerungsreiche Volkswirtschaften offensichtlich schneller wachsen als die »alten« industrialisierten Länder. Der Fokus richtet sich in erster Linie auf China, aber im Grunde trifft dies auch auf Indien, Südostasien und mit Einschränkungen auf Lateinamerika, arabische Staaten und manche Länder Afrikas zu. Die Gewichte in der Weltwirtschaft verschieben sich nach-



Lukas Menkhoff\*

\* Prof. Dr. Lukas Menkhoff leitet das Institut für Geld und Internationale Finanzwirtschaft an der Universität Hannover.

haltig und spürbar. Damit verschieben sich auch die politischen Gewichte, was der jüngste Wechsel von G-8 zu G-20 demonstriert.

Ein Blick zurück auf den letzten Wechsel der Leitwährung verdeutlicht die Mechanismen (vgl. Eichengreen 1996). Großbritannien war seit dem späten 18. Jahrhundert die führende Volkswirtschaft, weil sie produktiv war, ihren Kapitalstock kontinuierlich aufbauen konnte und über Wachstumsräume verfügte. Die USA überholten Großbritannien als größte Volkswirtschaft Ende des 19. Jahrhunderts, politisch dominierten sie durch den Verlauf des Ersten Weltkriegs und finanzwirtschaftlich gewannen sie schließlich Mitte des 20. Jahrhunderts die Oberhand. Damit sind wesentliche Faktoren skizziert, die eine Währung benötigt, um eine internationale Leitwährung zu sein. Diese Faktoren werde ich im Folgenden jeweils kurz ansprechen, um meine These zu begründen, dass sich der US-Dollar längst in der Phase des Siechtums als internationale Leitwährung befindet.

### Faktoren für eine Leitwährung

Das *volkswirtschaftliche Gewicht* eines Staats, der die jeweilige Währung emittiert, beinhaltet neben der schieren Größe sicher weitere qualitative Elemente. Dabei spielt die Produktivität eine Rolle, also die Leistungsfähigkeit der Firmen und damit die Frage, ob sie die Rolle eines Leitlands entsprechend umsetzen können. Besonders wichtig ist zudem die *Internationalität* der Volkswirtschaft, also ihre Verflechtung, wie sie z.B. in Im- und Exporten zum Ausdruck kommt. In dieser Hinsicht sind die USA eher in absoluter als in relativer Hinsicht mit führend, da ja bspw. das kleinere Deutschland ähnlich hohe absolute Exportwerte erreicht.

Ein entscheidender Grund, warum die USA nicht früher Großbritannien als Leitwährungsland abgelöst hatten, war die schwache Verfassung des *Finanzsektors*. Die Leitwährung spielt nicht nur im Außenhandel eine Rolle, bspw. bei der Fakturierung, sondern ebenfalls im internationalen Kapitalverkehr. Letzteres setzt aber einen entwickelten und stabilen Finanzsektor voraus.

Im Unterschied zu diesen fundamentalen Faktoren wird die Debatte häufig auch anhand von Indikatoren geführt, die anzeigen, ob oder in welchem Ausmaß eine Währung bereits internationale Leitwährung ist. Zu diesen Indikatoren zählt an erster Stelle die Nutzung einer Währung als Devisenreserve, die Nutzung als Fakturierungswährung, als Vehiklwährung im Devisenhandel, als Denomination internationaler Wertpapieremissionen usw. Eine Übersicht dazu bieten bspw. Caves et al. (2007), die zeigt, dass der US-Dollar in jeder Hinsicht vorn oder jedenfalls mit vorne liegt. Die einzige ernsthafte Konkurrenz ist aktuell der Euro.

### Rivalität zum Euro

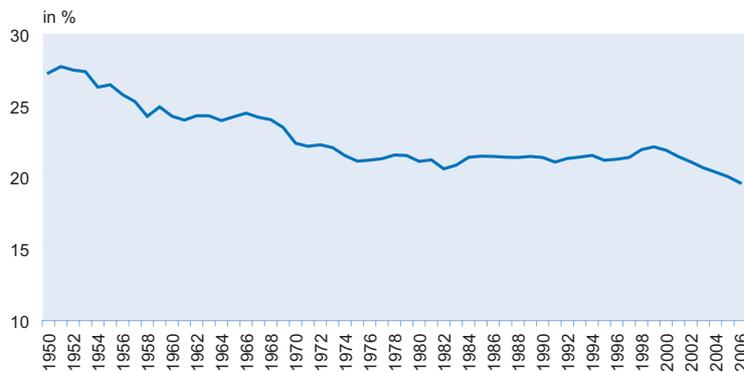
Chinn und Frankel (2008) haben sich in mehreren Aufsätzen mit der Rivalität dieser beiden Währungen befasst. Waren sie noch bis vor wenigen Jahren der Auffassung, dass der Euro in absehbarer Zeit kein ernsthafter Konkurrent werden würde, haben sie ihre Einschätzung jüngst geändert und halten nun einen Wechsel in der Leitwährung bereits im nächsten Jahrzehnt für möglich. Dies hängt von verschiedenen Bedingungen ab: Der Euro gewinnt an Gewicht, wenn er in zusätzlichen Staaten als Währung eingeführt wird, was aus heutiger Sicht – aufgrund der bisher erfolgten Beitritte – plausibel erscheint. Dieser Modellrechnung zufolge hilft dem Euro ferner, wenn er weiterhin tendenziell gegenüber dem US-Dollar leicht aufwertet. Schließlich ist bedeutsam, inwieweit der Finanzraum innerhalb der Europäischen Union geöffnet bleibt und dadurch der Euro vom Finanzplatz London profitiert.

Neben dem Euro gibt es aber auch andere Alternativen zum US-Dollar als Leitwährung. Ausgeschieden aus dieser Diskussion ist wohl der japanische Yen, der in den Diskussionen der neunziger Jahre eine erhebliche Rolle spielte. Ursächlich dafür ist die vergleichsweise bescheidene Größe, Dynamik und Offenheit der japanischen Volkswirtschaft. Aus denselben Gründen hat auch die frühere D-Mark den US-Dollar nie wirklich herausfordern können. Es bleiben demnach die angesprochenen Alternativen zum US-Dollar: eine internationale Währung, bspw. die SZR, der Euro und derzeit noch als Außenseiter der chinesische Yuan. Eine Prognose über diese Alternativen ist aufgrund der Langfristigkeit mit der der Wechsel einer Leitwährung geschieht, kaum seriös möglich. Es mag von daher erstaunen, dass dies weniger für die Prognose über die Zukunft des US-Dollar gilt. Hier kann man vergleichsweise gut einschätzen, dass sich der US-Dollar als Leitwährung im Siechtum befindet.

### Langfristiger Trend

Die Gründe für dieses Siechtum liegen weniger in Fehlern der USA begründet als in einer kaum zu ändernden relativen Dynamik offener Volkswirtschaften. Sofern die Weltwirtschaft weiter so offen verfasst bleibt wie in den letzten Jahrzehnten, kann man von einer Einkommensangleichung vieler Volkswirtschaften in Richtung der reichen Länder ausgehen. Dieser Konvergenzprozess ist kein Naturgesetz, aber es spricht doch vieles dafür, dass zahlreiche bevölkerungsreiche Staaten den Einkommensabstand zu den heute reichen Ländern verkleinern können. In diesem Angleichungsprozess muss die relative Bedeutung einer nur noch wenig wachsenden Volkswirtschaft mit 300 Mill. Einwohnern, selbst wenn sie mit das höchste Pro-Kopf-Einkommen hat, schrumpfen. Die USA verfügen über rund 5%

**Abb. 1**  
**Anteil des US-amerikanischen BIP am Welt-BIP von 1950–2006**



Die Berechnung basiert auf Geary-Khamis (International) Dollars.

Quelle: Angus Maddison, Universität Groningen.

der Weltbevölkerung, aber – in Kaufkraftparität – über fast 20% des Einkommens; beide Werte werden voraussichtlich sinken. Beide Werte jedoch waren Ende des Zweiten Weltkriegs noch sehr viel höher, so dass die USA schon heute nicht mehr die relative Bedeutung wie ehemals haben (vgl. Abb. 1).

Dazu kommen qualitative Änderungen. Die USA haben nicht mehr den mit Abstand größten Binnenmarkt, was lange ein Wettbewerbsvorteil war; auch die Produktivität ist nicht mehr bei weitem führend. Hinzu kommen makroökonomische Probleme, wie sie das so genannte doppelte Defizit zum Ausdruck bringt. Das Haushaltsdefizit schränkt den Handlungsspielraum ein, und das Leistungsbilanzdefizit hat doch mit häufig mehr als 5% zum Bruttoinlandsprodukt ein beträchtliches Ausmaß angenommen, das die Politik der USA mittelfristig beeinflussen muss. Zwei weitere »weiche« Faktoren kommen hinzu.

Zum einen hat die Glaubwürdigkeit der US-amerikanischen Politik in weiten Teilen der Welt eher abgenommen und damit die Bereitschaft eine Führungsrolle ihrer Währung hinzunehmen. Die USA sind mit ihrer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung keineswegs mehr das automatische Vorbild anderer Länder, sondern werden kritischer als zuvor gesehen. Selbst in Deutschland, das den USA besonders viel zu verdanken hat, lässt sich dieser Prozess beobachten und schwächt sich erst in jüngster Zeit wieder etwas ab. Dies wird auch von US-Beobachtern eingeräumt (vgl. Chinn and Frankel 2008).

### Schädliche Finanzkrise

Zum anderen haben fragwürdige Entwicklungen an den US-Finanzmärkten eine seit Jahrzehnten nicht mehr erlebte Finanz- und Wirtschaftskrise ausgelöst, die die gesam-

te Weltwirtschaft in Mitleidenschaft gezogen hat. Natürlich wird dadurch das »US-Modell« einer vergleichsweise gering regulierten und gesteuerten Wirtschaft kritischer als zuvor gesehen. Sowohl europäische als auch asiatische Länder grenzen sich nun deutlicher gegenüber diesem Wirtschaftsmodell ab. In gewisser Weise stehen die USA wieder ein wenig wie in der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts da, als sie als »unreif« für eine führende Rolle in der Weltwirtschaft galt. Diese Sicht scheint gerade in asiatischen Ländern an Gewicht zuzunehmen. Folglich wird dort bewusster als bspw. in Europa über eine Schwächung des US-Dollar als Leitwährung nachgedacht. Dabei bleibt es nicht nur beim Nachdenken, sondern es werden Maßnahmen zur regionalen Kooperation ergriffen, sowohl innerhalb der südostasiatischen Staaten als auch in Verbindung mit ostasiatischen Ländern.

### Aktive Maßnahmen Chinas

Gerade China bemüht sich offensichtlich, die relative Rolle seiner eigenen Währung zu stärken und dadurch die Rolle des US-Dollar zu schwächen. Ansatzpunkt ist es, den Außenhandel stärker über den chinesischen Yuan, statt über den US-Dollar abzuwickeln. Das ökonomische Kalkül basiert auf der zunehmenden Bedeutung Chinas als Handelspartner, so dass der bilaterale Handel bequemer in Yuan als in US-Dollar abgewickelt werden kann. Hinzu kommt die hohe Stabilität des Yuan im Vergleich mit dem volatileren US-Dollar. China scheint ein Mehrstufenprogramm vor Augen zu haben, indem der Yuan zunehmend als internationale Währung eingesetzt werden soll (o.V. 2009c). Dieses Programm startet in den chinesischen Grenzprovinzen sowie in Hongkong. Darüber hinaus bietet China vorteilhafte Konditionen in der Kooperation mit einzelnen Ländern der Region, wie Indonesien, Kambodscha oder Malaysia. Dies soll mit allen südostasiatischen Ländern ausgebaut werden. Schließlich bietet China bilaterale Swap-Abkommen zur Handelsabwicklung auch lateinamerikanischen und anderen Ländern an. Sollten diese Maßnahmen greifen, dann wird der Yuan – erst recht wenn China weiter stärker wächst als die übrige Welt – auch auf der internationalen Bühne eine wichtige Rolle spielen und damit indirekt den US-Dollar schwächen.

### Ausblick

Aus meiner Sicht scheint absehbar, dass der US-Dollar aus den dargelegten Gründen als Leitwährung abgelöst werden

wird. Allerdings profitiert er derzeit von positiven Netzwerkeffekten, die jede Leitwährung stabilisieren. Aber das wird das Ende nur verzögern und nicht verhindern, deshalb der Begriff des »Siechtums«. Weniger klar ist, wie es weitergehen wird: Welche Währung oder welche Konstruktion von Währungen beerbt den US-Dollar und wann vollzieht sich der Wechsel? Hier sind mehrere Szenarien denkbar. In keinem Szenario jedenfalls scheint plausibel, dass der US-Dollar seinen 100. Geburtstag als Leitwährung erleben wird, und selbst der 75. ist fraglich geworden.

### Literatur

- Caves, R.E., J.A. Frankel und R.W. Jones (2007), *World Trade and Payments, An Introduction*, 10. Auflage, Addison-Wesley, Reading et al.
- Chinn, M. und J.A. Frankel (2008), »Why the Dollar Will Rival the Euro«, *International Finance* 11(1), 49–73.
- Eichengreen, B. (1996), *Globalizing Capital, A History of the International Monetary System*, Princeton University Press, Princeton.
- Frenkel, M. und L. Menkhoff (2000), *Stabile Weltfinanzen? Die Debatte um eine neue internationale Finanzarchitektur*, Springer, Berlin et al.
- o.V. (2009a), »China fordert neue Weltwährung«, *Capital*, 24. März.
- o.V. (2009b), »Weitere Kritik am Dollar als Leitwährung«, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 11. Juli.
- o.V. (2009c), »Yuan soll den Dollar ablösen«, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 1. Juli.



Stephan Schulmeister\*

### Globalisierung ohne supranationale Währung: Ein fataler Widerspruch

Die Globalisierung von Märkten und Unternehmen seit dem Zweiten Weltkrieg wurde nicht von einer schrittweisen Schaffung eines supranationalen Währungssystems begleitet. Im Gegenteil: Der US-Dollar spielte permanent die Doppelrolle als nationale Währung der USA und als (Ersatz-)Weltwährung. Unter den Bretton-Woods-Regeln war der Dollarkurs (wenigstens) stabil, seit Anfang der siebziger Jahre ist die »key currency« zur instabilsten aller Reservewährungen geworden. Alle bedeutenden »Turbulenzen« in der Weltwirtschaft sind direkt mit der Doppelrolle des Dollar als Weltwährung und als nationale Währung verknüpft (zu den nachfolgenden Ausführungen vgl. im Detail Schulmeister 2000).

### Hauptfunktionen des Dollar als Weltwährung und als US-Währung

Drei Funktionen sind charakteristisch für den US-Dollar als globale »key currency«:

- Alle Rohstoffe (»standard commodities«) notieren in Dollar. Sein Wechselkurs ist daher (auch) ein supranationaler »flow price«.
- Der größte Teil internationaler Forderungen/Verbindlichkeiten werden in Dollar gehalten (dies gilt insbesondere für Schulden der »emerging market economies«). Sein Zinssatz und Wechselkurs sind daher (auch) supranationale »asset prices«.
- Der Dollar fungiert als »vehicle currency« im supranationalen »foreign exchange market«.

\* Dr. Stephan Schulmeister ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO), Wien.

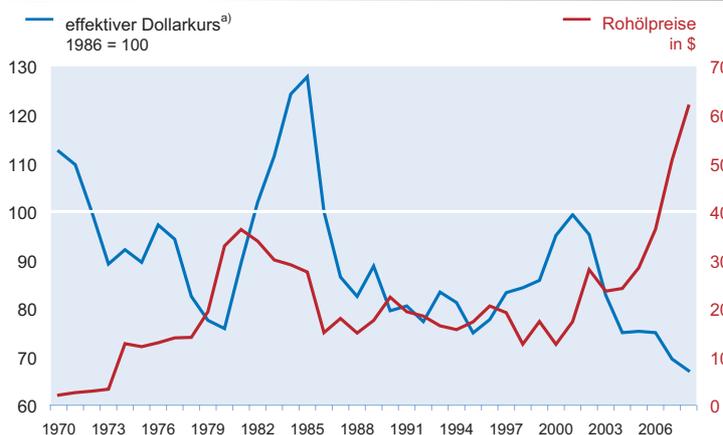
Als nationale Währung sind Zinssatz und Wechselkurs des Dollar wichtige Faktoren der US-Wirtschaftsentwicklung, sie werden daher in hohem Maß von den Interessen der USA und damit von ihrer Wirtschaftspolitik beeinflusst.

Die Konflikte zwischen den »nationalökonomischen« Interessen der USA am Einsatz von Zinssatz und (indirekt) Wechselkurs des Dollar als Instrumente einer »inward looking« Wirtschaftspolitik und den »globalökonomischen« Interessen des Gesamtsystems an einer stabilen Weltwährung prägten die Wirtschaftsentwicklung seit Anfang der siebziger Jahre. Dies gilt insbesondere für Ölpreisschocks und Inflationsdynamik, für die Schuldenkrisen der Entwicklungsländer und für das Anschwellen der Auslandsverschuldung der USA.

### Dollarkurs, Ölpreisschocks und Inflationsdynamik

Schwankungen des Dollarkurses verändern ceteris paribus nicht nur die Terms of Trade zwischen den USA und den übrigen Ländern (Folge der Rolle des Dollar als nationaler Währung der USA), sondern zwischen jedem Länderpaar, und zwar in Abhängigkeit vom Anteil der Rohstoffe an den Gesamtexporten bzw. -importen (Folge der Rolle des Dollar als Weltwährung). Sinkt etwa der Wechselkurs des Dollar gegenüber der D-Mark bzw. dem Euro, so verschlechtern sich die Terms of Trade nicht nur für die USA, sondern etwa auch für Saudi-Arabien: Die Dollarpreise von Importen aus Deutschland steigen, während der Dollarpreis von Erdöl konstant bleibt.

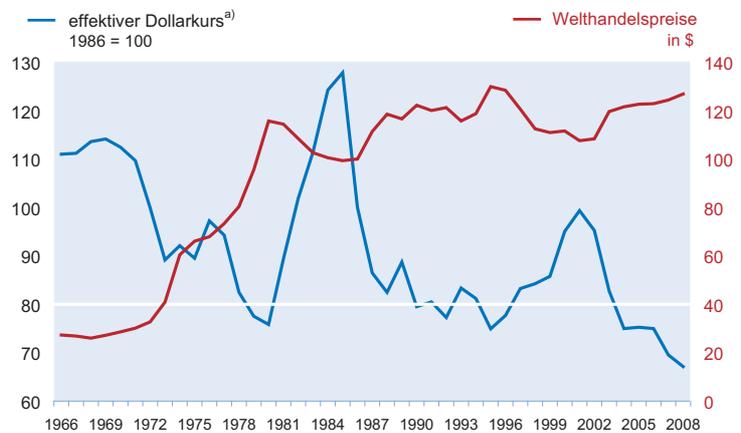
**Abb. 1**  
Dollarkurs und Ölpreisschwankungen



<sup>a)</sup> Gegenüber DM, Französischem Franc (ab 1999 Euro), Pfund, Yen.

Quelle: IWF, Oxford Economics (OEF).

**Abb. 2**  
Dollarkurs und Welthandelspreise



<sup>a)</sup> Gegenüber DM, Französischem Franc (ab 1999 Euro), Pfund, Yen.

Quelle: IWF, Oxford Economics (OEF).

Als Folge einer auf die USA beschränkten Rezession 1970 sowie einer steten Verschlechterung der US-Leistungsbilanz sagten sich die USA 1971 von den Bretton-Woods-Verpflichtungen los. Darauf sank der Dollarkurs bis 1973 um 25%. Im Oktober 1973 nützte die OPEC den Yom-Kippur-Krieg, um eine Verdreifachung des Ölpreises durchzusetzen (vgl. Abb. 1). Diese Sequenz in einem globalen Verteilungskampf wiederholte sich zwischen 1977 und 1979. Zunächst verlor der Dollar wieder 25% an Wert, 1979 folgte der zweite Ölpreisschock (wieder nützte die OPEC die Verunsicherung durch politische Turbulenzen, diesmal in Form des Golfkriegs zwischen dem Iran und dem Irak).

Beide Ölpreisschocks zogen einen Anstieg der Inflation (vgl. Abb. 2) und der Arbeitslosigkeit nach sich (via zwei Rezessionen). Diese Konstellation deutete man als Widerlegung des Keynesianismus, der Konnex zu den Dollarentwertungen und damit zur Aufgabe des Systems fester Wechselkurse wurde nicht wahrgenommen.

Um die hohe Inflation im eigenen Land zu bekämpfen, steigerte die US-Notenbank ab 1980 den Leitzins dramatisch, dies trug wesentlich zur exorbitanten Dollaraufwertung zwischen 1980 und 1985 und zu einem gleichzeitigen Rückgang des Ölpreises bei. Auf die nachfolgende Dollarabwertung reagierte Saudi-Arabien mit dem Versuch, einen dritten Ölpreisschock vorzubereiten, scheiterte aber, da die Marktmacht der OPEC dazu nicht mehr ausreichte (vgl. dazu Schulmeister 2000). Seit 2001 zeigt sich wieder eine markant inverse Entwicklung von Dollarkurs und Ölpreise (sowie der meisten Rohstoffpreise), gefördert durch

Spekulation von Finanzinvestoren auf den Derivatmärkten (vgl. Abb. 1).

Die inverse Beziehung zwischen Dollarkurs und Dollarpreisen ist im gesamten Welt-handel noch stärker ausgeprägt als im Rohstoffhandel (vgl. Abb. 2). Wertet der Dollar ab (auf), so steigen (fallen) alle nicht in Dollar notierenden Preise (etwa Industriewaren aus Deutschland, wenn sie in Dollar umgerechnet werden). Dies ist nicht nur ein statistisches Artefakt, da der Großteil internationaler Schulden in Dollar gehalten wird.

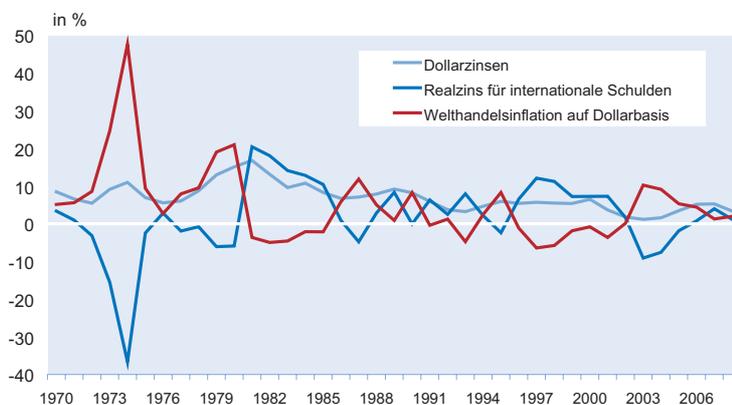
### Dollarkurs, Dollarzins und internationale Schuldenkrisen

Der Realzins einer internationalen Dollarschuld eines Landes ergibt sich als nomineller Dollarzins minus Veränderung seiner Exportpreise auf Dollarbasis (die Schuld muss ja durch Exporterlöse in Dollar bedient werden). Abbildung 3 zeigt seine Schwankungen für den Durchschnitt aller Länder.

Als Folge der hohen Dollarinflation war der Realzins in den siebziger Jahren extrem negativ. Dies förderte das »recycling of petro-dollars« in Form steigender Auslandsschulden vieler Entwicklungsländer, insbesondere in Lateinamerika (Mexiko, Brasilien und Argentinien waren damals die »Tigerländer«). Die Dollaraufwertung ab 1980 und damit der (absolute) Rückgang der Dollarpreise im Welthandel ließ den Realzins 1981 auf annähernd 20% springen, 1982 brach die internationale Schuldenkrise aus (während die Dollarabwertungen der siebziger Jahre die Auslandsschulden permanent abgewertet hatten, wurden sie nun massiv aufgewertet, vgl. Abb. 3).

In den neunziger Jahren ergab sich eine ähnliche Entwicklung, diesmal in Ostasien. Die »Tigerländer« finanzierten ihren Boom teilweise durch Auslandskredite in Dollar, als der Dollar 1995 aufzuwerten begann, stieg der Realzins einer Dollarschuld wieder sprunghaft an (vgl. Abb. 3). Beispiel: Alle Erlöse eines südkoreanischen Unternehmens aus Exporten (ohne jene in die USA) gingen – in Dollar gerechnet – massiv zurück. 1997 kam es zur Schuldenkrise der »Tigerländer« Ostasiens. Diese breitete sich in der Folge auf Russland, Brasilien und Argentinien aus, die Forderung nach einer neuen »globalen Finanzarchitektur« wurde stärker. Doch die Lage entspannte sich verblüffend schnell: Zur Bekämpfung der Rezession senkten die USA den Dollarzins auf 1%, der Dollarkurs ging massiv zurück und damit auch der Realzins einer internationalen Dollarschuld (vgl. Abb. 3).<sup>1</sup>

**Abb. 3**  
Dollarzins, Welthandelsinflation und Realzins für internationale Dollarschulden



Quelle: IWF, Oxford Economics (OEF).

Fazit: Die zumeist exogenen Schocks zugeschriebenen Turbulenzen in der Weltwirtschaft wie Ölpreisschocks und Schuldenkrisen wurden in hohem Maß durch endogene Faktoren verursacht, genauer gesagt, durch die Verteilungs- und Bewertungseffekte der Schwankungen von Zinssatz und Wechselkurs des Dollar in seiner Doppelrolle als nationale Währung der USA und als Weltwährung. Das Ausmaß dieser Schwankungen wird nicht nur durch die extrem diskretionäre Wirtschaftspolitik der USA verstärkt, sondern auch durch die Rolle des Dollar als »vehicle currency« im – hochgradig spekulativen – Devisenhandel.

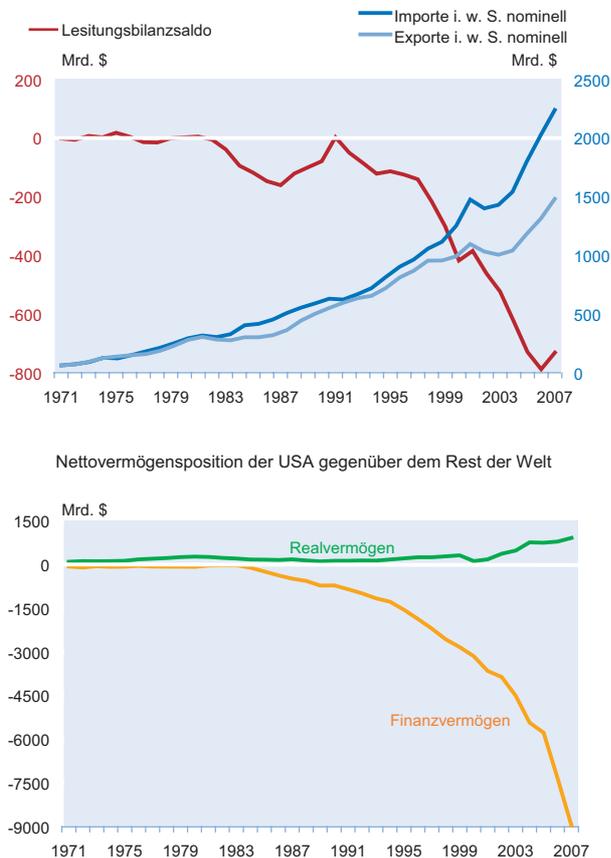
### Das Defizit in der US-Leistungsbilanz und seine Finanzierung nach Ponzi-Art

Für die USA hat sich das Verhältnis ihrer Wirtschaft zu jener der übrigen Länder seit Mitte der 1980er Jahre günstig entwickelt:

- Gemessen an der Kaufkraftparität international gehandelter Güter und Dienstleistungen (Tradables) ist der Dollar unterbewertet, die Exporte der USA sind daher in den vergangenen 20 Jahren rascher gewachsen als jene der übrigen Industrieländer (wichtigste Ausnahme: Deutschland).
- Die US-Importe wuchsen allerdings noch stärker, die USA absorbierten einen immer größeren Teil von Gütern und Dienstleistungen ausländischer Produktion (vgl. Abb. 4). Dazu hat eine stark nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik wesentlich beigetragen (umgekehrt förderte eine an-

<sup>1</sup> Zur Debatte um die Folgen unterschiedlicher Währungsstruktur von Erträgen (Flows) und Schulden (Stocks) vgl. Eichengreen, Hausmann und Panizza (2003); Eichengreen und Hausmann (2005) sowie Lane und Milesi-Ferretti (2005a).

**Abb. 4**  
**Dollarkurs und Außenwirtschaftsdynamik der USA**



Quelle: IWF, Fed.

gebotsorientierte Politik in neo-merkantilistischen Ländern wie Deutschland den »export push«).

- Ihr rasant steigendes Leistungsbilanzdefizit konnten die USA durch Kredite in eigener Währung finanzieren, da diese die Weltwährung darstellt. Als einziges Land sind die USA keiner Leistungsbilanzschränke unterworfen: Jeder einzelne Exporteur akzeptiert Dollars, er kann sie ja sofort in eine andere Währung umtauschen (oder vorweg absichern). Die Gesamtheit aller übrigen Länder kann das nicht, irgendwer muss den immer größer werdenden Dollarschatz halten.
- Die USA finanzieren ihre »current account« überdies nach Ponzi-Art: Seit 1984 übersteigt die Kreditaufnahme der USA den Zinsendienst für ihre bestehende Auslandsschuld (netto gerechnet, vgl. Abb. 5). Dies hat den Prozess der Akkumulation der Auslandsschulden der USA (= Forderungen der übrigen Länder) beschleunigt (vgl. Abb. 4).

In ein sarkastisches Bild gesetzt (dabei nehme ich das »Sparerland« Deutschland als »pars pro toto« der übrigen Länder): Die USA als Mr. Ponzi handeln mit Deutschland

als Dagobert Duck. Deutschland erarbeitet Porsches, Mercedes und BMWs, gefahren werden sie in den USA. Dafür erhält Deutschland ein wachsendes Dollarvermögen, das in den USA angelegt werden muss. Auch wenn Deutschland dafür keine Zinsen bekommt, sondern sie sich gewissermaßen selber zahlt, steht dieser Handel hoch im Kurs. Die deutschen Exporterfolge sichern Arbeitsplätze, einzig sie haben das Wachstum in den letzten 20 Jahren gestützt.

Die Doppelrolle des Dollar schafft zusätzliche Probleme systemischer Natur im Verhältnis zwischen den USA und dem Rest der Welt:

- Die USA können selbst die Verzinsung ihrer Auslandsschuld reduzieren, indem die Notenbank den Leitzins senkt und/oder Dollaranleihen aufkauft.
- Die USA sind nicht auf die Kreditbereitschaft der übrigen Länder angewiesen (ein weit verbreiteter Irrtum). Geht letztere zurück, dann sinkt eben der Dollarkurs (ein Leitwährungsland kann prinzipiell den Rest der Welt mit eigener Währung »überschwemmen«, solange ihm eine Abwertung egal ist).
- Mit jeder Dollarabwertung erfolgt eine Umverteilung der Finanzvermögen zugunsten der USA als Folge von Bewertungseffekten: Der Wert ihrer Bruttodollarschulden bleibt gleich, jener ihrer Bruttoforderungen gegenüber dem Ausland steigt (in Dollar gerechnet). Spiegelverkehrt ergibt sich eine Entwertung der »erarbeiteten« Dollarforderungen der fleißigen Gläubigerländer (vgl. dazu Gourinchas und Rey 2006a; 2006b; Lane und Milesi-Ferretti 2005a; 2005b).

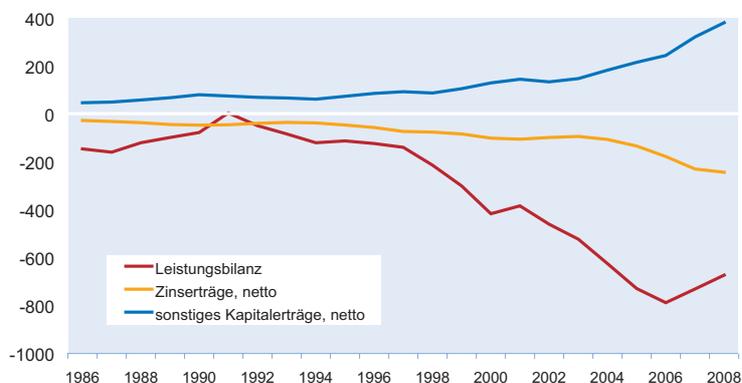
Die Problematik der Doppelrolle des Dollar hängt auch direkt mit der globalen Finanzkrise zusammen: Seit Mitte der 1980er Jahre hat sich die Ponzi-Akkumulation der Nettofinanzschulden der USA drastisch beschleunigt, sie erreichten 2007 etwa 9 000 Mrd. US-Dollar (vgl. Abb. 4 und 5). Die Gläubigerländer mussten ihren Dollarschatz in den USA anlegen, angesichts extrem niedriger Zinsen und rückläufiger Emission von Staatsanleihen (das Budgetdefizit der USA verbesserte sich ab 2003 markant) erschienen die »collateralized debt obligations« immer attraktiver.

### Systemimmanente oder systemerneuernde Lösungen?

Das Leistungsbilanzdefizit und die Auslandsverschuldung der USA stellen den Rest der Welt, insbesondere die wichtigsten Gläubigerländer wie China, Japan oder Deutschland, vor folgendes Dilemma:

- Entweder sie verringern ihre Bereitschaft, wie bisher Dollarforderungen zu akkumulieren, dann wird der Wechsel-

Abb. 5  
Neuverschuldung der USA – ihre Ponzi-Finanzierung



Quelle: IWF, Fed.

kurs des Dollar noch mehr sinken und das Wirtschaftswachstum in den Gläubigerländern dämpfen;

- oder die Gläubigerländer akkumulieren weiterhin Dollarforderungen, dann wird die stetig steigende Auslandsverschuldung der USA letztlich eine umso stärkere Dollarabwertung nach sich ziehen.

Innerhalb des derzeitigen Währungssystems kann dieses Dilemma nur dadurch überwunden werden, dass die Gläubigerländer ihre Importe aus den USA ausweiten und so den Wechselkurs des Dollar stützen. Dies ist gleichzeitig Voraussetzung dafür, dass die USA irgendeinmal einen Leistungsbilanzüberschuss erzielen und so einen Teil ihrer Auslandsschulden zurückzahlen. Ein solcher Ausweg aus dem Schuldendilemma erfordert freilich einen Wechsel in der Wirtschaftspolitik der wachstumsschwachen Überschussländer wie Deutschland oder Japan zu einem Kurs, welcher stärker als bisher die Binnennachfrage stimuliert. Solange dies nicht erfolgt, werden Wirtschaftspolitiker in den USA das Leistungsbilanzdefizit als Begründung für ein »talking the dollar down« heranziehen, um so die eigenen Exporte zu fördern. So werden sich die Exportüberschüsse der »Neo-Merkantilisten« schließlich als Geschenke an die USA entpuppen.

Der Befund über die Folgen der Doppelrolle des Dollar in den letzten 35 Jahren legt nahe, dass ein grundlegender Systemwechsel nötig ist. Eine immer stärker globalisierte Wirtschaft braucht eine supranationale »key currency«, also eine echte Weltwährung (so wie die Nationalstaaten dermaleinst die regionalen Währungen und der Euroraum kürzlich die nationalen Währungen »überwanden«). Hauptgrund: Der unlösbare Grundkonflikt zwischen den »nationalökonomischen« Interessen des Leitwährungslandes und den »globalökonomischen« Interessen der Weltwirtschaft als (geschlossenes) Gesamtsystem.

Aus diesem Grund hatte Keynes (1980a; 1980b) die Schaffung einer supranationalen Währung (»Bancor«) vorgeschlagen, welche aus einem Bündel der wichtigsten nationalen Währungen bestehen sollte. Er konnte sich aber mit diesem Vorschlag 1944 in Bretton Woods nicht durchsetzen. Die neue Hegemonialmacht USA wollte – nach dem britischen Pfund – nunmehr ihre Währung als Leitwährung sehen.

Wie könnte eine neue Weltwährung unter heutigen Bedingungen gestaltet sein? Es würde reichen, wenn der »Globo« den Dollar, Euro, Renminbi und Yen umfasste. Die drei Wechselkurse zwischen diesen Währungen sollten innerhalb enger Bandbreiten stabilisiert werden (wie in der EU zwischen 1986 und 1992). Das Niveau der Wechselkurse orientiert sich an der Kaufkraftparität von Tradables (die Datenbasis des »International Comparison Project« ermöglicht ihre Berechnung, vgl. Schulmeister 2005). Die Währungen der übrigen Länder werden in Relation zum »Globo« stabilisiert.

Derzeit erscheint ein solches Konzept – es entspricht den Überlegungen der UNCTAD (2009) sowie der Stiglitz-Kommission (vgl. UNO 2009), geht aber darüber hinaus – utopisch. Allerdings: In meiner Einschätzung wird sich die Krise nach dem momentanen Intermezzo »Wir machen weiter wie bisher« vertiefen. Dies wird die Bereitschaft zum (Ver-)Lernen und zu politischen Innovationen stärken.

## Literatur

- Eichengreen, B. und R. Hausmann (Hrsg.) (2005), *Other People's Money: Debt Denomination and Financial Instability in Emerging Market Economies*, University of Chicago Press, Chicago.
- Eichengreen, B., R. Hausmann und U. Panizza (2003), »Currency Mismatches, Debt Intolerance and Original Sin: Why They are Not the Same and Why it Matters«, NBER Working Paper, October.
- Gourinchas, P.O. und H. Rey (2006a), »International Financial Adjustment«, Working Paper, Version vom 3. April.
- Gourinchas, P.O. und H. Rey (2006b), »From World Banker to World Venture Capitalist: US External Adjustment and the Exorbitant Privilege«, in: R.H. Clarida (Hrsg.), *G7 Current Account Imbalances: Sustainability and Adjustment*, Bureau of Economic Research Conference Report, University of Chicago Press, Chicago.
- Keynes, J.M. (1980a), *The Collected Writings of John Maynard Keynes*, Vol. XXV, Activities 1940–1944, Macmillan – Cambridge University Press, Cambridge.
- Keynes, J.M. (1980b), *The Collected Writings of John Maynard Keynes*, Vol. XXVI, Activities 1941–1944, Macmillan – Cambridge University Press, Cambridge.
- Lane, P.R. und G.M. Milesi-Ferretti (2005a), »Financial Globalization and Exchange Rate«, IMF Working Paper, January.
- Lane, P.R. und G.M. Milesi-Ferretti (2005b), »A Global Perspective on External Positions«, IMF Working Paper, August.
- Schulmeister, S. (2000), »Globalization without global money: the double role of the dollar as national currency and as world currency«, *Journal of Post Keynesian Economics* 22(3), 365–395.

Schulmeister, S. (2005), *Purchasing Power Parities, Exchange Rates and International Price Competitiveness*, WIFO study, Wien.  
UN Commission of Experts of the President of the UN General Assembly on Reforms of the International Monetary and Financial System (2009), *Recommendations*, 19 March 2009, <http://www.un.org/ga/president/63/letters/recommendationExperts200309.pdf>.  
UNCTAD (2009), *The Global Economic Crisis: Systemic Failures and Multilateral Remedies*, Report by the UNCTAD Secretariat Task Force on Systemic Issues and Economic Cooperation, New York and Geneva, [http://www.unctad.org/en/docs/gds20091\\_en.pdf](http://www.unctad.org/en/docs/gds20091_en.pdf).



Bernd Kempa\*

## Dollarkrise und Leitwährungsstatus

In letzter Zeit häufen sich kritische Kommentare zur Rolle des US-Dollar als Leitwährung auf den internationalen Güter- und Finanzmärkten. Diese begründen sich aus Zweifeln an der Wertstabilität des Dollar sowie der Erwartung, dass die USA zukünftig ihre wirtschaftliche und politische Vormachtstellung verlieren könnten. Dabei ist allerdings nicht offensichtlich, welche Währung das Potential hat, den Dollar in seiner Funktion als Leitwährung zu ersetzen. Neben dem Euro als unmittelbarem Konkurrenten werden häufig der chinesische Yuan sowie die Sonderziehungsrechte des Internationalen Währungsfonds als Alternativen genannt.

### Welche Währung kann den Dollar als Leitwährung ablösen?

Generell zeichnet sich eine Leitwährung dadurch aus, dass sie als international wichtigste Transaktions-, Anlage- und Reservewährung fungiert. Hierzu muss sie uneingeschränkt in andere Währungen konvertierbar sein und ausreichend Liquidität im globalen Maßstab gewährleisten können. Zu diesem Zweck sollte das Leitwährungsland über offene, tiefe und gut entwickelte Finanzmärkte verfügen. Vertrauen und internationale Akzeptanz in die Leitwährung werden auch dadurch gefördert, dass das Leitwährungsland die innere Wertstabilität der Währung durch eine nachhaltig auf Preisniveaustabilität ausgerichtete Geld- und Finanzpolitik sichert, einen hohen Grad an makroökonomischer Stabilität besitzt und eine bedeutende wirtschaftliche und politische Rolle in der Weltwirtschaft spielt.

\* Prof. Dr. Bernd Kempa leitet das Institut für Internationale Ökonomie an der Universität Münster.

Diese Kriterien werden von den Vereinigten Staaten nach wie vor am besten erfüllt. Dies zeigt sich deutlich an der Bedeutung, welcher dem US-Dollar als Reservewährung zukommt. Dabei wird der Eindruck, dass der Dollar an Attraktivität als Reservewährung verloren habe, von den Fakten nicht gestützt. Mit einem Anteil von 64% an den weltweiten Devisenreserven nimmt der Dollar eine herausragende Stellung ein. Dieser Anteil lag zu Anfang des Jahrzehnts zwar mit knapp 72% etwas höher, das gegenwärtige Niveau entspricht aber in etwa seinem Durchschnittswert der letzten 15 Jahre, und in absoluten Zahlen war die Nachfrage nach Dollar als Reservewährung mit über 2,5 Billionen Dollar noch nie so hoch wie heute (vgl. IMF 2009).

Der Euro hat aufgrund seiner Stabilität sowie der Größe des Euroraums gute Chancen, als Reservewährung langfristig gegenüber dem Dollar an Bedeutung zu gewinnen. Chinn und Frankel (2007) prognostizieren gar, dass der Euro um das Jahr 2022 den Dollar als Leitwährung ablösen wird. Allerdings sind solche Prognosen vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen und politischen Heterogenitäten sowie der strukturellen und demographischen Probleme der Teilnehmerländer des Euroraums mit großer Unsicherheit behaftet. Auch hier sprechen die Fakten zudem bislang gegen eine zunehmende Bedeutung des Euro. So hat sich der Anteil des Euro an den weltweiten Devisenreserven im Laufe der letzten zehn Jahre zwar von knapp 18% zu Beginn der Europäischen Währungsunion auf derzeit 26,5% erhöht. Im Vergleich mit der Summe der Reservewährungsanteile der im Euro aufgegangenen ehemaligen nationalen Währungen inklusive des ECU fällt der Gemeinschaftswährung aber heute keine größere Bedeutung zu als ihren Vorläuferwährungen zu Mitte der neunziger Jahre (vgl. IMF 2009).

Als weiterer Kandidat, in Zukunft die Rolle einer Leitwährung zu übernehmen, wird gelegentlich auch der chinesische Yuan genannt. Die chinesische Währung wird in zunehmendem Maße zu Transaktionszwecken in Teilen Südostasiens verwendet und könnte sich dort zu einer Regionalwährung entwickeln. Um die Rolle einer Weltleitwährung übernehmen zu können, müsste die chinesische Volkswirtschaft jedoch wesentlich stärker globalisieren. Neben einer Vertiefung und Liberalisierung der chinesischen Kapitalmärkte ist vor allem die freie Konvertibilität des Yuan eine notwendige Voraussetzung für seine internationale Verwendung als Reservewährung.

Wenn auf absehbare Zeit keine einzelne Währung die Nachfolge des US-Dollar als Leitwährung antreten kann, dann wäre möglicherweise eine Korbwährung eine geeignete Alternative. In diesem Zusammenhang sind die Sonderziehungsrechte (SZR) des Internationalen Währungsfonds (IWF) als supranationale Reservewährung ins Gespräch gebracht worden. Die SZR sind eine vom IWF zu Ende der sechziger

Jahre geschaffene künstliche Währungseinheit, die zwar nicht auf den Devisenmärkten gehandelt, aber vom IWF und einigen anderen internationalen Organisationen als Rechen- einheit verwendet wird. Die Mitgliedsländer des IWF halten bereits Teile ihrer Währungsreserven in SZR als Guthaben gegenüber dem IWF, und jedes Mitgliedsland ist verpflichtet, in einem gewissen Rahmen Zahlungen in Form von SZR zu akzeptieren. SZR setzen sich aus Dollar, Euro, Yen und britischem Pfund zusammen, wobei die relativen Gewichtungen auf der Basis der Anteile der beteiligten Länder am Weltexport sowie ihrer Reservebestände beim IWF bestimmt werden. Da sich der Währungskorb auf eine kleine Anzahl von Währungen beschränkt und dem Dollar mit einem Anteil von 44% das größte Gewicht zufällt, müsste zunächst über seine Neukonstruktion, möglicherweise in Verbindung mit einer Reform der Stimmrechtsanteile beim IWF, nachgedacht werden. Dieser Prozess birgt jedoch erhebliche politische Brisanz und ist kaum geeignet, das notwendige Vertrauen in die SZR als Leitwährung zu fördern.

### **Worauf ist die gegenwärtige Dollarkrise zurückzuführen?**

Der US-Dollar ist als Transaktions- und Reservewährung auf den internationalen Güter- und Finanzmärkten gegenwärtig nicht nur alternativlos, sondern er wird auch stärker als jemals zuvor nachgefragt. Vor diesem Hintergrund ist nicht unmittelbar ersichtlich, warum sein Status als Leitwährung überhaupt in Frage gestellt wird. In der Tat bringt die Verwendung des Dollar sowohl für die USA als auch für den Rest der Welt erhebliche Vorteile mit sich. Die USA genießen als Leitwährungsland das außerordentliche Privileg, durch die Bereitstellung internationaler Dollarliquidität Kapital importieren zu können. Dabei halten Nichtamerikaner ihre Dollaranlagen zumeist in niedrig verzinslichen amerikanischen Staatsanleihen. Ein Teil dieser Kapitalimporte wird seitens der USA wiederum in hochverzinsliche Auslandsinvestitionen kanalisiert, wodurch für die Vereinigten Staaten beträchtliche Zinsgewinne entstehen. Letztere werden dabei auf jahresdurchschnittlich 1,2% des US-amerikanischen BIP geschätzt (vgl. Cline 2005, 262).

Aber auch der Rest der Welt hat bislang vom Status des Dollar als Leitwährung profitiert. Der Dollar hat in den letzten Jahrzehnten im Vergleich zu vielen anderen Währungen eine hohe innere Wertstabilität im Sinne geringer Inflationsraten aufgewiesen. Die Tiefe und Liquidität der amerikanischen Finanzmärkte sowie das ökonomische Gewicht der amerikanischen Volkswirtschaft auf den Weltmärkten machen den Dollar nicht nur als Transaktions- und Reservewährung attraktiv. Insbesondere Länder mit weniger liquiden Finanzmärkten profitieren vom Dollar als Leitwährung auch aufgrund günstiger Refinanzierungsbedingungen auf den amerikanischen Anleihemärkten.

Die mit dem Export von Dollarliquidität resultierenden Nettokapitalimporte können von den Vereinigten Staaten zur Finanzierung von Güterimporten aus dem Rest der Welt verwendet werden. Diese finden ihren Niederschlag in einem korrespondierenden Leistungsbilanzdefizit der USA. Während das amerikanische Leistungsbilanzdefizit zu Ende der neunziger Jahre mit 3% des amerikanischen Bruttoinlandsprodukts bereits eine kritische Marke erreicht hatte, weitete es sich in den Folgejahren weiter aus und erreichte im Jahre 2006 seinen Höhepunkt mit über 6% des US-amerikanischen BIP. Da sich die Leistungsbilanzsalden buchhalterisch weltweit zu null saldieren, schlagen sich die Gegenpositionen zum amerikanischen Defizit in entsprechenden Leistungsbilanzüberschüssen im Rest der Welt nieder. Auf diese Weise wird die aus den USA abfließende Dollarliquidität in die Überschussländer transferiert und steht diesen Ländern somit zu Transaktions- und Reservezwecken zur Verfügung.

Problematisch an diesem Transfer ist nicht seine Existenz, denn diese ist notwendiger Bestandteil der Leitwährungsfunktion. Bedenklich ist vielmehr die Höhe des amerikanischen Leistungsbilanzsaldos und die Tatsache, dass sich die Gruppe der Überschussländer und primären Dollargläubiger auf einige wenige Volkswirtschaften beschränkt. Letztere finden sich überwiegend in den aufstrebenden asiatischen Volkswirtschaften, den Erdöl exportierenden Nationen sowie einigen europäischen Ländern. Ende des Jahres 2007 vereinte diese Ländergruppe mit knapp 5 Billionen US-Dollar etwa drei Viertel der weltweiten Devisenreserven auf sich (vgl. Deutsche Bundesbank 2008). Dabei hält China mit 2 Billionen US-Dollar momentan fast ein Drittel aller weltweiten Dollarreserven, Japan folgt mit etwa 1 Billion US-Dollar, und auf Russland entfallen ca. 400 Mrd. US-Dollar.

Die Motivation für die Anhäufung solch enormer Dollarreserven seitens der Überschussländer ist dabei im Wesentlichen auf zwei Faktoren zurückzuführen. Zum einen waren die Erfahrungen mit der Asienkrise der Jahre 1997 und 1998 prägend, als der rasche Abzug von Portfoliokapital aufgrund der seinerzeit unzureichenden Reservebestände zu Währungs- und Banken Krisen in den betroffenen Ländern führte. Ein entsprechendes Reservepolster kann somit als Versicherung gegen zukünftige Krisen gesehen werden. Zum anderen basiert die Reservenakkumulation auch auf einer mangelnden Wechselkursflexibilität. Gerade der letzte Aspekt wird vielfach als Hauptursache für die Entstehung der globalen Ungleichgewichte ins Feld geführt (vgl. Dooley et al. 2003). Hierbei wurden in den zurückliegenden Jahren Unterbewertungen der Währungen in einer Reihe der Überschussländer durch gezielte Devisenmarktinterventionen zugunsten des Dollar aufrechterhalten.

Die Zweifel an der Leitwährungsfunktion des Dollar werden im Wesentlichen von dieser verhältnismäßig kleinen Grup-

pe von Dollargläubigern geschürt, wobei der Vertrauensverlust des Dollar überwiegend auf die eigenen Währungspolitiken dieser Länder zurückgeführt werden kann. Zum einen haben sich die Überschussländer durch die Anhäufung von Dollarreserven in erheblichem Maße von Schwankungen des Dollarkurses abhängig gemacht. Dabei wertet die amerikanische Währung bereits seit Anfang des Jahrzehnts multilateral ab. Allein zwischen 2002 und 2004 verlor der Dollar etwa 15% im gewichteten Durchschnitt gegenüber den Währungen der US-Handelspartner. Diese Schwächephase setzt sich seit 2006 und insbesondere seit Ausbruch der Finanzkrise Mitte 2007 fort. Zugleich haben die Überschussländer ihre Dollarguthaben überwiegend auf den als besonders liquide und sicher geltenden amerikanischen Vermögenmärkten angelegt. Diese Anlagestrategie ist für die Gläubigerländer nicht nur wenig rentabel, sondern sie hat auch ursächlich zur Entstehung der Preisblase auf den amerikanischen Vermögenmärkten als Auslöser der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise beigetragen.

#### Wie kann die Dollarkrise überwunden werden?

Durch die sehr expansive Geld- und Fiskalpolitik in den USA ist die aktuelle Inflationsgefahr zwar gestiegen, aber im Rest der Welt sieht die Situation kaum anders aus, so dass nicht mit einem weiteren dramatischen Verfall des Dollar auf den Devisenmärkten zu rechnen ist. Dafür spricht auch die Tatsache, dass die Dollargläubiger, allen voran China und Japan, kein Interesse daran haben dürften, durch schlagartige Umschichtungen ihrer zentralen Devisenbestände einen Kursverfall des Dollar auszulösen. Zudem ist Amerika auf dem Weg aus der Rezession schon weiter als viele andere Länder, und auf längere Sicht werden die USA auf ihren vergleichsweise hohen Trendwachstumspfad zurückkehren, der durch eine günstige demographische Entwicklung in den USA gestützt wird.

Unabhängig davon sind Amerikas Hauptgläubigerländer gut beraten, ihre Währungsreserven zukünftig stärker zu diversifizieren. Zugleich kann die Reservehaltung bei einer weiteren Wechselkursflexibilisierung auch erheblich im Niveau reduziert werden. Wenn die weltweite Dollarnachfrage im Gefolge dieser Anpassungen auf ein geringeres Niveau absinkt, werden die USA aufgrund der ins Land zurückfließenden Dollarbestände gezwungenermaßen eine längere Phase von Leistungsbilanzüberschüssen realisieren. Dieser Prozess erfordert eine Erhöhung der gesamtwirtschaftlichen Sparquote in den USA, so dass der amerikanische Konsum relativ zum amerikanischen Produktionsniveau sinken muss, um auf diese Weise die erforderlichen amerikanischen Nettoexporte zu generieren. Dieser Anpassungsprozess ist durch die fallenden Vermögenswerte im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise bereits angeschoben worden. Aufgrund des dynamischen Trendwachstums der USA

muss das Konsumniveau der USA im Zuge dieser Anpassung im Übrigen nicht notwendigerweise in ihrer absoluten Höhe zurückgehen.

Die trendmäßige Abwertung des Dollar, welche durch die Finanz- und Wirtschaftskrise beschleunigt wurde, ist somit Teil des notwendigen Anpassungsprozesses zum Abbau der globalen Ungleichgewichte. Der Dollar wird dabei für längere Zeit schwächer notieren, um die erforderlichen Leistungsbilanzüberschüsse in den USA zu ermöglichen. Vergleichbare Dollarschwächen sind in der Vergangenheit bereits mehrfach aufgetreten. So wertete sich der Dollar im Laufe der siebziger Jahre sowie in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre erheblich ab, aber in keinem Fall hat dies dem Status des Dollar als Leitwährung geschadet.

Die gegenwärtige Dollarschwäche wird im Wesentlichen nur aus Sicht der unmittelbar betroffenen Dollargläubiger als Dollarkrise empfunden. Im Zuge einer Korrektur der globalen Ungleichgewichte wird der Dollar jedoch wieder an Vertrauen und Glaubwürdigkeit gewinnen, so dass er auch weiterhin die Rolle als dominante Fakturierungswährung im internationalen Handel ausfüllen kann. Dafür sprechen auch die mit der verbreiteten Verwendung einer Transaktionswährung auftretenden Netzwerkeffekte im Hinblick auf die Vorteile für alle Akteure, ebenfalls diese Währung zur Abwicklung ihrer internationalen Geschäfte zu nutzen. Solche Netzwerkeffekte sind jedoch weniger bedeutend im Hinblick auf die Verwendung als Reservewährung, bei der neben Liquiditätsaspekten auch Diversifikationsargumente eine entscheidende Rolle spielen.<sup>1</sup> Während der Dollar somit aller Voraussicht nach seinen Status als Leitwährung behält, wird er nach dem Abbau der überschüssigen Dollarliquidität als Reservewährung jedoch langfristig an Bedeutung verlieren.

## Literatur

Chinn, M. und J.A. Frankel (2007), »Will the Euro Eventually Surpass the Dollar as Leading International Reserve Currency?«, in: R.H. Clarida (Hrsg.), *G7 Current Account Imbalances*, University of Chicago Press, Chicago, 283–338.  
Cline, W.R. (2005), *The United States as a Debtor Nation*, Peterson Institute for International Economics, Washington, D.C.  
Deutsche Bundesbank (2008), »Neuere Entwicklungen im internationalen Finanzsystem«, *Monatsberichte*, Juli, 15–31.  
Dooley, M.P., D. Folkerts-Landau und P. Garber (2003), »An Essay on the Revived Bretton Woods System«, NBER Working Paper 9971.  
Eichengreen, B (2005), »Sterling's Past, Dollar's Future: Historical Perspectives on Reserve Currency Competition«, NBER Working Paper 11336.  
IMF (2009), *Currency composition of Official Foreign Exchange Reserves (COFER)*, International Monetary Fund, Washington, D.C.



Norbert Walter\*

## Die Weltwährung im Taumel – wohin führt der Weg des Dollar?

Die Welt steckt in der Krise und mit ihr die seit fast 100 Jahren unangefochtene Weltwährung – der Dollar. Geht die jahrelange Dominanz nun zu Ende? Die seit langem anhaltende Abwertung gegenüber Euro und Yen schürt Zweifel an der Stabilität des Dollars. Der Harvard-Ökonom Kenneth Rogoff rechnet bereits mit Inflationsraten in den USA von 5 bis 6% in den kommenden Jahren. Um die Schuldenlast zu reduzieren, sei dies die politisch opportunistische Lösung. Die nächste Krise wäre damit auch schon vorprogrammiert, da China auf Dauer nicht mehr zur Finanzierung der wachsenden Schulden in den USA bereit sei.<sup>1</sup>

Und so wächst der internationale Druck auf den Dollar. Nicht nur in China und Russland wünscht man sich einen Wechsel, auch in Europa hört man lauter werdende Rufe nach einer neuen multipolaren Weltwährungsordnung.<sup>2</sup> Der Zusammenbruch von Lehman Brothers, die wachsende Verschuldung von öffentlichen und privaten Haushalten sowie die hohe Auslandsverschuldung der USA geben Anlass zur Sorge. Einige Regierungen sehen bereits den Euro als zukünftige Nummer 1 – die Hoffnung auf wachsendes Prestige für die noch junge Gemeinschaftswährung ist bereits spürbar. Aber auch eine andere Zukunft für das Währungsregime ist denkbar: So bringen Chinesen und Russen die Forderung ein, Sonderziehungsrechte (SDR) des Internationalen Währungsfonds als neue Weltwährung zu etablieren. Sie wünschen sich eine physisch (Gold oder Rohstoffe) oder durch einen Devisenkorb gedeckte Währung, die

<sup>1</sup> Die Rolle des Dollar als dominante Reservewährung kann als historischer Sonderfall betrachtet werden. So wurden vor dem ersten Weltkrieg neben dem britischen Pfund auch französische Franc und Deutsche Mark als Reservewährungen verwendet, und in den 1920er und 1930er Jahren waren die Hauptreservewährungen Pfund, Franc und Dollar (vgl. Eichengreen 2005).

\* Prof. Dr. Norbert Walter ist Chefvolkswirt der Deutschen Bank Gruppe, Deutsche Bank Research.

<sup>1</sup> Kenneth Rogoff im Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung vom 16. August 2009.

<sup>2</sup> Frankreichs Staatspräsident Sarkozy auf dem Weltwirtschaftsgipfel am 10. Juli 2009 in L'Aquila (Italien).

**Abb. 1**  
**Der Dollar im Abwärtstrend**  
börsentäglicher Wechselkurs



Quelle: DB Research; Global Insight.

eine höhere Stabilität aufweise, als der aus ihrer Sicht schwankungsanfällige Dollar.

Wie kommt es, dass die jahrelange Dominanz so plötzlich hinterfragt wird?

### Wer ist schuld?

Hohe US-Leistungsbilanzdefizite setzen den Dollar seit Beginn des Jahrzehnts unter Druck. Die Ursachen für hohe Leistungsbilanzdefizite und entsprechend hohe Leistungsbilanzüberschüsse vor allem in Asien, aber auch in Deutschland sind dabei vielfältig: Während die chinesische Sparneigung teils durch hohe Unternehmensprofite der Exportwirtschaft anhält, haben sich die Amerikaner schonungslos ihrer Konsumlust gewidmet. Während in den USA aber zuletzt die Sparquote deutlich angestiegen ist, zeigt man sich in China noch unbeeindruckt: Der heimische Yuan bleibt an den Dollar gekoppelt, eine Aufwertung wird nur schrittweise (oder überhaupt nicht) zugelassen.

Dabei fordert man ja nicht die chinesische Bevölkerung dazu auf, traditionelle Präferenzen und Verhaltensweisen aufzugeben: Wenn die Chinesen zum Sparen neigen, sollte man sie nicht daran hindern. Gerade hier liegt ja ein Vorteil der globalisierten Welt: Die Transformation von heutigem Konsum in die Zukunft und umgekehrt ist einfacher und profitabler, seitdem chinesische Sparer ihr Vermögen konsumfreudigen Ausländern auf Zeit überlassen. Staatliche Maßnahmen beeinflussen dieses Verhalten jedoch – gerade in China. Die künstliche Aufrechterhaltung des unterbewerteten Yuan beeinträchtigt die Funktionsfähigkeit des gesamten Weltwährungssystems. Auch eine neue Weltwährung löst dieses Problem nicht. Es müssen sich ja weiterhin Abnehmer für die Ersparnisse im Land der aufgehenden

den Sonne finden. Mit einem umfangreichen Konjunkturprogramm und starker Kreditausweitung durch die heimischen Banken hat die chinesische Regierung mittlerweile zwar erste Schritte zur Stärkung des inländischen Konsums beschritten. Ebenso wünschenswert ist aber eine flexiblere Haltung zum heimischen Wechselkurs, i.e. eine weitere Aufwertung des Yuan.

Schon seit Jahren fragt man sich, wie groß ein Leistungsbilanzdefizit sein muss, um als nicht mehr tragfähig zu gelten. Eine präzise Antwort fällt schwer. So etwa ist zu bedenken, dass die Rendite von Anlagen von Ausländern in den USA um ein Drittel unter der Rendite von US-Anlagen im Ausland liegt. Die weit höhere Geburtenrate in den

USA und die damit verbundene Wirtschaftsdynamik erleichtert die langfristige Finanzierbarkeit des hohen Außenhandelsdefizits. Dennoch ist ein dauerhaftes Anwachsen nur möglich, so lange Ausländer auch Interesse an der Finanzierung der Konsumwünsche von US-Schuldnern haben. Wird das Vertrauen in die Rückzahlungsfähigkeit nachhaltig gestört, ist es mit der Finanzierungsbereitschaft vorbei.

Auch in der Europäischen Währungsunion geht die Schere zwischen Schuldner- und Gläubiger-Ländern auseinander, nicht zuletzt dank einer gemeinsamen Währung, die für Italien oder Griechenland wegen mangelnder Kostendisziplin zum Verlust von Wettbewerbsfähigkeit geführt hat und nach wie vor führt. Trotz höherer Konvergenz im vergangenen Jahrzehnt sind die ökonomischen Strukturen zwischen den Staaten noch so unterschiedlich, dass der Ausstieg einiger Regierungen aus der Gemeinschaftswährung nicht ausgeschlossen wird. Zumindest liefert die unzureichende Kostendisziplin in der Währungsunion damit ein wichtiges Argument gegen die Forderung der Wiedereinführung eines festen Wechselkurssystems.

### Der Währungswechsel – ein langer Weg

Das britische Pfund, bis Ende des 19. Jahrhunderts noch die dominante Reservewährung, wurde Ende des Zweiten Weltkrieges vom Dollar abgelöst. Der Wechsel war das Produkt unterschiedlicher Entwicklungen in beiden Ländern: Schon über 50 Jahre vor dem Wechsel überholten die USA Großbritannien in der Wirtschaftskraft. In der Folge des Ersten Weltkrieges wurden die Briten dann vom Gläubiger zum Schuldner der Amerikaner. Zuletzt verblieb der Dollar als die einzige in Gold konvertierbare Währung und vollzog damit den entscheidenden Schritt zur Ablösung des Sterlings.

Der Übergang zu einer neuen Weltreserve-Währung ist also möglich. Vom Beginn der Diskussion bis zum endgültigen Vollzug vergeht jedoch sehr viel Zeit. Diese Trägheit resultiert aus der Gewöhnung vieler Teilnehmer an der Nutzung der Währung. Wer zu schnell die Revolution anstößt und sich von seinen Reserven trennt, verliert die Wette. Zentralbanken nutzen den Dollar, weil alle anderen Länder ebenfalls Dollar halten – ebenso schließen Unternehmen ihre Verträge in Dollar ab im Verständnis, dass andere dasselbe tun. Wer zu schnell auf eine andere Währung setzt, wird isoliert und gezwungen, zur ungeliebten Tauscheinheit zurückzukehren. Wie bei einer etablierten Weltsprache geht es nicht vorrangig um den intrinsischen Wert des Instruments, sondern um Kosten und Koordinierung der Ablösung. Diese Pfadabhängigkeit kommt dem Dollar derzeit – durch seine fast 100-jährige Bewährung – zu Gute.

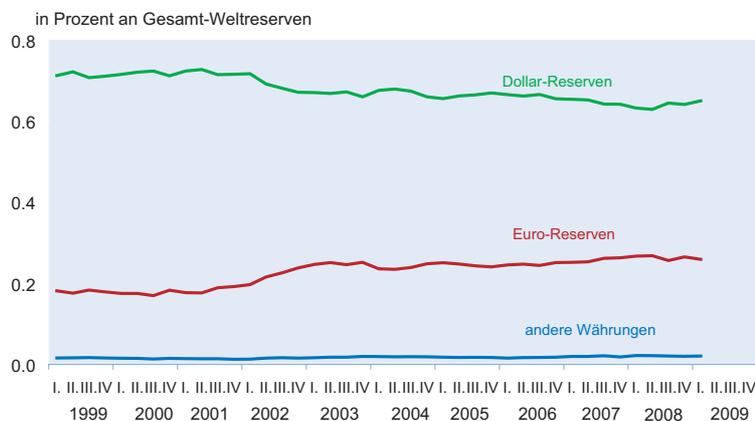
Die Ablösung des Pfunds durch den Dollar hat aber auch gezeigt, dass sich die Amerikaner nicht dauerhaft in Sicherheit wiegen sollten. Gelangen die Staaten gemeinsam zu der Überzeugung, dass eine andere Einheit ihren Interessen besser gerecht wird, ist die Zeit der Dollar-Dominanz vorüber. Ist diese Entscheidung einmal getroffen, kann der Wechsel schnell und nachhaltig erfolgen, insbesondere wenn ein hoher Wertverlust der Währung erwartet wird (tipping phenomenon).

Fraglich bleibt aber, an welchem Punkt wir in diesem Prozess heute stehen. Sind es die Gläubiger mit ihren hohen Dollarbeständen und ihrer Sorge vor Wertverlusten (locking in effect) oder die fehlende Alternative, die den Amerikanern derzeit noch ihren Status ermöglicht?

### Die Gläubiger – Ende der Geduld?

Asiatische Schwellenländer und die öllexportierenden Staaten haben in den vergangenen Jahren einen Bestand an Devisenreserven aufgebaut, der alles Bisherige in den Schatten stellt. Nie waren die weltweiten Devisenreserven so groß – mit 6.5 Billionen US-Dollar. haben sich die Reserven innerhalb des vergangenen Jahrzehnts verdreifacht. Dabei verfügt China als größter Gläubiger mit ca. 2 Billionen US-Dollar über den Löwenanteil, die Reserven Arabiens mögen ebenso groß sein, sind aber nicht entsprechend ausgewiesen. Nach einer Studie des Internationalen Währungsfonds liegt der Dollaranteil der weltweiten Währungsreserven noch immer bei über 60% – am höchsten in den Industrieländern mit fast 70%. Hinzu kommt, dass Länder mit beträchtlichen Rohstoffvorkommen und asiatische Staaten ihre Wäh-

**Abb. 2**  
**Dollar-Anteil an Weltreserven bleibt konstant**



rung an den Dollar binden. In den Jahren 2005 bis 2008 hat diese Fixierung die Inflation in den Ländern erheblich beschleunigt – China reagierte deshalb mit einer Anpassung des Wechselkursregimes und ließ eine leichte Aufwertung des Yuan zu. Die meisten anderen Länder verzichteten auf diesen Schritt. Der Preis: hohe Inflation und explodierende Immobilienpreise.

Der Druck, entweder die eigene Währung aufzuwerten oder hohe Preissteigerungsraten hinnehmen zu müssen, entlud sich zuletzt in wachsender Kritik an der Weltwährung. Hinzu kam insbesondere in China die Befürchtung, durch die Abwertung des Dollar einen hohen Wertverlust der eigenen Devisenreserven hinnehmen zu müssen. Wenn die USA ihre Schulden in Zukunft weginflationieren, werden die Gläubiger leiden, die weiter an Dollaranleihen festhalten.

Andererseits halten die Länder weiterhin an der festen Bindung ihres Wechselkurses an den Greenback fest. Wer seine Währung aber fixiert und anschließend trotz Exportboom und wachsenden Reserven keine ausreichende Wechselkursanpassung vornimmt, darf sich über einen schwachen Dollar nicht wundern. Selbstverständlich hat auch überschwänglicher Konsum in den USA zu dieser Situation beigetragen. Eine Stärkung des Yuan hätte die globalen Ungleichgewichte daher zwar nicht beseitigt, mindestens aber gemildert. Hinzu kommt, dass es nach wie vor starke Motive für fortgesetzte Dollarhaltung gibt: Die Währung wird in der Finanz- und Wirtschaftskrise als angeblich sicherer Hafen angesehen.

Liegt es also am Mangel an Alternativen, dass die Amerikaner weiterhin ihr »exorbitantes Privileg«<sup>3</sup> genießen?

<sup>3</sup> Zitat von Valéry Giscard d'Estaing, geäußert 1965 als französischer Finanzminister.

### Sonderziehungsrechte als neues Instrument?

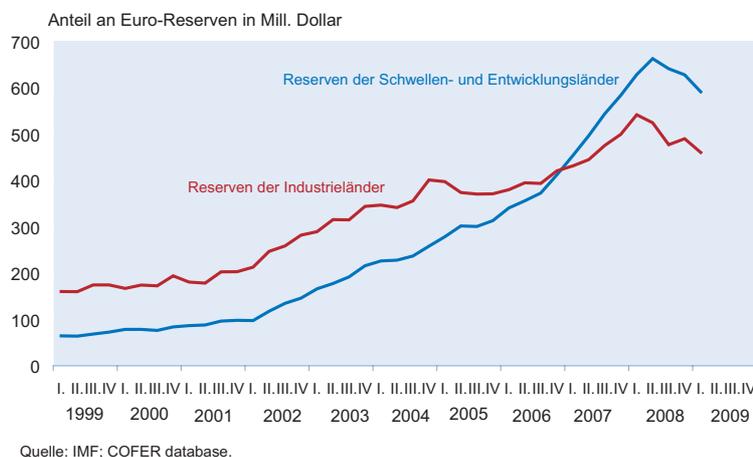
China und Russland fordern heute, Sonderziehungsrechte (SDR) als neue Weltwährung zu etablieren. Diese künstliche Währung wurde 1969 vom Internationalen Währungsfonds (IWF) geschaffen, um mehr Unabhängigkeit gegenüber nationalen Währungen herbeizuführen. Sie setzt sich aus Anteilen der im weltweiten Handel bedeutendsten Devisen zusammen. Diese werden in regelmäßigen Abständen vom IWF neu berechnet. Viele versprechen sich von der Umstellung eine geringere Volatilität der Bewertung der Währungsreserven aufgrund der höheren Diversifikation der Devisenanteile im Währungskorb.

Dennoch glaube ich, dass die Amerikaner eine Ablösung durch die SDR nicht zu fürchten brauchen: Weder weisen die SDRs auch nur im Geringsten die geforderte Liquidität einer Weltwährung auf, noch ist durch die häufige Umstellung und politischen Einfluss auf die Zusammensetzung des Korbs dauerhafte Stabilität zu erwarten. Die Sonderziehungsrechte fallen damit ebenso aus dem Rennen wie der chinesische Yuan, der bis heute umfangreichen Kapitalmarktkontrollen unterliegt und damit nicht als Reservewährung taugt. Bleibt nur noch der Euro als derzeit größter Konkurrent des Dollar auf den Weltdevisenmärkten.

### Wo steht der Euro?

Der Euro hat sich als weltweite Nummer 2 auf dem Devisenmarkt etabliert und wird heute verstärkt als Reservewährung genutzt. Er hat seinen Anteil an den weltweiten Währungsreserven von 18% bei seiner Einführung inzwischen auf mehr als 25% erhöht (nach einer Untersuchung der Europäischen Zentralbank). Mit dem Beitritt neuer Länder in die Eurozone kann sich dieser Trend noch verstärken. Eine Szenario-Analyse von Frankel und Chinn<sup>4</sup> zeigt, dass der Euro bereits 2015 als Nachfolger des Dollar in Frage kommt. Voraussetzung sei, dass der Dollar durchschnittlich weiterhin um 4% jährlich abwerte (Durchschnitt der letzten 20 Jahre) und mindestens 20% der Wechselkursgeschäfte im Euroraum über das Finanzzentrum in London abgewickelt würden. Ferner müssten alle Mitglieder der heutigen EU-27 bis dahin der Währungsunion angehören. Neben dem Imagegewinn für den Euro wären auch Seigniorage-Einnahmen für die Staatengemeinschaft

Abb. 3  
Euro-Anteil an Weltreserven wächst



eine – zugegeben kleine – finanzielle Spritze für die gebeutelten Staatshaushalte.

Dennoch bekäme der Euro auch Nachteile seiner verstärkten internationalen Nutzung zu spüren: So würde die Gemeinschaftswährung weiter aufwerten und damit die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen erheblich beeinträchtigen. Insbesondere Deutschlands exportgetriebene Wirtschaft wäre durch diesen Schritt hart getroffen. Ein langsamer, aber kontinuierlicher Bedeutungsgewinn wird den deutschen Exporteuren weniger Schaden zufügen. Fraglich ist hingegen, ob es überhaupt soweit kommt.

### Ist die Ablösung wünschenswert?

Der Status quo in Bezug auf Währungsreserven und Wechselkursanbindung zeigt die existierende Dominanz des US-Dollar im Währungsgeschehen. Die sich mehrenden kritischen Wortmeldungen gerade jener, die im Verlauf des letzten Jahrzehnts für undenkbar gehaltene Berge von Dollarreserven aufgehäuft haben, machen den Status quo sicherlich labil. Die expliziten Zweifel an der Wertstabilität der US-Währung durch strategische Investoren wie Warren Buffet, aber eben auch die genannten wichtigen Halter hoher Währungsreserven lassen den Fortbestand der Herrschaft des Dollar als gefährdet erscheinen. Die starke Aufblähung der Geldmenge durch Käufe toxischer Wertpapiere durch die Fed und die drastische Schuldenerhöhung der USA aufgrund der Bankenrettungspakete und der Stimulierung der Konjunktur auf Niveaus von etwa 100% des Sozialprodukts – und damit Werten wie man sie von Italien kennt – hat Zweifel an der Rückzahlungsfähigkeit bzw. dem Festhalten an niedriger US-Inflation genährt. Dies dürfte in den kommenden Jahren den Nimbus der US-Währung als Reservevehikel erschüttern.

<sup>4</sup> Vgl. Chinn, M. und J. Frankel (2008), The Euro May Over the Next 15 Years Surpass the Dollar as Leading International Currency, [http://ksghome.harvard.edu/~jfrankel/EuroVs\\$-IFDebateFeb2008.pdf](http://ksghome.harvard.edu/~jfrankel/EuroVs$-IFDebateFeb2008.pdf).

Während die Gründe für die Abwertung des Dollar plausibel sind, erscheinen zwingende Argumente für eine bestimmte Währungsalternative nicht vorhanden zu sein. Die Sonderziehungsrechte waren schon einmal, als der Dollar schwächelte – Mitte der siebziger Jahre –, zwar ein Kandidat, aber ohne Erfolg. Damals war deshalb die DM die wichtigste Alternative. Deshalb braucht man derzeit auch nicht lange zu rätseln: Die Alternative zum Dollar ist nicht der Yuan – er ist nicht konvertibel und soll es wegen des fortgesetzten Bedarfs an Kapitalverkehrskontrollen demnächst nach dem Willen der chinesischen Regierung auch nicht werden –, es ist der Euro. Dieser hat zwar keine innere Stärke, aber hinter ihm steht eine glaubwürdige und der Preisniveaustabilität verpflichtete Zentralbank. Die Liquidität dieser Währung ist ebenso zweifelsfrei wie sehr niedrige Transaktionskosten und eine beachtliche Qualität der Transaktionsabwicklung. Aus diesen Gründen wird der Euro als Reservewährung an Gewicht gewinnen. Dies wird solange der Fall sein, wie sich Amerika von seinen Ungleichgewichten verabschiedet und die USA nicht wieder zweifelsfrei als dynamisches und stabilitätsorientiertes Land angesehen werden.

### **Renaissance des US-Dollar?**

In meinem Urteil wird die US-Gesellschaft ihre Problemlösungskapazität bis 2015 aber wieder beweisen. Amerikas »checks and balances« funktionieren, seine Jugendlichkeit in Demographie und gesellschaftlicher Haltung werden sein Wiedererstarken gewährleisten. Dann wird auch der Dollar wieder an Respekt, Gewicht und Wert gewinnen.

# Neuer Kinderzuschlag, Wohngeldreform, höhere Hartz-IV-Regelsätze: Insbesondere für Familien deutliche Einkommenssteigerungen

Entsprechend dem Sozialstaatsprinzip bekommen private Haushalte in Deutschland zur Unterstützung in den unterschiedlichsten Lebenssituationen eine ganze Reihe von Transferleistungen. In den vergangenen Monaten gab es Leistungsverbesserungen bei einer Vielzahl dieser Transfers, und es traten Änderungen bei der Abgabenbelastung in Kraft. Dadurch können einige Haushaltstypen erhebliche Einkommenssteigerungen verbuchen. In diesem Beitrag werden Einzelheiten beschrieben, außerdem werden die Auswirkungen der einzelnen Maßnahmen auf das verfügbare Haushaltseinkommen für ausgewählte Familientypen in Abhängigkeit vom Bruttoarbeitslohn dargestellt und kommentiert.

Im Folgenden wird beschrieben, wie sich das gesamte Nettoeinkommen von Arbeitnehmerhaushalten (insbesondere mit Kindern) aus Nettolohn und Transfers zusammensetzt und wie es sich seit dem Herbst 2008 verändert hat. Berücksichtigt werden dabei die staatlichen Sozialleistungen, auf die Bezieher niedriger Arbeitseinkommen typischerweise Anspruch haben. Nicht betrachtet werden können z.B. Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz – weil hier neben der Einkommenshöhe der Eltern und der Haushaltsgröße sehr stark die persönlichen Umstände des einzelnen Studierenden (wie eigenes Einkommen, wohnhaft bei den Eltern oder nicht) Einfluss auf die Höhe der Beihilfe haben – und nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz – weil hier nicht das Einkommen der aktuellen, sondern einer früher ausgeübten Tätigkeit Einfluss auf die Leistungshöhe hat.

## Höhere Sozialleistungen

Die in den vergangenen Monaten in Kraft getretenen Verbesserungen bei staatlichen Transferleistungen waren zum Teil seit längerem geplant, zum Teil aber auch erst im Zusammenhang mit den staatlichen Programmen zur Stützung der Konjunktur ins Gespräch gekommen. Folgende Änderungen seit Herbst 2008 (in chronologischer Reihenfolge des Inkrafttretens) sind für die Berechnungen von Bedeutung:

- Kinderzuschlag: Seit 1. Oktober 2008 gelten überarbeitete Regelungen für den Kinderzuschlag, der 2005 eingeführt worden war. Dabei blieb die Hö-

he (maximal 140 € monatlich pro Kind) unverändert. Die Änderungen betreffen im Wesentlichen die Mindesteinkommensgrenze und die Transferentzugsrate. Nun wird als Mindesteinkommen nur noch ein (Brutto-)Einkommen von 600 € (Alleinerziehende) bzw. 900 € (Elternpaare) monatlich gefordert. Die Kürzung des Kinderzuschlags beträgt nun bei Überschreitung einer von der individuellen Situation abhängigen Einkommenshöchstgrenze je volle 10 € nur noch 5 € statt vorher 7 € (weitere Details vgl. Meister 2008, insb. S. 6 f.). Für die Verteilung der Miet- und Heizaufwendungen auf Erwachsene und Kinder wird bei der Berechnung des Kinderzuschlags auf den jeweils aktuellen Existenzminimumbericht Bezug genommen. Im November 2008 wurde der siebte Existenzminimumbericht veröffentlicht (vgl. Deutscher Bundestag 2008a), der also seitdem dafür die Grundlage bildet.

- Wohngeld: Zum 1. Januar 2009 trat die Wohngeldreform in Kraft. Diese Transferleistung war zuletzt zum Jahresbeginn 2001 angepasst worden. Im Zuge der Neuregelung wurden die Tabellenwerte um 8% erhöht und neue (höhere) Miethöchstbeträge und Einkommenshöchstgrenzen festgesetzt. Erstmals werden nun auch die Heizkosten berücksichtigt, und zwar in Form von nach Haushaltsgröße gestaffelten Festbeträgen. Eine faktisch rückwirkende Erhöhung ab Oktober 2008 wurde dadurch erreicht, dass alle Haushalte, die in mindestens einem der Monate Oktober 2008 bis März 2009 Wohngeld bezogen haben, einen einmaligen zusätzlichen Wohngeldbetrag erhielten. Dessen Höhe war von der

Haushaltsgröße abhängig und sollte dem durchschnittlichen Vorteil der Wohngeldnovelle für die Monate Oktober 2008 bis Dezember 2008 entsprechen.

- Kindergeld: Ebenfalls seit Jahresbeginn 2009 gelten neue Sätze für das Kindergeld. Für das erste und für das zweite Kind wurde die Leistung von monatlich 154 € auf 164 € angehoben, für das dritte Kind von ebenfalls 154 € auf 170 €, für vierte und alle weiteren Kinder von 179 € auf 195 €. Das war die erste Erhöhung seit Januar 2002 (Kindergeld für erste und zweite Kind) bzw. – wenn man von geringfügigen Erhöhungen durch Rundung auf volle Eurobeträge bei der Umstellung von DM auf Euro absieht – sogar seit Januar 1996 (für alle weiteren Kinder). Die Kindergeldanhebung war Bestandteil des Konjunkturpakets I (vgl. Bundesgesetzblatt 2008, 2957).
- Kinderbonus: Im Rahmen des Konjunkturpakets II wurde ein einmaliger Kinderbonus in Höhe von 100 € pro Kind für das Jahr 2009 beschlossen (vgl. Bundesgesetzblatt 2009, 417). Ausgezahlt wurde er in der Regel im April 2009.
- Grundsicherung für Arbeitsuchende (Arbeitslosengeld II und Sozialgeld, so genannte Hartz-IV-Leistungen): Der Regelsatz für alleinstehende Erwachsene wurde zum 1. Juli 2009 von 351 € monatlich auf 359 € erhöht. Gleichzeitig wurde der Leistungssatz für das Sozialgeld für Kinder vom vollendeten sechsten bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres auf 70% (von vorher 60%) des erwähnten Regelsatzes angehoben. Letztere Maßnahme war ebenfalls im Zusammenhang mit dem Konjunkturpaket II eingeführt worden<sup>1</sup> und ist dem Gesetzestext nach bis zum Jahresende 2011 befristet (vgl. Bundesgesetzblatt 2009, 429). Dort wurde auch festgelegt, dass der Kinderbonus nicht als Einkommen auf die Grundsicherungsleistungen anzurechnen ist (vgl. Bundesgesetzblatt 2009, 417). Die Anpassung des Regelsatzes erfolgt nach § 20 des SGB II mit dem Prozentsatz, mit dem sich der aktuelle Rentenwert (in Westdeutschland) verändert. Deshalb profitierten die Empfänger von Grundsicherungsleistungen wie schon im vergangenen Jahr von einem Eingriff in die Rentenformel. In beiden Jahren wurde nämlich der Rentenwert um jeweils ca. 0,65 Prozentpunkte stärker angehoben, als die Rentenformel vorsah, indem der so genannte Riester-Faktor nicht berücksichtigt wurde. Dies soll in den Jahren 2012 und 2013 nachgeholt werden (vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2008a, 1).
- Schulstarterpaket: Jeweils zum 1. August eines Jahres wird für Schüler eine zusätzliche Leistung in Höhe von 100 € für den Erwerb von Schulausstattung bezahlt, wenn die Eltern (bzw. der Elternteil) Anspruch auf Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe oder Kinderzuschlag haben.<sup>2</sup>

<sup>1</sup> Das Bundessozialgericht hatte am 27. Januar 2009 erklärt, dass es diesen Regelsatz für verfassungswidrig hält und die Frage dem Bundesverfassungsgericht zur Entscheidung vorgelegt (vgl. Bundessozialgericht 2009).

## Geringere Abgaben

Auch bei den Abgaben vom Arbeitslohn gelten seit Anfang 2009 einige neue Bestimmungen und Regelungen:

- Lohnsteuer: Hier gibt es eine Reihe von relevanten Änderungen, die auf unterschiedlichen Gesetzen beruhen. Zunächst wurde schon mit dem Alterseinkünftegesetz im Jahr 2004 festgelegt, dass aus dem Arbeitseinkommen gezahlte Aufwendungen für die Rentenversicherung sukzessive stärker von der Besteuerung freigestellt werden. So sind im Jahr 2009 68% der gesamten Aufwendungen (Arbeitnehmer- und Arbeitgeberanteil) zu berücksichtigen, 2008 waren es erst 66% (vgl. Bundesministerium der Finanzen 2005, 11). Weiters wurde als Bestandteil des Konjunkturpakets I im Zusammenhang mit der Anhebung des Kindergelds auch der Kinderfreibetrag erhöht (von 3 648 € auf 3 864 € jährlich) und die Regelungen zum Solidaritätszuschlag und zur Kirchensteuer entsprechend angepasst (vgl. Bundesgesetzblatt 2008, 2956 und 2958). Schließlich erfolgte eine Anhebung des Grundfreibetrags (von 7 664 € auf 7 834 € pro Jahr) und eine Absenkung des Eingangssteuersatzes (von 15 auf 14%) mit entsprechend angepassten weiteren Eckwerten des Steuertarifs als Maßnahme des Konjunkturpakets II (vgl. Bundesgesetzblatt 2009, 416).
- Sozialversicherungsbeiträge: Der Einkommensentwicklung folgend wurden die Beitragsbemessungsgrenzen zum Jahresbeginn angehoben, und zwar in der Renten- und in der Arbeitslosenversicherung von 5 300 € auf 5 400 € (in Westdeutschland) bzw. von 4 500 € auf 4 550 € (in Ostdeutschland), und in der Kranken- und der Pflegeversicherung in Gesamtdeutschland von 3 600 € auf 3 675 € (alle Beträge pro Monat). Der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung wurde zum 1. Januar 2009 von 3,3 auf 2,8% reduziert. Diese Absenkung war schon im ersten Konjunkturpaket vom Oktober 2008 enthalten. Allerdings sollte der Beitragssatz zunächst dauerhaft auf 3,0% festgelegt werden und nur vorübergehend im Zeitraum 1. Januar 2009 bis 30. Juni 2010 durch Rechtsverordnung sogar auf 2,8% vermindert werden (vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2008b; Bundesgesetzblatt 2008, 2860 und 2979). Die Befristung wurde dann mit dem zweiten Konjunkturpaket wieder aufgehoben (vgl. Bundesgesetzblatt 2009, 432). Zum Jahresbeginn 2009 wurde der Gesundheitsfonds eingeführt. Damit verbunden war die Festlegung eines allgemeinen Beitragssatzes für die gesetzliche Krankenversicherung. Im Oktober 2008 wurde er auf 15,5% festgesetzt (vgl. Bundesgesetzblatt 2008, 2109), nachdem er im Durchschnitt der Kassen im zweiten Halbjahr 2008 14,94% betrug. Mit dem Konjunkturpaket II wurde der Beitragssatz wieder auf 14,9% reduziert (vgl.

<sup>2</sup> Diese Leistung wurde schon im ersten Konjunkturpaket eingeführt (vgl. Bundesgesetzblatt 2008, 2957).

Bundesgesetzblatt 2009, 431). Insgesamt ist also der Beitragssatz zu den Sozialversicherungssystemen derzeit niedriger als im dritten Vierteljahr 2008. Arbeitnehmer mit einem Bruttoverdienst oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze 2008 für die Renten- und die Arbeitslosenversicherung haben dennoch höhere Sozialversicherungsbeiträge zu leisten. Allerdings stehen diese Personen nicht im Fokus dieser Untersuchung.

### Einkommensabhängigkeit von Sozialleistungen

Bei einigen der erwähnten Sozialtransfers ist die Höhe der staatlichen Leistung davon abhängig, ob und – falls ja – in welchem Ausmaß eigenes Einkommen (oder gegebenenfalls auch Vermögen<sup>3</sup>) zur Bestreitung des Lebensunterhaltes vorhanden ist. Hinzu kommen andere Größen (wie das Alter der Haushaltsmitglieder, die Höhe der Miete), die Einfluss auf die Höhe der Leistung haben können. Auch gibt es Regelungen, die den gleichzeitigen Bezug bestimmter Sozialleistungen unterbinden.

Das **Kindergeld** wird – in der Regel von den Familienkassen – als Transferleistung unabhängig vom Einkommen in gleichbleibender Höhe gezahlt. Da aber im Rahmen der Besteuerung des Kindergeldbeziehers automatisch geprüft wird, ob die Steuerbelastung bei Berücksichtigung des Kinderfreibetrags (3 864 € jährlich seit dem Jahr 2009) und des Freibetrags für den Betreuungs- und Erziehungs- oder den Ausbildungsbedarf (2 160 € jährlich, wie in den Vorjahren) günstiger ist, steigt die Leistung de facto bei sehr hohen Einkommen an.

Der **Kinderbonus** wird für jedes Kind, für das ein Anspruch auf Kindergeld besteht, in gleicher Höhe gezahlt, er ist also unabhängig vom Einkommen.

Das **Schulstarterpaket** steht einem Haushalt nur dann zu, wenn Grundsicherung für Arbeitsuchende, Sozialhilfe oder Kinderzuschlag bezogen wird. In diesen Fällen ist die Höhe der Leistung von der Höhe eines etwaigen eigenen Arbeitseinkommens unabhängig.

Die **Grundsicherung für Arbeitsuchende** wird bedürftigen Personen von der Bundesagentur für Arbeit oder von kommunalen Trägern gewährt, wenn sie entweder keine Arbeit oder kein ausreichendes Einkommen haben, um den Lebensunterhalt für sich und ihre Angehörigen zu bestreiten. Die Höhe der Leistungen orientiert sich am Bedarf des Haushalts. Die Höhe der Regelleistung wird alljährlich mit dem Rentenanpassungssatz fortgeschrieben. Seit Juli 2009 gelten folgende monatlichen Sätze:

- 359 € für Alleinstehende und Alleinerziehende,
- 323 € für volljährige Partner,
- 287 € für Kinder ab Beginn des 15. bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres,
- 251 € für Kinder ab Beginn des siebten bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres,
- 215 € für Kinder bis zur Vollendung des sechsten Lebensjahres.

Zusätzlich gibt es in speziellen Lebenslagen Mehrbedarfszuschläge. Berücksichtigt ist in den folgenden Berechnungen ein Zuschlag in Höhe von 36% der Regelleistung (also 129 € pro Monat) für Alleinerziehende, wenn sie mit einem Kind unter sieben Jahren oder mit zwei oder drei Kindern unter 16 Jahren zusammenleben. Darüber hinaus werden die Kosten für Unterkunft und Heizung (sofern sie »angemessen« sind) in voller Höhe erstattet.

Der so ermittelte Leistungsanspruch wird zunächst gegebenenfalls um das von den Familienkassen gezahlte Kindergeld vermindert. Ferner wird eigenes Arbeitseinkommen angerechnet. Im März 2009 (derzeit aktuellster ausgewerteter Monat) gab es immerhin 1,30 Mill. erwerbstätige Leistungsbezieher, davon waren 1,19 Mill. abhängig Erwerbstätige (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2009, 1). Das für den Leistungsanspruch zu berücksichtigende Einkommen (also die Kürzung der Grundsicherungsleistungen) lässt sich mittels der gesetzlichen Abzüge und festgelegter Freibeträge errechnen. Grundlage ist der monatliche Bruttolohn, davon sind abzuziehen:

- die gezahlten Steuern und Sozialbeiträge,
- ein Grundfreibetrag von 100 € monatlich,
- für den Teil des Bruttomonatsverdiensts, der 100 € übersteigt und nicht mehr als 800 € beträgt, 20%,
- für den Teil des Bruttomonatsverdiensts, der 800 € übersteigt und nicht mehr als 1 200 € (für Kinderlose) bzw. 1 500 € (Hilfebedürftige mit mindestens einem Kind) beträgt, 10%.

Das ist gleichbedeutend damit, dass die Transferentzugsrate bei Einkommen bis 100 € 0% beträgt, im Einkommensbereich zwischen 100 € und 800 € 80%, zwischen 800 € und 1 200 € bzw. 1 500 € 90% und darüber 100%.

Die Wirkung soll an einem Beispiel verdeutlicht werden. Ein Alleinstehender mit einem Bruttomonatslohn von 1 200 € hat Lohnabzüge in Höhe von 293 €. Als weitere Freibeträge werden 280 € anerkannt: 100 € Grundfreibetrag plus 140 € (20% von 700 €) plus 40 € (10% von 400 €). Somit beträgt das zu berücksichtigende Einkommen 627 € (= 1 200 € minus 293 € minus 280 €). Das Haushaltsnettoeinkommen der Person ist also um 280 € höher als ohne Arbeit (zusätzlicher Nettolohn 907 €, Leistungskürzung 627 €).

Der **Kinderzuschlag** wurde eingeführt, um Eltern zu unterstützen, die aus ihrem Einkommen ihren eigenen Le-

<sup>3</sup> Bei den Beispielrechnungen wurde davon ausgegangen, dass das Vermögen der betrachteten Haushalte die Freigrenzen nicht überschreitet.

bensunterhalt bestreiten könnten, allein wegen der zusätzlichen Aufwendungen für ihr Kind (bzw. ihre Kinder) aber Anspruch auf Grundsicherung hätten. Aus dieser Zielstellung ist schon ersichtlich, dass es hier Verknüpfungen zur Einkommenshöhe und zum Grundbedarf im Sinne der Hartz-IV-Regelungen gibt. Der (ungekürzte) Kinderzuschlag beläuft sich auf 140 € monatlich pro Kind, im Falle mehrerer Kinder wird vom »Gesamtkinderzuschlag« als Summe der einzelnen Kinderzuschläge gesprochen. Um einen Anspruch auf Kinderzuschlag zu haben, muss zunächst ein Mindesteinkommen vorhanden sein. Dieses war ursprünglich so festgelegt, dass es ausreichen musste, den elterlichen Bedarf (im Sinne von Hartz IV unter Berücksichtigung der Aufteilung von Miete und Heizkosten auf Erwachsene und Kinder nach dem Existenzminimumbericht) abzudecken. Seit Oktober 2008 gelten die oben schon erwähnten Mindesteinkommensgrenzen von 900 € (für Elternpaare) bzw. 600 € (für Alleinerziehende) für den monatlichen Bruttoverdienst. Darüber hinaus wird der Kinderzuschlag reduziert, sobald das Einkommen höher ist als der elterliche Bedarf. Für jede vollen 10 € monatlich, die das Einkommen diesen Grenzwert überschreitet, wird der Gesamtkinderzuschlag um 5 € vermindert. Schließlich entfällt die Leistung ganz, wenn entweder das Einkommen eine Höchstgrenze überschreitet (sie ist definiert als Summe aus elterlichem Bedarf und dem Gesamtkinderzuschlag) oder wenn kein Anspruch mehr auf Hartz-IV-Leistungen bestünde. Der hier anzuwendende Einkommensbegriff ist das zu berücksichtigende Einkommen im Sinne der Einkommensanrechnung bei der Grundsicherung für Arbeitssuchende.

Das **Wohngeld** ist ein staatlicher Zuschuss, den Mieter (oder Eigentümer) erhalten, wenn ihre monetäre Leistungsfähigkeit nicht ausreicht, die Miete (oder Belastung) zu tragen. Naturgemäß ist das Wohngeld von der Haushaltsgröße und der Höhe der Miete abhängig. Voraussetzung zum Bezug von Wohngeld ist unter anderem, dass der Haushalt keine Leistungen aus der Grundsicherung für Arbeitsuchende erhält. Das Wohngeld wird in Abhängigkeit vom Einkommen bezahlt, wobei ein eigener Einkommensbegriff Anwendung findet. So werden vom Bruttolohn zunächst Werbungskosten (mindestens in Höhe der Pauschale von 920 € jährlich bzw. 76,67 € monatlich) abgezogen, zusätzlich gibt es einen pauschalen Abzug. Dieser beträgt mindestens 6% und erhöht sich, je nachdem ob Sozialversicherungsbeiträge und/oder Steuern vom Einkommen gezahlt werden, auf bis zu 30%. Bei den hier durchgeführten Rechnungen sind folgende Fälle relevant:

- ein pauschaler Abzug von 6% für Einkommen unter der Grenze von 400 € monatlich für eine geringfügige Beschäftigung,
- ein pauschaler Abzug von 20%, wenn der Beschäftigte von seinem Einkommen zwar Sozialversicherungsbeiträge, aber keine Steuern zu zahlen hat,

- ein pauschaler Abzug von 30%, wenn Sozialversicherungsbeiträge und Steuern zu entrichten sind.

Für bestimmte Fälle gibt es von dem so berechneten Einkommen noch weitere Absetzbeträge, z.B. für Schwerbehinderte und Alleinerziehende. Schließlich wird das so ermittelte Ergebnis noch nach einer eigenen Regel gerundet.

Die Regelungen zu den prozentualen Abzügen führen dazu, dass der Wohngeldanspruch mit steigendem Bruttoeinkommen nicht auch kontinuierlich sinken muss. Im Gegenteil: Sobald Steuern vom Einkommen anfallen (bei einem Ehepaar mit mindestens einem Kind und einem Arbeitnehmer ist das bei einem Bruttoverdienst zwischen 1 700 € und 1 750 € monatlich der Fall), sinkt wegen des nun von 20 auf 30% steigenden Abzugsbetrags das zu berücksichtigende Einkommen deutlich (im genannten Beispiel von 1 295 € auf 1 175 €), womit in der Regel ein höherer Wohngeldanspruch entsteht.

Darüber hinaus ist die Höhe des Wohngeldes natürlich auch von der Höhe der Miete abhängig. Die Beispielfälle sind hier so gewählt, dass die einzelnen Haushalte durchschnittliche Aufwendungen für die Miete haben; diese liegen bei allen betrachteten Haushaltsgrößen im Rahmen der zuschussfähigen Beträge.

Mit der Wohngeldreform werden für die Höhe der Leistung seit Januar 2009 erstmals auch Heizkosten berücksichtigt. Hier werden allerdings nicht die tatsächlichen Aufwendungen angesetzt, sondern die folgenden pauschalen monatlichen Beträge in Abhängigkeit von der Größe des Haushalts:

- eine Person: 24 €,
- zwei Personen: 31 €,
- drei Personen: 37 €,
- vier Personen: 43 €,
- fünf Personen: 49 €,
- für jede weitere Person: zusätzlich 6 €.

Die konkrete Formel zur Berechnung des Wohngeldes berücksichtigt neben der zu berücksichtigenden Miete (inklusive der Heizkosten) das zu berücksichtigende Einkommen und einige Parameter, die von der Haushaltsgröße abhängig sind. Außerdem sind einige Rundungsregeln anzuwenden. Als Faustregel kann man sagen, dass ein um 100 € höherer Bruttoverdienst einen um 25 € bis 35 € niedrigeren Wohngeldanspruch zur Folge hat.

### **Berechnung des Haushaltsnettoeinkommens**

Die nachfolgenden Modellrechnungen für einzelne Haushaltstypen basieren auf einigen allgemeinen Festlegungen und Annahmen. Diese sind insbesondere:

- in jedem Haushalt gibt es einen Erwerbstätigen, der eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ausübt; außer dem Arbeitseinkommen und den hier betrachteten Sozialleistungen hat der Haushalt keine weiteren Einnahmen. Soweit Vermögen vorhanden ist, ist es so gering, dass es keine Auswirkung auf den Leistungsanspruch und die Leistungshöhe hat,
- alleinerziehende Eltern haben Anspruch auf Mehrbedarf beim Lebensunterhalt im Rahmen der Grundsicherung<sup>4</sup>, ein sonstiger Anspruch auf Mehrbedarf (als werdende Mutter, wegen Behinderung oder wegen einer medizinisch notwendigen kostenaufwendigen Ernährung) besteht nicht,
- das Alter der Kinder wird von Fall zu Fall gewählt, um den unterschiedlichen altersabhängigen Bestimmungen nach dem Wohngeldrecht und der Grundsicherung für Erwerbsfähige gerecht zu werden. Bei Kindern im Alter zwischen sechs und 14 Jahren ist unterstellt, dass sie zur Schule gehen,
- die Steuerabzüge vom Lohn erfolgen für Alleinstehende nach Lohnsteuerklasse I, für Ehepaare mit Kindern nach Lohnsteuerklasse III, für Ehepaare ohne Kinder nach Lohnsteuerklasse II, für Alleinerziehende nach Lohnsteuerklasse II; außerdem werden Kinderfreibeträge nach der Anzahl der Kinder berücksichtigt und Kirchensteuer entsprechend dem bayerischen Kirchensteuersatz (8%) abgeführt. Werbungskosten werden in Höhe des Pauschalbetrages (920 Euro pro Jahr) angesetzt,
- die Beiträge zur Sozialversicherung richten sich nach den gegenwärtigen Beitragssätzen in der gesetzlichen Rentenversicherung (Arbeitnehmeranteil: 9,95%), der sozialen Pflegeversicherung (für Arbeitnehmer mit Kind: 0,975%; für Kinderlose: 1,225%), der Arbeitslosenversicherung (1,4%) und der gesetzlichen Krankenversicherung (Arbeitnehmeranteil im dritten Vierteljahr 2009: 7,9%, im dritten Vierteljahr 2008: als Durchschnitt aller Krankenkassen 7,91%),
- die Haushalte haben im Regelfall jeweils typische Aufwendungen für Wohn- und Heizbedarf. Als Referenzgröße werden hier die durchschnittlichen Ausgaben für Kaltmiete und für Heizkosten von Sozialhilfeempfängerhaushalten angesetzt, wie sie im 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung genannt sind.<sup>5</sup> Um den Einfluss der Wohnkosten zu veranschaulichen, werden für einen Haushaltstyp diese Aufwendungen variiert,
- die Kaltmiete liegt jeweils unter den örtlichen Höchstbeträgen nach den Wohngeldtabellen.<sup>6</sup>

Es wird unterstellt, dass die Haushalte ihre Ansprüche auf Sozialleistungen in vollem Umfang geltend machen. In den Fällen, in denen Anspruch auf Grundsicherung bzw. alternativ auf Wohngeld und (bei Familien mit Kindern) auf Kinderzuschlag besteht, wurde jeweils die Variante gewählt, die zu einem höheren Haushaltsnettoeinkommen führt.

Die Berechnungen zielen auf das Monatseinkommen ab, für einen vollen Jahreszeitraum geleistete Einmalzahlungen (Kinderbonus und Schulstarterpaket) werden auf Monatswerte umgerechnet. Das Bruttoarbeitseinkommen wird in den Abbildungen jeweils mit einer Schrittweite von 50 € dargestellt, im Text werden – wenn zur Erläuterung nötig – auch genauere Angaben verwendet. Der zeitliche Bezug ist das dritte Vierteljahr 2009 bzw. das dritte Vierteljahr 2008 (zur besseren Vergleichbarkeit werden für die Aufwendungen für Unterkunft und Heizung einheitlich die Werte von Juni 2009 angesetzt).

### Zusammensetzung des Haushaltsnettoeinkommens: Einige Fallbeispiele

Am Beispiel eines Ehepaares mit zwei Kindern sollen die Komponenten des so bestimmten Haushaltsnettoeinkommens in Abhängigkeit vom Bruttomonatsverdienst detailliert beschrieben werden. Zusätzlich wird der Einfluss des Alters der Kinder und der Höhe der Miet- und Heizkosten auf den Sozialleistungsanspruch dargestellt.

Der Grundbedarf für einen Vier-Personen-Haushalt dieses Typs (ein Kind unter sechs Jahren, ein Schulkind mit sechs bis unter 14 Jahren) beträgt derzeit im Durchschnitt monatlich 1 693 €. Er setzt sich zusammen aus den Regelleistungen für die zwei Erwachsenen (jeweils 323 €), die zwei Kinder (251 € und 215 €) und den Kosten für Unterkunft. Dafür sind durchschnittlich 581 € anzusetzen, davon 486 € für die Miete und 95 € für Heizkosten. Haben die Eltern kein eigenes Arbeitseinkommen, beträgt das verfügbare Einkommen des Haushalts monatlich 1 718 € und setzt sich zusammen aus 328 € Kindergeld, 1 365 € Grundsicherungsleistungen, dem zusätzlichen Kinderbonus von umgerechnet 16,67 € monatlich und dem Schulstarterpaket für das ältere Kind, das monatlich mit 8,33 € zu Buche schlägt. Wegen der beiden letzten Posten, die zusätzlich geleistet werden, ist das verfügbare Einkommen um 25 € höher als der genannte Bedarf.

Sofern ein Elternteil Arbeitseinkommen hat, ist dieses auf den Anspruch auf Grundsicherungsleistungen anzurechnen. Wie oben erwähnt, sind 100 € pro Monat frei, d.h. ein Arbeitseinkommen von 100 € führt zu einem Haushaltsnettoeinkommen von 1 818 € im Monat. Von 100 € bis 800 € Monatseinkommen sind 20% anrechnungsfrei, bei einem Bruttolohn von 800 € resultiert also mit weiteren

<sup>4</sup> In Höhe von 36% der Regelleistung, vgl. § 21 SGB II.

<sup>5</sup> Vgl. Deutscher Bundestag (2008b, 202). Die dort zum Stand Januar 2008 ausgewiesenen Werte wurden bis zum Stand Juni 2009 fortgeschrieben mit der Preisentwicklung von Wohnungsmieten bzw. von Strom, Gas und anderen Brennstoffen aus der Verbraucherpreisstatistik (Statistisches Bundesamt 2009a, 20 und 22).

<sup>6</sup> Nach der ortsüblichen Miethöhe werden im Wohngeldgesetz die Gemeinden in sechs Stufen eingeteilt, die angesetzten durchschnittlichen Miethöhen liegen bei allen Haushaltsgrößen mindestens innerhalb der zweitniedrigsten Stufe.

140 € (= 20% von 700 €) anrechnungsfreiem Verdienst ein Haushaltsnettoeinkommen von 1 958 €. Arbeitseinkommen oberhalb von 800 € bis – im Fall von Hilfebedürftigen mit mindestens einem Kind – 1 500 € ist nur noch zu 10% anrechnungsfrei. Anspruch auf Grundsicherungsleistungen besteht damit grundsätzlich bis das eigene Einkommen, das sich aus Nettolohn und Kindergeld zusammensetzt, 2 003 € (= 1 693 € Grundbedarf + 100 € + 140 € + 70 € Freibeträge) übersteigt. Das ist bei einem Bruttolohn von 2 176 € monatlich der Fall (Nettolohn 1 675,07 € + Kindergeld 328 € = 2 003,07 €).

Als Rahmenbedingung für den Bezug von Kinderzuschlag ist bei diesem Haushaltstyp zu beachten, dass der Bedarf für die Erwachsenen – unter Berücksichtigung eines Anteils von 71,1% an den Miet- und Heizaufwendungen des Haushalts nach dem Existenzminimumbericht – 1 059,07 € monatlich beträgt (Regelsatz 2\*323 €, 413,07 € Anteil an den Kosten der Unterkunft). Bei einem Bruttomonatslohn von 1 728 € beträgt das zu berücksichtigende Einkommen der Eltern 1 068,51 € (netto 1 378,51 €, abzüglich Freibeträge von 100 € + 140 € + 70 €). Da dies den genannten Betrag von 1 059,07 € um weniger als 10 € überschreitet, wird der Kinderzuschlag noch nicht gekürzt. Der volle Gesamtkinderzuschlag in Höhe von 280 € im Monat steht der Familie also zu, wenn der Bruttomonatslohn zwischen 900 € (Mindestgrenze) und 1 728 € liegt. Die Höchstgrenze für den Bezug von Kinderzuschlag markiert ein zu berücksichtigendes Einkommen der Erwachsenen von 1 339,07 €. Der Wert ist definiert als Summe aus elterlichem Bedarf (1 059,07 €) und Höhe des (Gesamt-)Kinderzuschlags (280 €). Diese Grenze wird mit einem Bruttomonatsverdienst von 2 135 € überschritten (1 339,70 € zu berücksichtigendes Einkommen = Nettolohn 1 649,70 € – Freibeträge 310 €), bei einem Bruttoarbeitseinkommen von 2 134 € beträgt das zu berücksichtigende Einkommen hingegen gerade 1 339,07 €, und es besteht ein Anspruch auf 145 € Kinderzuschlag monatlich (= 280 € – 27\*5 €).

Wohngeld kann dieser Haushalt erhalten, wenn der Bruttomonatsverdienst nicht höher als 2 576 € ist. Als Nebenbedingung dürfen keine Grundsicherungsleistungen gewährt werden. Da nur entweder Grundsicherungsleistungen oder Kinderzuschlag und Wohngeld bezogen werden kann, stellt sich die Situation zusammenfassend so dar, dass eine Familie mit zwei Kindern (eines unter sechs Jahren, eines mit sechs bis unter 14 Jahren) und durchschnittlichen Aufwendungen für Unterkunftskosten an einkommensabhängigen Transferleistungen beziehen kann:

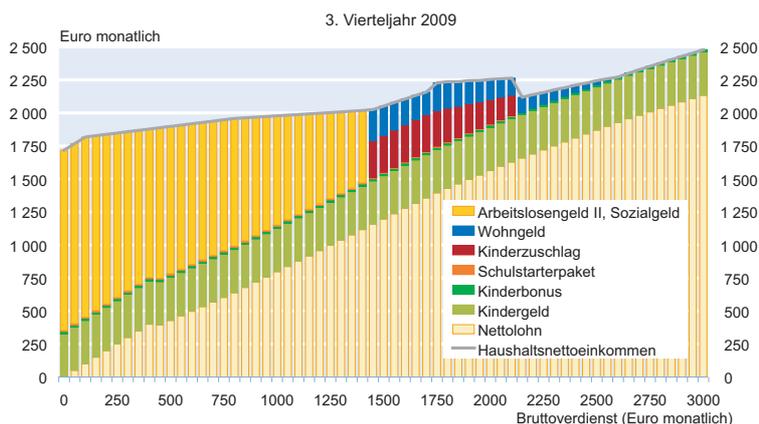
Grundsicherungsleistungen: bei einem Bruttomonatslohn von 0 € bis 1 446 €, Kinder-

zuschlag: bei einem Bruttomonatslohn von 1 447 € bis 2 134 €,

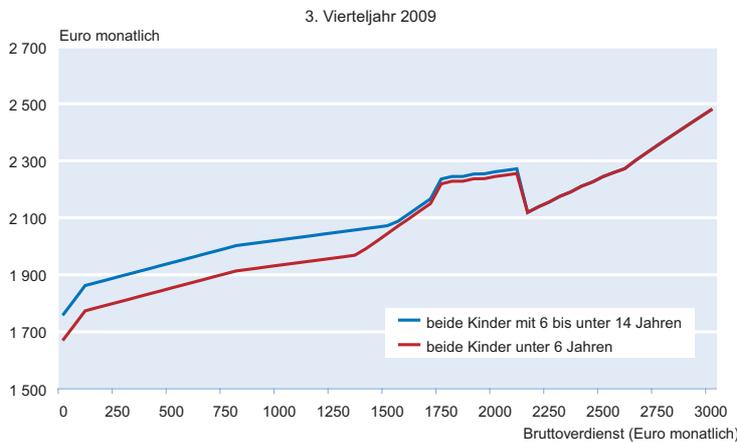
Wohngeld: bei einem Bruttomonatslohn von 1 447 € bis 2 576 €.

Die Rechenergebnisse (vgl. Abb. 1) zeigen, wie die einzelnen Sozialleistungen und der Nettolohn abhängig vom Bruttoverdienst zum Haushaltsnettoeinkommen beitragen. Im Kurvenverlauf sind einige Knicke und Sprünge zu erkennen. Zunächst ist er von den Regeln zur Einkommensanrechnung bei den Grundsicherungsleistungen geprägt: Nichtanrechnung des Einkommens bis 100 €, ein Transferentzug von 80% im Einkommensbereich von 100 € bis 800 € und einer von 90% über 800 €. Da die kumulierte Transferentzugsrate von Kinderzuschlag und Wohngeld zunächst (Bereich mit konstantem Gesamtkinderzuschlag) deutlich geringer als 90% ist, steigt das Haushaltsnettoeinkommen wieder steiler, sobald diese Leistungen bezogen werden können. Bei weiter steigendem Arbeitseinkommen ist auch ein kleiner positiver (bei einem Bruttolohn von 1 750 €) und ein großer negativer (2 150 € brutto) Niveausprung zu sehen. Ersterer ist auf die Einkommensregeln beim Wohngeld zurückzuführen, denn an dieser Stelle beginnt – wie schon erwähnt – in Steuerklasse III die Besteuerung, wodurch dem Haushalt ein geringeres Einkommen mit entsprechend größerem Wohngeldanspruch zugeordnet wird. Ursache für den zweiten sind die Bestimmungen beim Kinderzuschlag. Liegt die Familie direkt an der Einkommenshöchstgrenze wird noch ein Gesamtkinderzuschlag von 145 € geleistet, wird die Grenze knapp übertroffen, geht sie leer aus. Das bedeutet bei einem Mehrverdienst von 1 € brutto über 150 € netto weniger (denn das Schulstarterpaket entfällt auch, weil weder auf Kinderzuschlag noch auf Grundsicherungsleistungen ein Anspruch besteht).

**Abb. 1**  
**Komponenten des Haushaltsnettoeinkommens**  
**Ehepaar mit zwei Kindern** (eines unter 6 Jahren, eines mit 6 bis unter 14 Jahren)



**Abb. 2**  
**Haushaltsnettoeinkommen**  
**Ehepaar mit zwei Kindern, ein Erwerbstätiger – Einfluss des Alters der Kinder**



Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

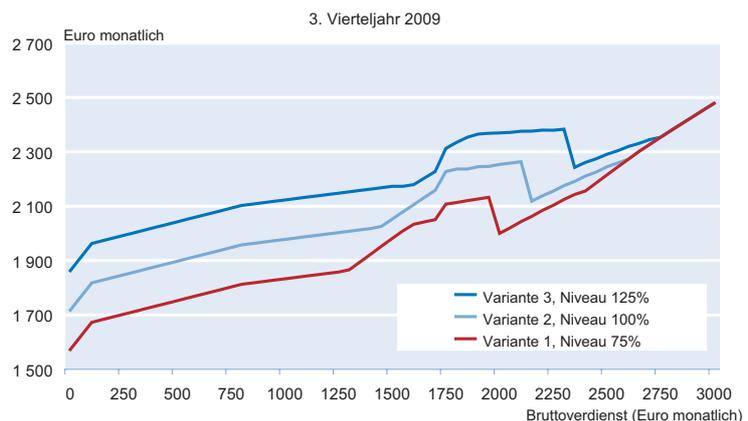
Dieser unrythmische Einkommensverlauf ist nicht auf die hier vorgenommenen Annahmen über das Alter der Kinder oder die Höhe der Miet- und Heizkosten zurückzuführen. Das zeigen die Abbildungen 2 und 3.

Zunächst wird der Einfluss des Alters der Kinder anhand zweier Fälle aufgezeigt, die Kosten für die Unterkunft werden jeweils so wie oben (insgesamt 581 €) angesetzt. Weder auf die Höhe des Kinderzuschlags noch des Wohngelds wirkt sich das Lebensalter der Kinder aus (soweit sie unter 25 Jahre alt sind und im Haushalt der Eltern leben). Allerdings gibt es Unterschiede bei der Grundsicherung. Haben im ersten Fall beide Kinder ein Alter unter sechs Jahren, dann beläuft sich der Regelsatz in der Grundsicherung für sie auf jeweils 215 € monatlich. Sind beide Kinder (Fall 2) älter als sechs Jahre, aber weniger als 14 Jahre alt, so ist der Regelsatz jeweils 251 €, zudem haben ihre Eltern auch Anspruch auf zwei Schulstarterpakete (zusammen 16,67€ pro Monat), womit das verfügbare Einkommen (ohne eigenes Arbeitseinkommen) um knapp 90 € monatlich höher ist als im Fall 1 (vgl. Abb. 2). Dieser Einkommensabstand bleibt erhalten bis Familie 2 Anspruch auf Kinderzuschlag und damit auch auf Wohngeld geltend machen kann. Dies ist dann der Fall, wenn die Summe aus Kinderzuschlag und Wohngeld die Grundsicherungsleistungen übertrifft. Da die Grundsicherungsleistungen bei Familie 2 geringer sind, erreicht sie früher diesen Schwellenwert (bei einem Bruttomonatsverdienst von rund 1 400 €). Bei weiter steigendem Bruttolohn vermindert sich die Differenz, bis sie auf den Wert von 16,67 € für die zwei Schulstarterpakete zusammenschmilzt, wenn beide Familien Kinderzu-

schlag und Wohngeld erhalten (Bruttolohn von 1 550 €). Ist das Einkommen schließlich so hoch, dass keine einkommensabhängigen Sozialleistungen mehr gezahlt werden können (2 100 € brutto), ist das Haushaltsnettoeinkommen beider Familien gleich groß. Insgesamt gesehen ist also der Einkommensverlauf genauso unharmonisch wie in Abbildung 1, lediglich das Grundsicherungsniveau und die Spannweite des Einkommensbereichs, in dem Kinderzuschlag und Wohngeld geleistet werden, variiert mit dem Alter des Kindes.

In Abbildung 3 wird der Einfluss der Miet- und Heizkosten auf die Transferleistungen dargestellt, das Alter der beiden Kinder wurde wie in Abbildung 1 gewählt. Die Kosten für die Unterkunft werden um 25% niedriger (Variante 1) oder 25% höher (Variante 3) angesetzt als im Durchschnitt (Variante 2). Variante 2 entspricht also der Situation in Abbildung 1. Auch hier ähneln die Einkommensverläufe den schon beschriebenen. Im unteren Einkommensbereich sind die Kurven parallel mit einem Abstand von jeweils 145 €, was der Differenz in den Miet- und Heizkosten und damit dem Unterschied im Grundbedarf der Haushalte entspricht. Wieder tritt die Wirkung des Kinderzuschlags umso früher ein, je geringer die Aufwendungen für die Wohnung und damit der Haushaltsbedarf ist. Auch die deutlichen Einkommensverluste bei Wegfall des Kinderzuschlags sind gut zu erkennen. Soweit sich das Haushaltsnettoeinkommen im oberen Bereich noch unterscheidet, ist das dem Wohngeldanspruch geschuldet: Je höher die Miete ist, umso höher ist auch die Einkommensgrenze, bis zu der Wohngeld gezahlt wird.

**Abb. 3**  
**Haushaltsnettoeinkommen**  
**Ehepaar mit zwei Kindern (eines unter 6 Jahren, eines mit 6 bis unter 14 Jahren), ein Erwerbstätiger – Einfluss der Kosten für Miete und Heizung**



Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

Erwähnt sei auch noch, welche Auswirkung die differierenden Miet- und Heizkosten auf Wohngeld und Kinderzuschlag haben. Beim Wohngeld werden die Heizkosten mit einer Pauschale angesetzt, die für eine vierköpfige Familie 43 € beträgt. Der Unterschiedsbetrag, der sich bei diesem Posten in den Beispielen zwischen Variante 1 und Variante 3 immerhin auf 47 € beläuft, hat also keinen Einfluss auf die Leistungshöhe. Hingegen wirkt sich die Miethöhe spürbar aus. Sie umfasst hier eine Spannbreite von 365 € bis 608 €, und entsprechend streut der Wohngeldanspruch bei einem Bruttomonatsverdienst von 1 800 € auch von 132 € bis 273 €. Nahezu gleich groß sind die Unterschiede beim Kinderzuschlag. Hier wird als Referenzeinkommen, das als Basiswert für die Kürzung der Leistung verwendet wird, der elterliche Bedarf ermittelt. Dieser ist bei höheren Unterkunfts-aufwendungen entsprechend größer und damit wird die Kürzung des Kinderzuschlags auf der Einkommensachse nach rechts verschoben. Der genannte Bruttolohn von 1 800 € führt so zu einem Gesamtkinderzuschlag in Höhe von 200 € (Variante 1), 255 € (Variante 2) und 280 € (Variante 3). Bei einem Bruttolohn von 1 800 € ergeben sich also aus den durchschnittlichen Miet- und Heizaufwendungen von 581 € (Variante 2) Transferleistungen von insgesamt 455 €, während in Variante 1 (Kosten von 436 €) 332 € anfallen und in Variante 3 (Kosten von 726 €) 553 €. Nach Transferleistungen bleiben also von den 145 € Abstand nur noch 22 € (Variante 1 verglichen mit Variante 2) bzw. noch 47 € (Variante 3 verglichen mit Variante 2) übrig.<sup>8</sup> Somit werden die Differenzen zwar nicht vollständig, aber doch in einem erheblichen Ausmaß durch staatliche Sozialleistungen ausgeglichen.

### Einkommensvergleich mit dem dritten Vierteljahr 2008

Von den Änderungen bei den Abgaben vom Arbeitslohn und den Sozialleistungen seit einem Jahr profitieren die einzelnen Haushaltstypen ganz unterschiedlich. Naturgemäß wirken sich die Verbesserungen bei den Transfers für Kinder nur bei Familien aus. Umgekehrt sind alleinstehende oder verheiratete Arbeitnehmer ohne Kind von Steuerentlastungen in der Regel stärker begünstigt. Wegen der Progression des Steuersystems werden diese Effekte insbesondere bei höheren Einkommen (die hier nicht im Mittelpunkt ste-

hen) sichtbar. Insgesamt zeigt sich, dass für die einzelnen begünstigten Haushalte die neuen Regelungen für den Kinderzuschlag die größten Auswirkungen haben, vor den Verbesserungen beim Wohngeld. Demgegenüber sind die Abgabentlastungen für Arbeitnehmer, die einen unterdurchschnittlichen Bruttolohn haben<sup>9</sup>, von untergeordneter Bedeutung.

Die Ergebnisse für sieben verschiedene Haushaltstypen zeigen die Abbildungen 4a bis 4g. Das Bruttoarbeitsinkommen wird jeweils zwischen 0 € und 3 000 € mit einer Schrittweite von 50 € dargestellt. Deutlich ist zu erkennen, dass der Unterschied im Haushaltsnettoeinkommen im Jahresvergleich mit steigender Kinderzahl zunimmt.<sup>10</sup> Die Differenzen variieren allerdings je nach Einkommenshöhe erheblich. Haben die Haushalte kein eigenes Einkommen, dann ergibt sich der Zuwachs aus den höheren Regelsätzen in der Grundsicherung<sup>11</sup> und, falls Kinder zum Haushalt gehören, aus speziellen Zusatzleistungen (der Kinderbonus von 100 € pro Kind für das Jahr 2009, der nicht als Einkommen angerechnet wird, und – bei Schulkindern – das Schulstartpaket von ebenfalls 100 € für ein Schuljahr, das Grundleistungsempfängern als neue ergänzende Leistung zusteht). Am oberen Ende der hier gezeigten Einkommensspanne (Bruttomonatslohn von 3 000 €) haben die Haushalte sämtlich keinen Anspruch mehr auf einkommensabhängige Transfers, die Differenzen erklären sich nun aus den geringeren Lohnabzügen und den einkommensunabhängigen Sozialleistungen (Kindergeld und Kinderbonus).

Der »Buckel« in den Einkommenskurven von Haushalten mit Kindern wird durch den Kinderzuschlag verursacht. Zwar ist durch dessen Neukonzeption der Einkommensverlauf im Allgemeinen etwas runder als im Vorjahr geworden, er hat aber immer noch eine Gestalt, die man – insbesondere angesichts des sprunghaften Einkommensverlusts am oberen Ende – als verbesserungswürdig bezeichnen kann.

Die Steigerung des Haushaltsnettoeinkommens gegenüber dem dritten Vierteljahr 2008 erreicht Werte von 10% und mehr (in Abb. 4c bei einem Bruttomonatsverdienst zwischen 1 400 € und 1 500 €, in Abb. 4g bei einem Bruttomonats-

<sup>7</sup> Während die Miethöhe in Variante 1 und in Variante 2 in die unterste Mietstufe I nach den Wohngeldregeln fällt, ist sie in Variante 3 in der zweithöchsten Mietstufe V angesiedelt. Mietkosten in Stufe V können z.B. in 46 von 223 Gemeinden in Bayern in voller Höhe geltend gemacht werden.

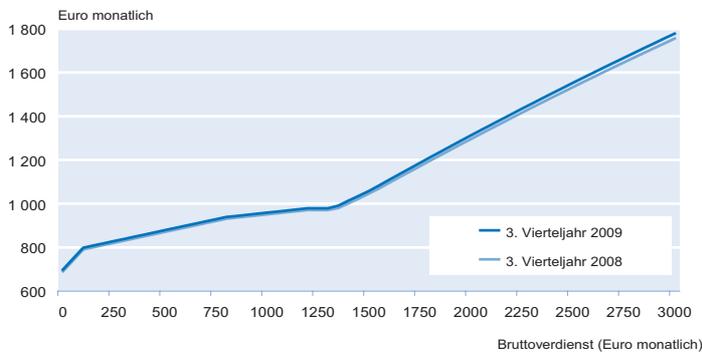
<sup>8</sup> Allerdings ist diese Differenz auch von der Höhe des Einkommens abhängig. Nur im Einkommensbereich von 1 600 € bis 1 950 € brutto haben alle drei dargestellten Varianten für das Ehepaar mit zwei Kindern Anspruch auf Wohngeld und Gesamtkinderzuschlag. Die Differenz nach Sozialleistungen schwankt von 22 € (Bruttolohn 1 800 €) bis 73 € (Bruttolohn 1 600 €) zwischen Variante 1 und Variante 2 bzw. von 23 € (Bruttolohn 1 950 €) bis 76 € (Bruttolohn 1 700 €) zwischen Variante 2 und Variante 3.

<sup>9</sup> Im Jahr 2008 betrug der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst der Arbeitnehmer (ohne geringfügig Beschäftigte) im Produzierenden Gewerbe und Dienstleistungsbereich (ohne die Bereiche »Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung« und »Private Haushalte«) 3 067 €, vgl. Statistisches Bundesamt (2009b, 10). Es lässt sich also sagen, dass die Berechnungen den gesamten Bereich der unterdurchschnittlichen Einkommen abdecken.

<sup>10</sup> Streng genommen gilt dieser Vergleich nur bei – gegenüber dem Vorjahr – unverändertem Bruttoverdienst. Tatsächlich sind die durchschnittlichen Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer derzeit nahezu konstant, im ersten Vierteljahr 2009 stiegen sie im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 0,3% (vgl. Statistisches Bundesamt 2009c, Tab. 1.8). Im Einzelfall kann es allerdings auch zu spürbaren Einkommenseinbußen gekommen sein, wenn man an die kräftige Ausweitung der Kurzarbeit denkt.

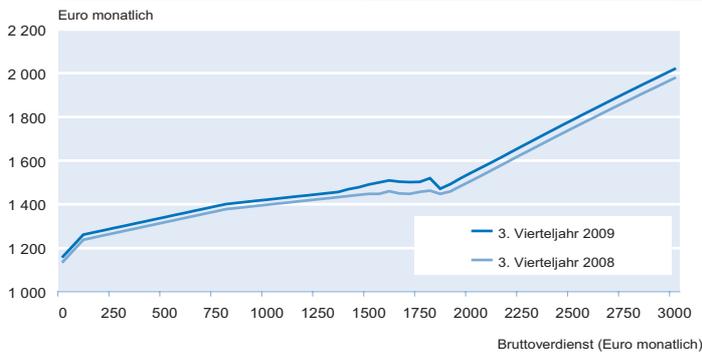
<sup>11</sup> Es sei noch einmal daran erinnert, dass in alle Berechnungen für Miete und Heizkosten im dritten Vierteljahr 2008 dieselben Zahlenwerte wie im dritten Vierteljahr 2009 eingehen.

**Abb. 4a bis 4d**  
**Haushaltsnettoeinkommen**  
**Alleinstehende Person**



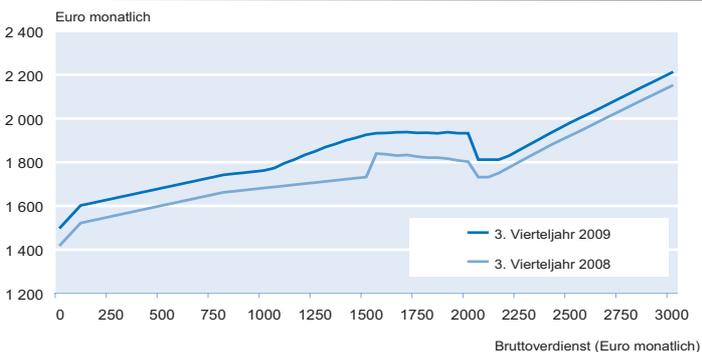
Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

**Haushaltsnettoeinkommen**  
**Alleinerziehende/r mit einem Kind (unter 6 Jahren)**



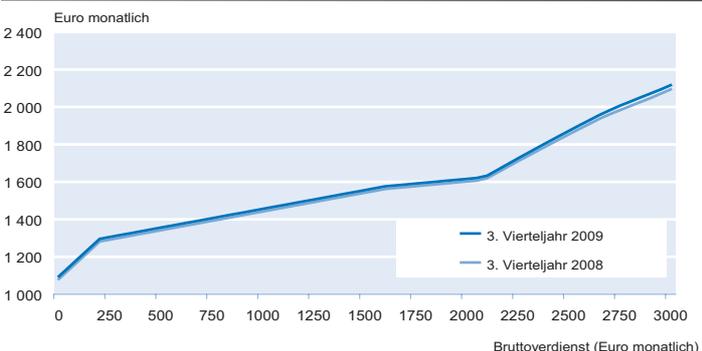
Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

**Haushaltsnettoeinkommen**  
**Alleinerziehende/r mit zwei Kindern (eines unter 6 Jahren, eines mit 6 bis unter 12 Jahren)**



Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

**Haushaltsnettoeinkommen**  
**Ehepaar ohne Kind, zwei Erwerbstätige mit gleichem Bruttoverdienst**



Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

verdienst zwischen 1 500 € und 1 650 €) und ist bei diesen Haushalten über weite Einkommensbereiche (1 050 € bis 2 000 € bzw. 1 250 € bis 2 350 €) größer als 5%. Nicht so üppig sind die Zuwächse bei Alleinstehenden und Ehepaaren ohne Kind (vgl. Abb. 4a und Abb. 4d): Hier liegen sie – im dargestellten Einkommensbereich – generell bei etwa 1% und bleiben unter 25 € monatlich.

Abschließend soll gezeigt werden, wie die einzelnen Einkommenskomponenten zur Differenz im Vergleich mit dem Vorjahreswert beitragen. In Abbildung 5a ist dargestellt, wie sich das Haushaltsnettoeinkommen eines Alleinstehenden in Jahresfrist verändert hat. Abbildung 5b zeigt die Verhältnisse für den schon weiter oben beschriebenen Vier-Personen-Haushalt mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern.

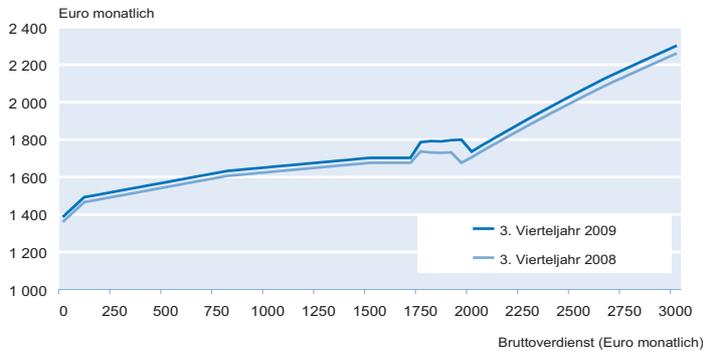
Der Grundbedarf beträgt im Fall eines Alleinstehenden 699 € monatlich und setzt sich zusammen aus dem Regelsatz von 359 € und Kosten der Unterkunft in Höhe von 340 €. Nach den Regeln der Einkommensanrechnung kann die Person Grundsicherungsleistungen beziehen, wenn das zu berücksichtigende eigene Einkommen unter 979 € liegt.<sup>12</sup> Dieser Schwellenwert wird mit einem Bruttolohn von 1 327 € übertroffen. Im Vergleichszeitraum (drittes Vierteljahr 2008) war der Grundbedarf 691 € – 351 € für den Regelbedarf und ebenfalls 340 € für die Wohn- und Heizaufwendungen. Mit den damals geltenden Lohnabzügen war ein Bruttolohn von 1 331 € nötig, um den Anspruch auf Grundsicherungsleistungen zu verlieren.

Im Einkommensbereich bis 1 300 € ist im Vergleich zum Vorjahr also allein die Anhebung des Regelsatzes für das Arbeitslosengeld II von 351 € auf 359 € monatlich relevant, das Plus beim verfügbaren Einkommen beträgt durchweg 8 € monatlich. Bei Einkommen ab 1 350 € führen die geringere Steuerbelastung und die niedrigeren Beiträge zur Sozialversicherung zu einem höheren Nettobetrag als 2008. Nur für die untersten Einkommen (bis 400 €) resultiert die Differenz allein aus zusätzlichen Zahlungen für das Arbeitslosengeld II. Übertrifft der Bruttomonatsverdienst die Geringfügigkeitsschwelle von 400 €, sind Sozialversicherungsabgaben fällig. Im Einkommensbereich von

<sup>12</sup> Zu den 699 € kommen Freibeträge von 100 € (die ersten 100 € eigenes Einkommen sind frei), 140 € (20% des Einkommens zwischen 100 € und 800 € sind frei) und 40 € (10% des Einkommens zwischen 800 € und – für Kinderlose – 1 200 € sind frei).

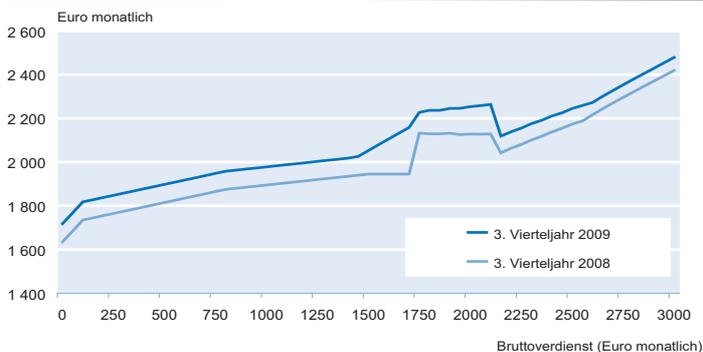
Abb. 4e bis 4g

**Haushaltsnettoeinkommen**  
**Ehepaar mit einem Kind** (unter 6 Jahren), ein Erwerbstätiger



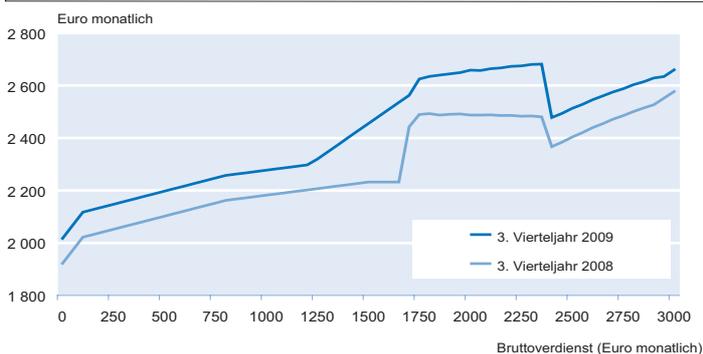
Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

**Haushaltsnettoeinkommen**  
**Ehepaar mit zwei Kindern** (eines unter 6 Jahren, eines mit 6 bis unter 14 Jahren), ein Erwerbstätiger



Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

**Haushaltsnettoeinkommen**  
**Ehepaar mit drei Kindern** (zwei unter 6 Jahren, eines mit 6 bis unter 14 Jahren), ein Erwerbstätiger



Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

400 € bis 800 € (so genannte Gleitzone) wird dafür eine besondere Berechnung angewendet, bei der die Beitragssätze und die Arbeitgeberbeiträge – insbesondere die pauschalen Abgaben für geringfügige Beschäftigungsverhältnisse – berücksichtigt werden. Da die Absenkung des Krankenversicherungsbeitrags zur Jahresmitte 2009 nicht in die Berechnungsformel einging, wird die Entlastung (im Vorjahresvergleich) bei den Beiträgen bis zu einem Bruttomonatsverdienst von 800 Euro geringer, um dann proportional mit dem Arbeitseinkommen anzusteigen. Ab einem Bruttolohn

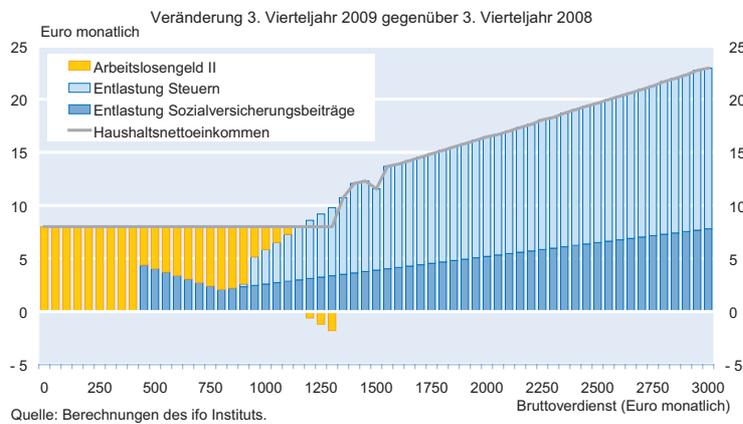
von 899 € war im Jahr 2008 auch Lohnsteuer abzuführen (im Jahr 2009 wegen des höheren Grundfreibetrags erst ab 917 €). Die Verbesserung bei den Lohnabzügen wird aber mit der Anhebung des Regelsatzes verrechnet, so dass die Arbeitsagenturen beim Arbeitslosengeld im gleichen Ausmaß entlastet werden, also nicht die vollen 8 € mehr bezahlen müssen.

Liegt der Bruttomonatsverdienst bei 1 350 € oder höher, besteht kein Anspruch auf Transferleistungen mehr (bei der vorgegebenen Miethöhe war für den Alleinstehenden sowohl 2008 als auch 2009 der Anspruch auf Wohngeld stets geringer als derjenige auf Grundsicherungsleistungen, weshalb sich die Wohngeldreform hier nicht auf das Haushaltsnettoeinkommen auswirken konnte), der alleinstehende Arbeitnehmer profitiert also nur noch von den geringeren Lohnabgaben. Hier haben die Entlastungen bei den Steuern ein größeres Gewicht als die bei den Sozialversicherungsbeiträgen. Dass die Steuerlast nicht stetig sinkt, sondern bei einem Bruttolohn von 1 500 € eine kleine Zacke nach unten hat, ist Ausdruck einer Sonderregelung für den Solidaritätszuschlag.<sup>13</sup>

Vielschichtiger stellt sich die Vergleichsrechnung im Fall der Familie mit zwei Kindern (davon ein Schulkind im Alter zwischen sechs und 14 Jahren) dar. Hier sind Verbesserungen sowohl bei einkommensunabhängigen Transfers (Kindergeld, Kinderbonus) als auch bei einkommensabhängigen Sozialleistungen (Grundsicherung, Kinderzuschlag, Wohngeld und Schulstarterpaket) zu beachten. Der Grundbedarf für diesen Haushalt beläuft sich (wie oben schon abgeleitet) auf 1 693 €, vor einem Jahr waren es erst 1 635 €. Der größte Teil des Differenzbetrags ergibt sich durch die Regelleistung für das ältere Kind, die mit 251 € um 40 € höher ist als damals, weil der Regelsatz für die Altersgruppe zwischen sechs und 14 Jahren von 60 auf 70% des Regelsatzes eines Alleinstehenden angehoben wurde. Für die drei anderen Personen stiegen die Regelleistun-

<sup>13</sup> Der Solidaritätszuschlag beträgt generell 5,5% der Lohnsteuer. Allerdings wird er nur erhoben, wenn die Bemessungsgrundlage (also der Lohnsteuerbetrag) bei nach der Grundtabelle versteuerten Personen höher als 972 € im Jahr ist. An diese »Nullzone« schließt sich ein »Überleitungsbereich« an (Lohnsteuer zwischen 972 € und 1 340,69 €), in dem sich der Solidaritätszuschlag auf 20% des 972 € übersteigenden Lohnsteuerbetrages beläuft. Wegen des höheren Grundfreibetrages und des niedrigeren Eingangssteuersatzes sind Nullzone und Überleitungsbereich 2009 gegenüber 2008 etwas zu höheren Einkommen hin verschoben. Deshalb ist bei einem Bruttolohn von 1 500 € der Solidaritätszuschlag 2009 nur um 0,37 € kleiner als 2008, während die Differenz bei 1 450 € brutto noch 1,33 € beträgt.

**Abb. 5a**  
**Komponenten des Haushaltsnettoeinkommens**  
**Alleinstehende Person**



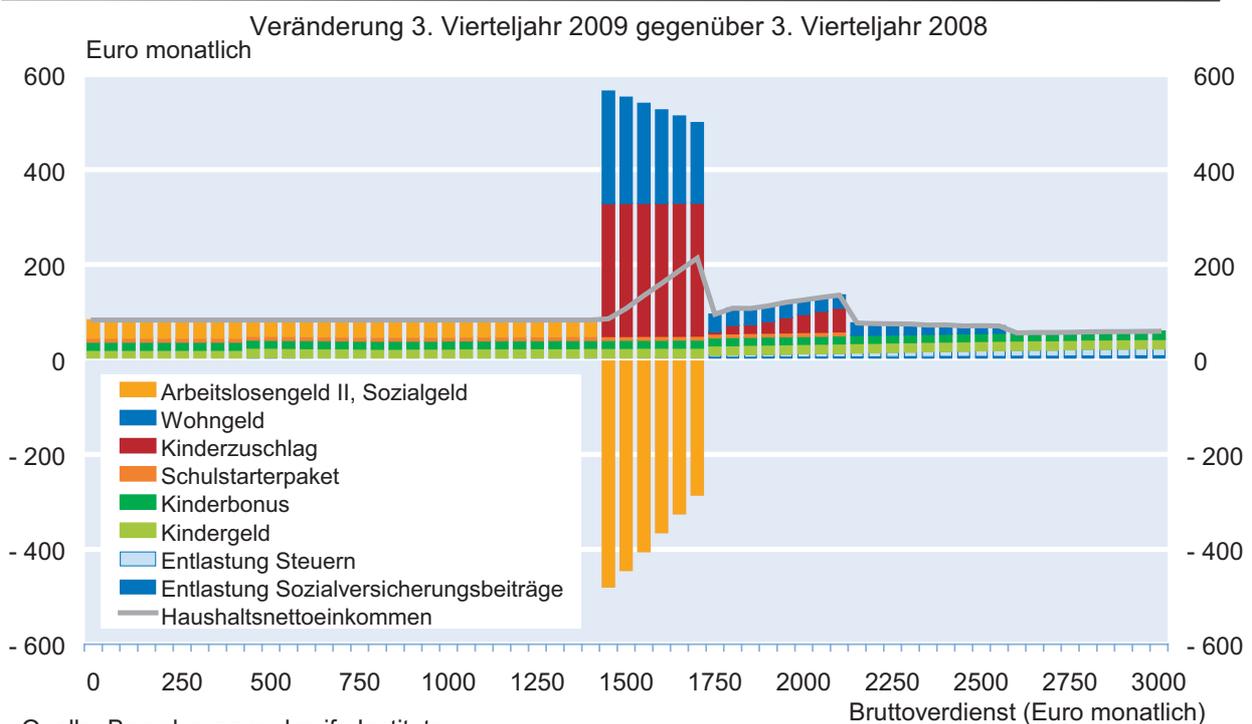
gen um insgesamt 18 €. Rechnet man die zusätzlichen Leistungen – zweimal Kinderbonus von je 100 € im Jahr 2009, einmal Schulstarterpaket von 100 € für das Schuljahr 2009/2010 – hinzu, so ergibt sich ein verfügbares Monatseinkommen von 1 718 €, also 83 € oder 5,1% mehr als vor einem Jahr. Vom Differenzbetrag hat die Familienkasse 20 € für das höhere Kindergeld (10 € je Kind) und 16,67 € für den Kinderbonus aufzubringen, die Arbeitsagentur 8,33 €

für das Schulstarterpaket und 38 € (die höheren Regelleistungen belaufen sich auf 58 €, darauf wird die Kindergeldanhebung um 20 € angerechnet) für Arbeitslosengeld II bzw. Sozialgeld.

Bis zu einem Bruttomonatsverdienst von 1 400 € bleibt es bei diesem Unterschiedsbetrag von 83 € plus gegenüber dem Vorjahreswert, wobei wieder ab 401 € die Entlastung bei den Sozialversicherungsbeiträgen auf die Grundsicherungsleistungen angerechnet wird. Ab einem Arbeitseinkommen von 1 450 € brutto hat die Familie mit Kinderzuschlag und Wohngeld ein höheres Einkommen als mit den Hartz-IV-Leistungen, die damit entfallen. Durch die damals ungünstigeren Regeln war im dritten

Vierteljahr 2008 erst ab einem Monatsverdienst von 1 750 € der Bezug von Kinderzuschlag und Wohngeld günstiger gewesen (vgl. Abb. 4f). Da das zu berücksichtigende Einkommen der Eltern für den Kinderzuschlag bis zu einem Bruttolohn von 1 700 € geringer ist als der errechnete elterliche Bedarf von 1 059 €, wird der Gesamtkinderzuschlag in voller Höhe von 280 € gezahlt, zudem ist die Transferentzugsrate beim Wohngeld geringer als bei der

**Abb. 5b**  
**Komponenten des Haushaltsnettoeinkommens**  
**Ehepaar mit zwei Kindern (eines unter 6 Jahren, eines mit 6 bis unter 14 Jahren),**  
**ein Erwerbstätiger**



Grundsicherung. Damit vergrößert sich der Differenzbetrag zum Vorjahr mit steigendem Lohn sukzessive weiter und erreicht bei einem Bruttoverdienst von 1 700 € 213 € oder 11%. Der Kinderzuschlag wird (wie im Vorjahr) bis zu 2 100 € Arbeitseinkommen gezahlt. Wegen der niedrigeren Transferentzugsrate (50 statt 70%) ist der Betrag aber auch im Einkommensbereich von 1 750 € bis 2 100 € nicht nur weiterhin höher als damals, der Abstand vergrößert sich sogar wieder. Weil die Tabellenwerte des Wohngelds um 8% erhöht wurden und jetzt zusätzlich Heizkosten berücksichtigt werden, ist auch das dem Haushalt zustehende Wohngeld größer und wird bis zu einem Bruttolohn von 2 550 € (Vorjahr: bis 2 500 €) gezahlt. Ist der Bruttoverdienst bei 2 600 € monatlich oder höher, dann besteht kein Anspruch mehr auf die einkommensabhängigen Sozialleistungen, und die Differenz zum Vorjahr ist nun deutlich kleiner, sie wird bis 3 000 € vom höheren Kindergeld und dem Kinderbonus dominiert, die Steuerentlastung und die niedrigeren Sozialversicherungsbeiträge fallen bei diesem Haushaltstyp weniger ins Gewicht. Der prozentuale Zugewinn beim Haushaltsnettoeinkommen liegt aber auch in der Einkommensspanne von 2 600 € bis 3 600 € (Beitragsbemessungsgrenze zur Kranken- und zur Pflegeversicherung im Jahr 2008) bei rund 2,5%.

### Fazit und Ausblick

Durch die nahezu gleichzeitige Anhebung diverser Sozialleistungen können derzeit insbesondere Familien eine deutliche Verbesserung ihrer Einkommenssituation verbuchen. Alleinstehende und Ehepaare ohne Kind profitieren naturgemäß nicht von Kindergeld, Kinderbonus und Schulstarterpaket, weshalb bei ihnen das Plus nicht so groß ausfällt. Daraus auf eine Bevorzugung von Familien zu schließen, wäre freilich voreilig, denn die Sozialleistungen waren zum Teil seit vielen Jahren nicht mehr erhöht worden (Wohngeld seit 2001, Kindergeld für erste und zweite Kinder seit 2002, für dritte und weitere Kinder seit 1996), oder die bisherige Leistungshöhe wurde für verfassungswidrig gehalten (Sozialgeld-Regelsatz für Kinder zwischen sechs und 14 Jahren). Alle Arbeitnehmer wurden außerdem bei den Steuern vom Lohn und – wenn ihr Bruttoverdienst die Beitragsbemessungsgrenze der Rentenversicherung nicht übertrifft – bei den Sozialversicherungsbeiträgen entlastet. Da im Vergleich mit dem Vorjahr die Verbraucherpreise nicht gestiegen sind, bedeutet das alles eine spürbar höhere Kaufkraft. Dementsprechend bilden die privaten Konsumausgaben im laufenden Jahr auch ein stabilisierendes Element für die gesamtwirtschaftliche Nachfrage.

Eine genauere Analyse der einzelnen Einkommenskomponenten hat gezeigt, dass die Zugewinne in gewissen Einkommensbereichen besonders ausgeprägt sind und dass

es eine Verschiebung gab, weg von den Grundsicherungsleistungen der Arbeitsagenturen hin zum Kinderzuschlag von den Familienkassen und dem Wohngeld von den kommunalen Behörden. Dies ist in erster Linie Folge der Absenkung der Einkommensuntergrenze für den Kinderzuschlag, und in zweiter Linie resultiert es aus den höheren Tabellenwerten beim Wohngeld und der dort neu eingeführten Berücksichtigung von Heizkosten.

Die dargestellten Einkommensverläufe verdeutlichen aber auch, dass bei der Abstimmung der einzelnen Elemente des Transfersystems und ihrem Zusammenwirken mit den Lohnabzügen weiterhin Verbesserungsbedarf besteht. Besonders unschön ist es, wenn ein steigendes Bruttoeinkommen zu keinem höheren, sondern sogar zu einem niedrigeren Haushaltsnettoeinkommen führt. Derartige Umkippeffekte sind bei allen Haushalten mit Kindern zu finden und resultieren im Großen und Ganzen aus der oberen Einkommensgrenze beim Kinderzuschlag.

Die Transferentzugsrate ist auch insgesamt gesehen so hoch, dass die Eigeninitiative zur Überwindung der Bedürftigkeit empfindlich gebremst wird. Vergleicht man beispielsweise die Einkommenssituation von zwei Familien mit drei Kindern (zwei Kinder unter sechs Jahren, ein Kind mit sechs bis unter 14 Jahren), von denen in einer Familie beide Eltern nicht erwerbstätig sind (Haushaltsnettoeinkommen: 2 017 €), in der anderen ein Erwachsener einen Bruttolohn von 3 000 € erzielt (Haushaltsnettoeinkommen: 2 660 €), so zeigt sich, dass von den 3 000 € Differenz beim Arbeitseinkommen nur 643 € oder 21,4% bei der Familie ankommen, der Rest, also 78,6%, ist zusätzliche Einnahme oder aber Ausgabensparnis beim Staat (vgl. Abb. 4g). Nicht viel besser – nämlich mit einem Anteil von 23,6% an der Lohndifferenz von 3 000 € – schneidet ein/e Alleinerziehende/r mit zwei Kindern (eines unter sechs Jahren, eines mit sechs bis unter 14 Jahren) ab (vgl. Abb. 4c).

Ein Kombilohnmodell, bei dem die Sozialleistungen aufeinander abgestimmt sind und das durch eine Grenzbelastung von maximal knapp über 70% auch spürbare Anreize zur Einkommenssteigerung setzt, hat das ifo Institut vorgelegt (vgl. Sinn et al. 2006, 6 ff.). Eckpfeiler dieses unter dem Stichwort »Aktivierende Sozialhilfe« vorgestellten Konzeptes sind:

- die Zahlung von Lohnzuschüssen im Niedriglohnbereich und eine deutlich verminderte Transferentzugsrate,
- die Bereitstellung von Beschäftigungsmöglichkeiten in den Kommunen, die ein existenzsicherndes Einkommen gewährleisten für alle diejenigen, die keinen Arbeitsplatz in der Privatwirtschaft finden können,
- eine Reduzierung der Regelleistungen der Grundsicherung für erwerbsfähige Personen, die keine Beschäftigung aufnehmen.

Da der Kinderbonus nach derzeitiger Rechtslage einmalig nur im Jahr 2009 gezahlt wird, wird sich die Einkommenssituation der Familien im kommenden Jahr von dieser Seite her etwas verschlechtern. Andererseits wird mit dem »Bürgerentlastungsgesetz Krankenversicherung« sichergestellt, dass ab 2010 Vorsorgeaufwendungen umfassender steuerlich berücksichtigt werden. Außerdem wird der Grundfreibetrag neuerlich erhöht und andere Parameter der Steuerfunktion entsprechend angepasst. Ob es bei den beschriebenen Transfers oder Beitragssätzen zur Sozialversicherung zu weiteren Änderungen kommen wird, lässt sich derzeit nicht absehen. Die Auswirkungen auf das verfügbare Haushaltseinkommen werden an dieser Stelle wieder beschrieben und kommentiert werden.

## Literatur- und Quellenverzeichnis

- Bundesagentur für Arbeit (2009), *Erwerbstätigkeit von erwerbsfähigen Leistungsbeziehern*, März.
- Bundesgesetzblatt (2008), Jahrgang 2008 Teil I.
- Bundesgesetzblatt (2009), Jahrgang 2009 Teil I.
- Bundeskindergeldgesetz, [http://bundesrecht.juris.de/bkkg\\_1996/index.html](http://bundesrecht.juris.de/bkkg_1996/index.html).
- Bundesministerium der Finanzen (2005), *Das Alterseinkünftegesetz: Geht für Jung und Alt*, Berlin.
- Bundesministerium der Finanzen, Interaktiver Abgabenrechner, <https://www.abgabenrechner.de/>.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2008a), *Rentenanpassung 2008 – Formulierungshilfe des Gesetzentwurfes für die Koalitionsfraktionen*, Berlin.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2008b), »Beitrag zur Arbeitslosenversicherung wird abgesenkt«, Pressemitteilung vom 15. Oktober.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2009a), *Soziale Sicherung im Überblick*, Berlin.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2009b), *Grundsicherung für Arbeitsuchende SGB II: Fragen und Antworten*, Berlin.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2004), *A bis Z zum Kinderzuschlag*, Berlin.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2008), *Dossier Kinderzuschlag*, Berlin.
- Bundesministerium für Gesundheit (2009), *Gesetzliche Krankenversicherung – Mitglieder, mitversicherte Angehörige, Beitragssätze und Krankenstand, Monatswerte Januar–Dezember 2008*, Berlin.
- Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (2008), *Die Wohngeldreform zum 1. Januar 2009*, Berlin.
- Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (2009), *Wohngeld 2009, Ratschläge und Hinweise*, Berlin.
- Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (2009), *Wohngeldtabellen ab 1. Januar 2009*, Berlin.
- Bundessozialgericht (2009), Medieninformation Nr. 3/09 vom 27. Januar.
- Deutscher Bundestag (2007), Drucksache 16/4670.
- Deutscher Bundestag (2008a), Drucksache 16/11065.
- Deutscher Bundestag (2008b), Drucksache 16/9915.
- Familienkasse (2008), *Information zum Kinderzuschlag, Die wichtigsten Neuerungen ab Oktober 2008*.
- Familienkasse (2009), *Merkblatt Kinderzuschlag*.
- Meister, W. (2006), »Der Kinderzuschlag für Geringverdiener – ein Beispiel für mangelhafte Abstimmung im deutschen Transfersystem«, *ifo Schnelldienst* 59(16), 12–20.
- Meister, W. (2008), »Der neue Kinderzuschlag: Einige Verbesserungen – aber jetzt noch größerer Einkommensverlust an der oberen Einkommensgrenze«, *ifo Schnelldienst* 61(22), 6–13.
- Sinn, H.-W., C. Holzner, W. Meister, W. Ochel und M. Werding (2006), »Aktivierende Sozialhilfe 2006: Das Kombilohnmodell des ifo Instituts«, *ifo Schnelldienst* 59(2), 6–36.
- Sozialgesetzbuch Zweites Buch, [http://bundesrecht.juris.de/sgb\\_2/index.html](http://bundesrecht.juris.de/sgb_2/index.html).
- Statistisches Bundesamt (2009a), Fachserie 17, Preise, Reihe 7, *Verbraucherpreisindizes für Deutschland*, Juni.

Statistisches Bundesamt (2009b), *Fachserie 16, Verdienste und Arbeitskosten, Reihe 2.3, Arbeitnehmerverdienste im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich*, 2008, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2009c), Fachserie 18, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.2, Inlandsproduktsberechnung Vierteljahresergebnisse, 1. Vierteljahr 2009.

Wohngeldgesetz, <http://bundesrecht.juris.de/wogg/index.html>.

Klaus Abberger, Maximilian Frey, Michaela Kesina und Anna Stangl

**Derzeit befindet sich die Weltwirtschaft in einer globalen Rezession, die keinen Wirtschaftsraum unbeeinflusst lässt. Diese Situation zeigt, dass neben Konjunkturindikatoren für einzelne Länder auch Konjunkturindikatoren für länderübergreifende Regionen und ebenfalls Instrumente für die Beobachtung der globalen Konjunktur eine wichtige Rolle einnehmen. Der vorliegende Artikel legt dar, welche Instrumente für eine Konjunkturbeobachtung auf globaler Ebene vorhanden und geeignet sind. Eine Auswahl der wichtigsten Indikatoren wird vorgestellt, und ihre jeweiligen Eigenschaften werden verglichen. Die durchgeführten Berechnungen zeigen, dass ein Monitoring-system für die globale Konjunktur im Kern aus vier Zeitreihen bestehen sollte: dem Composite Leading Indicator, dem Business Confidence Indicator und der internationalen Industrieproduktion, alle drei veröffentlicht durch die OECD, sowie dem durch das ifo Institut veröffentlichten ifo Weltwirtschaftsklima. Eine besondere Stärke des ifo Weltwirtschaftsklimas ist, dass es im Gegensatz zu quantitativen Zeitreihen der amtlichen Statistik im weiteren Zeitablauf nicht mehr revidiert wird. Das ifo Weltwirtschaftsklima ist daher ein Indikator, der sehr zeitnah und zuverlässig Hinweise über die Entwicklung des globalen Wachstumszyklus liefert.**

Vor wenigen Monaten tobte unter Ökonomen noch eine heftige Diskussion: »Decoupling« oder »recoupling« waren die Schlagwörter, mit denen die gegensätzlichen Standpunkte belegt wurden. Im Kern der Debatte ging es um die Frage, ob es einen einheitlichen globalen Konjunkturzyklus gibt oder ob sich Länder und Regionen von der Entwicklung in anderen Teilen der Welt abkoppeln können. Konkret wurde diskutiert: Benötigt die Welt den US-Konsumenten als Konjunkturlokomotive, oder können andere Regionen der Welt die Rezession in Nordamerika ausgleichen? Derzeit scheint die Antwort klar zu sein: Wir durchleben eine globale Rezession, die kaum einen Winkel dieser Erde unberührt lässt. Diese Situation zeigt, dass nicht nur Konjunkturindikatoren für einzelne Länder wichtig für die Analyse der Wirtschaft sind, sondern auch Konjunkturindikatoren für länderübergreifende Regionen und Instrumente für die Beobachtung der globalen Konjunktur eine wesentliche Rolle einnehmen. Sie helfen derzeit auch auf der Suche nach neuen – großen oder kleinen – Motoren für die Weltkonjunktur. Können die BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien und China) der Weltwirtschaft einen Anstoß geben? Gibt es ein »redecoupling«, nachdem alle Länder gemeinsam – oder nacheinander – in die Krise geschlittert sind?

Vom aktuellen Geschehen abgesehen, befasst sich die wissenschaftliche Literatur aber schon länger mit der möglichen Syn-

chronisierung nationaler Konjunkturzyklen zu einem globalen Konjunkturzyklus. Frühere Arbeiten zu diesem Themenkreis sind etwa Dellas (1986) und Gerlach (1988). Jüngeren Datums sind Arbeiten von Kose et al. (2008) oder Ambler et al. (2004). Es soll hier aber bei der Erwähnung dieser Werke bleiben. Einen umfassenden Überblick über die wissenschaftliche Literatur strebt dieser Aufsatz nicht an. Der vorliegende Artikel soll den Instrumentenkasten öffnen und die Werkzeuge darlegen, die für eine Konjunkturbeobachtung auf globaler Ebene vorhanden und geeignet sind. Eine Auswahl der wichtigsten Indikatoren wird vorgestellt, und ihre Eigenschaften werden verglichen.

## Überblick über die Indikatoren

Welche Indikatoren existieren, um sich zeitnah einen zuverlässigen Eindruck über den Stand im globalen Konjunkturzyklus zu verschaffen? Im Folgenden sollen einige der wichtigsten Indikatoren vorgestellt werden. Dabei beschränkt sich die Diskussion auf eine Auswahl von Indikatoren, welche die aus Sicht der Autoren besten Instrumente enthält. Um zu dieser Auswahl zu gelangen, wurde eine Vielzahl an Kandidaten untersucht. Obwohl es objektive Kriterien zur Beurteilung und Auswahl von Indikatoren gibt, ist die letztendliche Auswahl auch subjektiv beeinflusst.

Zur Beurteilung von Konjunkturindikatoren gibt es einige Kriterien, die herangezogen werden können. So sollte man von einem Indikator verlangen, dass er:

- möglichst zeitnah vorliegt,
- nach seiner Publikation im Nachhinein keinen größeren Revisionen unterliegt,
- einen Vor- oder Gleichlauf vor der zu beurteilenden Zielgröße besitzt; das bedeutet, er sollte frühzeitig Signale über den kommenden Konjunkturverlauf geben,
- eine stabile zeitliche Beziehung besitzt, so dass relativ sicher abgeschätzt werden kann, wie frühzeitig das Signal des Indikators erfolgt,
- ein möglichst deutliches Konjunktursignal enthält; das bedeutet, nicht interessierende kurzfristige Schwankungen in der Zeitreihe sollten das eigentlich interessierende konjunkturelle Signal möglichst wenig überdecken.

Damit überhaupt eine zeitnahe Konjunkturabschätzung möglich ist, sollte der Indikator zudem in nicht zu großen Zeitabständen gemessen werden. Daher haben sich für die vorliegende Auswahl nur Zeitreihen qualifiziert, die vierteljährlich oder in noch kürzeren Zeitabständen vorliegen. Mit Quartalsdaten lassen sich Wendepunkte noch ausreichend zeitnah erkennen. Jährliche Daten implizieren dagegen einen beträchtlichen Zeitverlust und sind daher nur eingeschränkt für die Konjunkturanalyse verwendbar.

Die im Folgenden betrachteten Indikatoren lassen sich ihrem Wesen nach in drei Kategorien einteilen:

### **1. Daten, die üblicherweise von der amtlichen Statistik erfasst und berechnet werden**

Dazu gehören quantitative Reihen wie die Industrieproduktion. Aus den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Nationalstaaten werden Bruttoinlandsprodukte für Regionen erstellt. Eine Quelle für diese internationalen Daten ist die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung<sup>1</sup> (OECD). Zu ihren Aufgaben zählt es, international vergleichbare Statistiken zu sammeln und zu erstellen. Die OECD veröffentlicht zahlreiche Daten und Indikatoren zu wirtschaftlichen Entwicklungen in ihren Mitgliedsländern<sup>2</sup> und darüber hinaus. Neben verschiedenen Frühindikatoren publiziert sie monatliche Zahlen zur Industrieproduktion sowie vierteljährliche Zahlen zum Bruttoinlandsprodukt für einzelne Länder und für Ländergruppen.

<sup>1</sup> Die Homepage der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) ist erreichbar unter: [www.oecd.org](http://www.oecd.org).

<sup>2</sup> Die Mitgliedsländer der OECD sind derzeit: Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Island, Italien, Japan, Kanada, Korea, Luxemburg, Mexiko, Neuseeland, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Schweden, Schweiz, Slowakische Republik, Spanien, Tschechische Republik, Türkei, Ungarn, Vereinigtes Königreich, Vereinigte Staaten. Weitere Länder sind zu Beitrittsgesprächen eingeladen, bzw. es besteht ein Angebot zu vertiefter Zusammenarbeit.

Für die Berechnung dieser Daten wird auf die offiziellen Zahlen in den Mitgliedsländern zurückgegriffen. Da sowohl die beschriebenen BIP-Daten als auch die Industrieproduktion auf Daten der nationalen statistischen Ämter beruhen, werden sie im Weiteren nicht nur als Indikatoren für die globale Wirtschaftsentwicklung betrachtet, sondern dienen auch als Referenzzeitreihen zur Beurteilung der übrigen Indikatoren.

### **2. Indikatoren, basierend auf internationalen Befragungen von Experten oder von Unternehmen**

Zu dieser Gruppe zählen etwa die Einkaufsmanagerbefragungen<sup>3</sup>, die in verschiedenen Ländern bei Unternehmen durchgeführt werden. Eine große internationale Expertenbefragung wird vom ifo Institut durchgeführt. Die Ergebnisse dieser Befragung münden in das ifo Weltwirtschaftsklima, das vierteljährlich veröffentlicht wird.<sup>4</sup> Nationale Umfrageergebnisse fließen auch in so genannte zusammengesetzte Indikatoren ein, die aus einer Vielzahl von Einzelzeitreihen konstruiert werden. Für diese Art von Indikatoren werden häufig sowohl Daten der nationalen statistischen Ämter als auch Umfragedaten einbezogen. Eine Quelle für zusammengesetzte Indikatoren ist wiederum die OECD, die vorlaufende und gleichlaufende Indikatoren für die Konjunkturentwicklung in verschiedenen Ländergruppen veröffentlicht.

### **3. Preis- oder Volumenzeitreihen**

Man kann auch über Preisbewegungen auf die Konjunkturentwicklung schließen. Abgesehen von Preisen für verschiedene Rohstoffe bzw. Bündel von Rohstoffen, ist der Baltic Dry Index, ein Indikator, der aus den Frachtraten für das Verschiffen von Hauptfrachtgütern (hauptsächlich Kohle, Eisenerz und Getreide) auf Standardrouten beruht, ein prominenter Indikator. Neben Preisen für den Transport kann das Transportvolumen selbst ein interessanter Indikator sein. So veröffentlicht etwa die Association of European Airlines monatlich Angaben zur beförderten Fracht in Tonnen-Kilometern.<sup>5</sup> Nicht ganz so gängig ist die Verwendung von beförderten Rohstoffmengen oder erzeugten Vorprodukten als Indikatoren. In der Regel wird davon ausgegangen, dass die Preise von solchen Gütern schneller reagieren als die Mengen bzw. dass die Preise die Knappheit der Güter ausdrückt. Dennoch können aber auch Produktionsmengen gerade in globaler Hinsicht zu interessanten Einsichten führen. Ein Indikator, der Informationen über die globale Konjunkturentwicklung liefern kann, ist die globale Stahlproduk-

<sup>3</sup> Ein globaler Einkaufsmanagerindex wird von Markit Economics veröffentlicht <http://www.markit.com>.

<sup>4</sup> Für weitere Informationen siehe <http://www.cesifo-group.de/wes>.

<sup>5</sup> <http://www.aea.be/>. Nach Angaben der Association wurde durch die Mitgliedsunternehmen im Juni 2009 über 20% weniger Fracht in Tonnen-Kilometern befördert als im Vorjahresmonat.

tion. Im Hinblick auf sich entwickelnde und aufstrebende Volkswirtschaften kann diese Größe möglicherweise zu einem Erkenntnisgewinn führen.

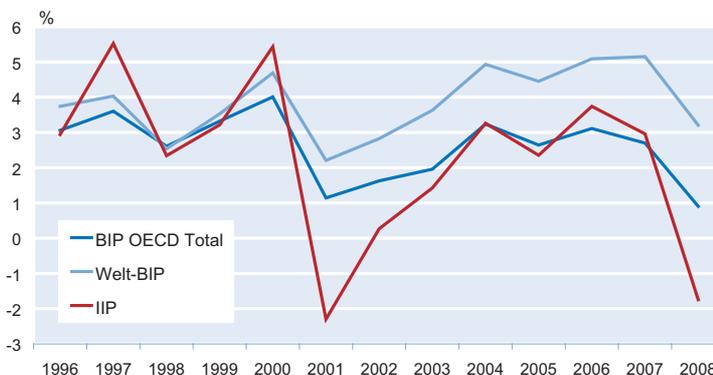
### Die Referenzreihen für die globale Konjunktorentwicklung

Als Referenzzeitreihen für die globale Konjunktorentwicklung werden drei Zeitreihen in Betracht gezogen: die Industrieproduktion und das Bruttoinlandsprodukt der OECD für das Aggregat aller OECD-Mitgliedstaaten – im Textverlauf als OECD Total bezeichnet – sowie das globale Bruttoinlandsprodukt des IWF. Letzteres wird jedoch nur zu Vergleichszwecken betrachtet, da der IWF ausschließlich jährliche Zahlen veröffentlicht. Im Folgenden werden diese Zeitreihen kurz vorgestellt und diskutiert.

Die **Industrieproduktion** wird von der OECD monatlich unter anderem für das Aggregat OECD Total, welches alle Mitgliedsländer der OECD mit Ausnahme von Island beinhaltet, in den OECD Main Economic Indicators veröffentlicht. Dabei werden die Bereiche Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe sowie Elektrizitäts-, Gas- und Wassererzeugung abgedeckt. Die Industrieproduktion wird derzeit als Index mit dem Referenzwert 100 im Referenzjahr 2005 veröffentlicht. Auf nationaler Ebene geht der Indexbildung ein mehrstufiger Aggregationsprozess voraus: Zunächst werden Partialindices für Teilgruppen der Industrieklassifikation gebildet, die anschließend zusammengefasst werden. Die Aggregation von Daten auf Branchen- oder Produktniveau erfolgt mit dem relativen Anteil der Branchen oder Produkte an der Wertschöpfung der Industrie im Basisjahr. Die Saisonbereinigung des Index erfolgt mit X12-ARIMA und Tramo-Seats. Regionale Indikatoren werden durch Gewichtung der nationalen Indices ermittelt. Die Zeitreihen der regionalen Aggregate sind jährlich verkettete Laspeyres-Indices. Die Gewichte basieren auf den nationalen Bruttoproduktionswerten der Industrie im Vorjahr, umgerechnet mit BIP-Kaufkraftparitäten.

Neben der Industrieproduktion stellt die OECD ein **Bruttoinlandsprodukt für das Aggregat OECD Total** zur Verfügung, das quartalsweise in den OECD National Accounts veröffentlicht wird. Die BIP-Zeitreihe wird in Millionen US-Dollar oder als Index mit dem Referenzwert 100 im Jahr 2000 veröffentlicht. Das BIP kann zu Marktpreisen oder zu konstanten Preisen berechnet werden. Bei der Berechnung des BIP zu Marktpreisen werden die Daten der Mitgliedsländer mit Hilfe der gegenwärtigen Kaufkraftparitäten umgerechnet. Das BIP zu konstanten Preisen wird berechnet, indem die nationalen Daten auf das Preisniveau

**Abb. 1**  
**Industrieproduktion (IIP) für OECD Total und Bruttoinlandsprodukt für die Welt (nach IWF) und OECD Total<sup>a)</sup>**



<sup>a)</sup> OECD TOTAL = OECD-Mitgliedsländer ohne Island. Das gilt für alle Abbildungen dieses Berichtes.

Quelle: OECD, Ecowin, IWF, Berechnungen des ifo Instituts.

des Jahres 2000 auf- oder abskaliert werden und dann mit der Kaufkraftparität des Jahres 2000 umgerechnet werden.

Der Internationale Währungsfonds<sup>6</sup> veröffentlicht ein **globales Bruttoinlandsprodukt**, das insgesamt 173 Länder umfasst. Es wird zweimal im Jahr – im April und im Oktober – im Rahmen des World Economic Outlook auf Jahresbasis publiziert.<sup>7</sup> Die Veröffentlichung erfolgt dabei unter anderem als jährliche Änderungsrate in realer Rechnung. Die Aggregation der Daten einzelner Länder erfolgt mittels Gewichten, die auf der Grundlage der Kaufkraftparitäten ermittelt werden.

Um zu entscheiden, welche der Referenzzeitreihen für die weiteren Untersuchungen am besten geeignet ist, werden die Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahr der jeweiligen Zeitreihen berechnet und in Abbildung 1 dargestellt. Betrachtet man das BIP für die Aggregate OECD Total und Welt, so wird ersichtlich, dass der zyklische Verlauf beider Zeitreihen sehr ähnlich ist. Der Korrelationskoeffizient der beiden Datenreihen beträgt 0,66. Das Niveau der Veränderungsrate des globalen BIP ist höher, da dieses 173 Länder umfasst und dabei insbesondere Schwellenländer berücksichtigt, die höhere Wachstumsraten aufweisen.

Da die Region OECD Total die zyklischen Bewegungen des globalen Bruttoinlandsproduktes gut abbildet, kann sie als Proxy für die Weltregion verwendet werden. Denn Daten über das globale Bruttoinlandsprodukt sind schwer verfügbar, und das Welt-BIP des IWF wird nur in jährlichen Zahlen veröffentlicht. Daher ist es wegen der geringen Stichpro-

<sup>6</sup> Die Homepage des Internationalen Währungsfonds ist erreichbar unter: [www.imf.org](http://www.imf.org).

<sup>7</sup> World Economic Outlook <http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2009/01/index.htm>.

bengröße für ökonomische Untersuchungen eher ungeeignet, wohingegen mit den Quartalsdaten des BIP für das Aggregat OECD Total eine größere Datenmenge zur Verfügung steht.

Betrachtet man nun die jährliche Veränderungsrate der Industrieproduktion (IIP) für das Aggregat OECD Total, so wird ersichtlich, dass der konjunkturelle Verlauf der Industrieproduktion dem Verlauf beider BIP gleicht, jedoch die Ausschläge nach oben und unten weitaus stärker ausfallen.

Da sowohl die Industrieproduktion als auch das Bruttoinlandsprodukt für das Aggregat OECD Total in Quartalsdaten verfügbar sind, bietet sich ein genauere Vergleich zwischen den beiden Zeitreihen der OECD an, um herauszufinden, ob die Industrieproduktion als Proxy für das Bruttoinlandsprodukt verwendet werden kann. Daher wurden von beiden Zeitreihen die vierteljährlichen Vorjahresveränderungsraten ermittelt, indem die prozentualen Veränderungen eines Quartals im Vergleich zum Vorjahresquartal berechnet wurden. In Abbildung 2 werden die beiden Zeitreihen einander gegenübergestellt.

Der enge zyklische Zusammenhang zwischen Industrieproduktion und Bruttoinlandsprodukt wird wiederum bestätigt und durch einen Korrelationskoeffizienten in Höhe von 0.95 untermauert.

Die Autoren präferieren die Industrieproduktion als Referenzzeitreihe. Die Industrieproduktion gilt als die Komponente einer Volkswirtschaft, die besonders zyklisch reagiert und daher vor allem im Hinblick auf die Analyse der Konjunkturbewegungen sehr aufschlussreich ist. Ein weiterer Vorzug dieser Kennzahl besteht darin, dass sie monatlich verfügbar ist und sich somit aufgrund der höheren Messfrequenz besser für statistische und ökonomische Untersuchungen eignet. Die Quartalsdaten des BIP sind zudem erst mit er-

heblichem Nachlauf verfügbar. Bestimmte Teilkomponenten des BIP unterliegen zudem häufigen Revisionen und Korrekturen, was die Interpretierbarkeit der Zahlen besonders am aktuellen Rand beeinträchtigt.

### Indikatoren für die globale Konjunktur-entwicklung

Im Folgenden werden die methodischen Grundlagen der ausgewählten Konjunkturindikatoren näher beschrieben. Die in die Analyse aufgenommenen Konjunkturindikatoren sind: OECD-Frühindikatoren (der OECD Composite Leading Indicator, CLI, der OECD Business Confidence Indicator, BCI, und der OECD Consumer Confidence Indicator, CCI), das ifo Weltwirtschaftsklima, der Baltic Dry Index des Baltic Exchange, der vom Hamburgischen Weltwirtschaftsinstitut ermittelte HWWI-Rohstoffpreis-Index und die vom Branchenverband World Steel Association erhobene Statistik über die globale Stahlproduktion.

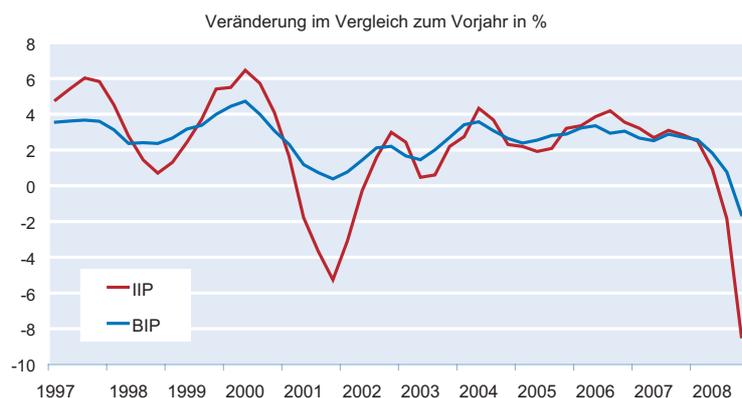
#### OECD Frühindikatoren

- *OECD Composite Leading Indicator (CLI)*

Der CLI existiert für alle OECD-Mitgliedstaaten (mit Ausnahme von Island), die sechs größten Volkswirtschaften außerhalb der OECD (Brasilien, China, Russland, Südafrika, Indien und Indonesien) sowie für neun verschiedene geographische oder geopolitische Gruppierungen dieser Länder. Er wird monatlich berechnet und in der OECD-Publikation »Main Economic Indicators« veröffentlicht.<sup>8</sup> Der CLI ergibt sich aus einer Kombination verschiedener Frühindikatoren. Sein Zweck liegt darin, frühzeitig Wendepunkte der wirtschaftlichen Aktivität zu erkennen. Seine Konstruktion erfolgt derart, dass er zyklische Bewegungen der industriellen Produktion frühzeitig abbildet. Die in den CLI einflie-

ßenden Teilindikatoren entstammen unterschiedlichen Wirtschaftsbereichen, und die Anzahl der verwendeten Frühindikatoren variiert länderabhängig zwischen fünf und elf Indikatoren. Die Auswahlkriterien für die im CLI verwendeten Frühindikatoren sind dabei folgende: Es müssen zum einen ökonomisch-theoretische Gründe für den Vorlauf des Teilindikators gegenüber der Referenzzeitreihe vorliegen; zum anderen müssen die konjunkturellen Zyklen der Indikatoren den Zyklen der Referenzzeitreihe vorausgehen und diese lückenlos vorzeichnen, das heißt, es dürfen keine Zyklen fehlen und keine hinkommen. Zudem muss die Qualität der

**Abb. 2**  
**Industrieproduktion (IIP) und Bruttoinlandsprodukt für OECD Total**



Quelle: OECD, Ecowin, IWF, Berechnungen des ifo Instituts.

<sup>8</sup> [http://www.oecd.org/document/54/0,3343,en\\_2649\\_33715\\_15569334\\_1\\_1\\_1\\_1,00.html](http://www.oecd.org/document/54/0,3343,en_2649_33715_15569334_1_1_1_1,00.html), abgerufen am 14. August 2009.

Daten Mindestansprüchen bezüglich deren Erhebung und Verfügbarkeit genügen. Für Deutschland werden unter anderem der ifo Geschäftsklimaindex, die Auftragseingänge der Industrie und die Zinsspanne verwendet.

Der Zusammenfassung der Teilindikatoren zum CLI gehen bestimmte statistische Transformationen voraus: die Zeitreihen werden nach der Trendbereinigung geglättet und normalisiert. Durch die Normalisierung erhalten die Teilindikatoren die gleiche Amplitude und können untereinander verglichen und zu Aggregaten zusammengefasst werden. Die Zusammenfassung auf Landesebene erfolgt durch identische Gewichtung der zugrunde gelegten Zeitreihen. Die Gewichtung der einzelnen Länder bestimmt sich nach dem jeweiligen BIP in Kaufkraftparitäten. In der folgenden Untersuchung wird der CLI Amplitude Adjusted verwendet.

- *OECD Business Confidence Indicator (BCI) und Consumer Confidence Indicator (CCI)*

Weitere Indikatoren über die aktuelle wirtschaftliche Situation liefern der Business Tendency Survey sowie der Consumer Opinion Survey, die ebenfalls in der Veröffentlichung Main Economic Indicators enthalten sind. Die Daten werden von nationalen statistischen Institutionen, staatlichen Agenturen, Banken und Forschungsinstituten erhoben. Sie basieren typischerweise auf Haushalts- bzw. Unternehmensbefragungen, in denen die Teilnehmer nach ihren Einschätzungen der gegenwärtigen Situation und ihren Erwartungen befragt werden.

Die Unternehmensumfragen fokussieren dabei auf Merkmale wie Produktion und Auftragslage, während die Konsumentenumfragen Informationen der Haushalte über ihre Absichten Großkäufe zu tätigen, ihre wirtschaftliche Situation im Vergleich zur nahen Vergangenheit und ihre Erwartungen für die unmittelbare Zukunft beinhalten. Dabei werden weniger quantitative, sondern vielmehr qualitative Aussagen erhoben. Die Unternehmen bzw. Haushalte berichten über ihre aktuelle Lage und ihre Erwartungen in vordefinierten Kategorien (z.B. höher/gleich geblieben/niedriger).

Die Unternehmensbefragungen umfassen in der Regel vier Wirtschaftsbereiche: verarbeitendes Gewerbe, Bauwirtschaft, Einzelhandel und andere Dienstleistungen. Beim BCI wird dabei – je nach Verfügbarkeit – auf die Harmonised Industrial Confidence Indicators, die Business Confidence Indicators nach nationalen Definitionen, die Business Situation Indicators oder die Business Sentiment Indicators zurückgegriffen.

Der Consumer Opinion Survey beinhaltet Indikatoren über das Konsumentenvertrauen, die erwartete wirtschaftliche Situation sowie die erwartete Preisentwicklung. Beim CCI

werden die Harmonised Consumer Confidence Indicators oder die nationalen Consumer Confidence Indicators verwendet.

Da die verschiedenen Indikatoren auf nationaler Ebene teilweise unterschiedlich gemessen und teilweise nur vierteljährlich erhoben werden, ist eine Standardisierung notwendig, um die Daten vergleichbar zu machen und eine Aggregation zu ermöglichen. Falls nur Quartalsdaten verfügbar sind, werden sie zu monatlichen Daten interpoliert. Anschließend werden die Zeitreihen geglättet und standardisiert, so dass die zyklischen Schwankungen die gleiche Amplitude aufweisen. Die auf diese Weise entstandenen standardisierten nationalen Indikatoren werden zu Regionen aggregiert, indem sie mit dem Anteil des BIP zu Kaufkraftparitäten gewichtet werden.

#### *ifo Weltwirtschaftsklima*

Der Ifo World Economic Survey (WES) ist besonders hinsichtlich der Repräsentativität der Länder einzigartig. Im Rahmen des WES befragt das ifo Institut vierteljährlich mehr als 1 000 Wirtschaftsexperten in über 90 Ländern. Die Teilnehmer sind Experten aus multinationalen Unternehmen, Wirtschaftsforschungsinstituten, nationalen und internationalen Wirtschaftskammern und Stiftungen. Die Befragung wurde nach zwei Testläufen im Jahre 1981 fest installiert und stellt mittlerweile Informationen aus über 90 Ländern bereit. Von 1982 bis 1988 wurde der WES dreimal im Jahr erhoben, seit 1989 wird er vierteljährlich veröffentlicht: im Januar, April, Juli und Oktober.

Aufgabe des WES ist es, vierteljährlich ein aktuelles Bild über die Wirtschaftslage sowie Zukunftserwartungen für wichtige Industrie-, Transformations- und Entwicklungsländer zu liefern. Die befragten Experten sind in den Ländern, über die sie berichten, selbst tätig und äußern ihre Einschätzung der aktuellen Wirtschaftslage sowie ihre Erwartungen für die kommenden sechs Monate. Diese Herangehensweise basiert auf der Grundidee, dass die befragten Experten als eine Art Wirtschaftsbarometer fungieren: Ihre Antwort auf die Frage nach der gesamtwirtschaftlichen Situation ist das Ergebnis einer komplexen Zusammenschau, in die eine Vielzahl nach ihrer Bedeutung gewichtete Faktoren (Wirtschaftswachstum, Inflation, Arbeitsmarktsituation, Konkurrenzfähigkeit, politische Stabilität usw.) einfließen. Während amtliche Statistiken auf internationaler Ebene oft nur mit großen Zeitverzögerungen erhältlich sind, zeichnen sich die WES-Ergebnisse durch ihre hohe Aktualität und internationale Vergleichbarkeit aus.

Bei der Aggregation der Ergebnisse auf regionaler Ebene (z.B. Westeuropa, Lateinamerika oder Nordamerika) sowie zu Ländergruppen (z.B. Euroländer, OPEC-Länder) werden

die von der UN veröffentlichten Außenhandelszahlen (auf US-Dollar-Basis) verwendet. Dabei werden die Importe und die Exporte eines Landes summiert und so der Anteil dieses Landes am Weltaußenhandelsvolumen errechnet und bei der Aggregation als Gewichtungsfaktor verwendet. Der Grund für die Verwendung des Außenhandelsvolumens liegt darin, dass für eine globale Konjunkturbeobachtung die Bedeutung der zwischenstaatlichen Handelsverflechtungen eine sinnvollere Basis für die Gewichtung darstellt als etwa die Werte des Bruttosozialprodukts: Je offener die Volkswirtschaft eines Landes ist, desto stärker ist ihr Einfluss auf die übrige Welt.

### *Batic Dry Index (BDI)*

Der BDI ist ein Preisindex für das Verschiffen von Hauptfrachtgütern auf Standardrouten. Entscheidend ist dabei, dass nicht die Containerschiffe erfasst werden, die Endprodukte transportieren, sondern diejenigen, die Vorprodukte, Rohstoffe u.Ä. geladen haben. Darin ist der Vorlauf des Indikators hinsichtlich der Wirtschaftsentwicklung und der industriellen Produktion begründet. Er wird von Baltic Exchange<sup>9</sup> in London, einem Unternehmen, das den zentralen Handelsplatz für Schiffsmakler, Schiffbesitzer und Schiffsmieter betreibt, seit 1985 täglich erhoben.

Der BDI besteht aus vier Teilindices, die in Abhängigkeit der Schiffsklassen gebildet werden: der Baltic Capesize Index (BCI), der Baltic Panamax Index (BPI), der Baltic Supramax Index (BSI) und der Baltic Handysize Index (BHSI). Diese Teilindices berücksichtigen 26 Hauptschiffahrtsrouten und bilden die Kosten für Zeitcharter und Reisecharter für die jeweilige Schiffsklasse ab. Der Mittelwert dieser Teilindices ergibt den BDI.<sup>10</sup>

Im Allgemeinen gewährt der BDI interessante Einblicke in die sonst undurchsichtige Transportschifffahrt und stellt gleichzeitig eine aussagekräftige Maßzahl für das Volumen des globalen Handels dar. Die Transportflüsse, die vom BDI erfasst werden, stehen am Anfang des Produktionsprozesses. Die Vorprodukte müssen erst zu Endprodukten verarbeitet und abgesetzt werden, ehe sie in den Statistiken der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung erscheinen und somit Wirtschaftswachstum begründen. Ein weiterer Vorzug des BDI ist darin zu sehen, dass er auf Fundamentaldaten beruht, über keine spekulativen Elemente verfügt und die tatsächliche Nachfrage und das tatsächliche Angebot für den Transport von Rohstoffen auf Standardrouten abbildet. Je mehr Ware transportiert werden soll, desto größer ist die Nachfrage nach Schiffen und desto höher der Verschiffungs-

preis. Eine Erhöhung des BDI deutet auf einen Anstieg des weltweiten Handels hin.

Allerdings muss bedacht werden, dass der Preis für die Verschiffung auch von den Transportkapazitäten abhängt. Derzeit ist eine Vielzahl neuer Schiffe in der Produktion. Die Transportkapazitäten könnten daher in den nächsten Jahren stark zunehmen. Dies würde wiederum einen erheblichen Einfluss auf die Verschiffungspreise haben (vgl. Drewry Shipping Consultants Ltd 2009).

### *HWWI-Rohstoffpreis-Index*

Rohstoffpreise stehen in engem Zusammenhang mit der globalen wirtschaftlichen Entwicklung. Für Länder, die Rohstoffe exportieren, sind Rohstoffpreise eine wichtige Determinante, die die Einnahmen der Volkswirtschaft beeinflussen. Für Länder, die Rohstoffe importieren, spielen Rohstoffpreise eine große Rolle für ihre Inflations- und Realeinkommensentwicklung. Ihre Konjunkturentwicklung beeinflusst über ihr Nachfrageverhalten wiederum die Entwicklung der Rohstoffpreise.

Das Hamburgische Weltwirtschaftsinstitut veröffentlicht den HWWI-Index<sup>11</sup> – einen Index, der die weltweite Preisentwicklung der Rohstoffe darstellt. Er wird seit 1978 – z.T. seit 1960 – in Monatswerten veröffentlicht und ist seit 1996 auch in Tageswerten verfügbar. Seit 2002 existiert zusätzlich ein Index für den Euroraum. Die Aktualisierung erfolgt einmal pro Woche.

Der Index wird in US-Dollar und Euro berechnet. Er reflektiert die Preisentwicklung der wichtigsten international gehandelten Rohstoffe wie beispielsweise Nahrungsmittel, agrarische Rohstoffe oder Metalle. Die Gewichtung der einzelnen Rohstoffe zu einem Index erfolgt mit ihren jeweiligen Anteilen an den gesamten Rohstoffimporten der OECD-Länder. Für die Gewichtung werden die Importwerte für drei aufeinander folgende Jahre 1999–2001 verwendet, um den Einfluss jährlicher Schwankungen abzumildern. Bei der Auswahl der zugehörigen Rohstoffpreise ist zu beachten, dass diese möglichst aktuell sind und die internationale Entwicklung gut abbilden. Dabei ist es möglich, dass ein Rohstoff mittels mehrerer Preisreihen vertreten ist. Der HWWI-Index besteht aus Daten zu 28 Rohstoffen, die jeweils mit 36 Preisreihen abgebildet werden.

### *Globale Stahlproduktion*

Der internationale Branchenverband World Steel Association<sup>12</sup> sammelt und veröffentlicht monatlich Daten über die globale Stahlproduktion. Die Daten stammen von un-

<sup>9</sup> <http://www.balticexchange.com/>.

<sup>10</sup> Dieses Verfahren wird erst seit Juli 2009 angewendet. Bei der früheren Vorgehensweise wurde der Mittelwert der Teilindices gebildet und anschließend mit einem Multiplikator versehen, der in unregelmäßigen Zeitabständen geändert wurde.

<sup>11</sup> <http://hwwi-rohindex.org/>.

<sup>12</sup> World Steel Association: <http://www.worldsteel.org/>.

terschiedlichen Quellen wie z.B. von Verbandsmitgliedern, nationalen Statistikämtern sowie regionalen Stahlindustrieverbänden. Dabei werden 66 Länder abgedeckt. Stahl ist ein wichtiges Vorprodukt für die Teile der industriellen Fertigung. Er findet zudem Verwendung in der Bauproduktion. Damit kann die Stahlproduktion insbesondere für die Beobachtung der Konjunkturentwicklung in aufstrebenden Volkswirtschaften ein aussagekräftiges Instrument sein.

**Vergleich der Konjunkturindikatoren**

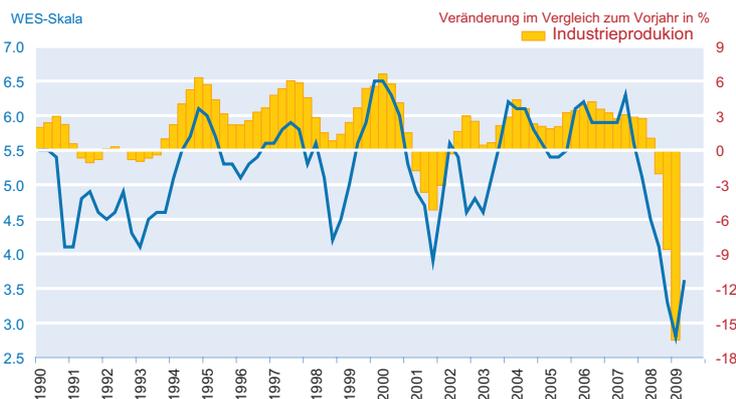
- Vorgehensweise

Inwieweit die vorgestellten Indikatoren in der Lage sind, globale Konjunkturzyklen zu beschreiben, ist Gegenstand der folgenden Ausführungen. Dies erfolgt zunächst anhand von Abbildungen, in denen der Verlauf des Indikators mit einer Referenzzeitreihe – der Industrieproduktion – verglichen wird. Die Stärke des linearen Zusammenhangs zwischen den Indikatoren und der Referenzzeitreihe kann mit Hilfe von Kreuzkorrelationen quantifiziert werden. Korrelationen, bei denen die Indikatorzeitreihe gegenüber der Referenzreihe zeitlich verschoben wird, geben groben Aufschluss darüber, ob ein Vor- oder Gleichlauf des Indikators mit der Referenzzeitreihe besteht. Die Indikatoren liegen in unterschiedlichen Zeitfrequenzen vor. So werden die OECD-Indikatoren monatlich veröffentlicht, das ifo Weltwirtschaftsklima dagegen vierteljährlich. Die Preisdaten liegen wiederum in wesentlich höherer Frequenz vor. Um diese Indikatoren zu vergleichen, werden alle Zeitreihen einheitlich als Quartalswerte untersucht.

Die Referenzreihe der Industrieproduktion weist einen im Zeitablauf steigenden Trend auf. Unter Konjunktur wird häufig die Schwankung des Auslastungsgrades des

gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials verstanden. Dieser Ansatz führt zur Analyse des so genannten Wachstumszyklus.<sup>13</sup> Um in der Industrieproduktion diesen Konjunkturzyklus sichtbar zu machen, muss sie um ihren Trend bereinigt werden. In der Regel wird eine solche Trendbereinigung mit Filterverfahren durchgeführt (Hodrick-Prescott-Filter, Baxter-King-Filter etc.). In der vorliegenden Untersuchung werden Trends in den Zeitreihen jedoch durch die Berechnung von Vorjahresveränderungen eliminiert. Dies ist eine simple Art der Trendbereinigung, die sich auch in der Presse und in der praktischen Konjunkturanalyse großer Beliebtheit erfreut. Allerdings hat diese Vorgehensweise auch erhebliche Nachteile: Die Berechnung von Vorjahresveränderungen impliziert die Anwendung eines asymmetrischen Filters. So behandelte Zeitreihen unterliegen einer Phasenverschiebung. Daher sollten Vorjahresveränderungen auf keinen Fall verwendet werden, um Wendepunkte im Konjunkturzyklus zu datieren (vgl. Zarnowitz und Ozyildirim 2006). Dies ist im Folgenden jedoch auch nicht beabsichtigt. Dennoch muss auch mit Vorsicht interpretiert werden, wenn eine Zeitreihe, die in Vorjahresveränderungen umgerechnet wurde, mit einer Zeitreihe verglichen wird, die nicht dieser Behandlung unterzogen wurde. Da in diesem Artikel jedoch lediglich eine Vorstellung von Indikatoren für die globale Konjunkturentwicklung und ein grober Vergleich dieser Indika-

**Abb. 3**  
**ifo Weltwirtschaftsklima (WES)**  
**im Vergleich zur Industrieproduktion für OECD Total**



<sup>13</sup> Für eine graphische Motivation des Wachstumszyklus und eine Abgrenzung zum klassischen Zyklus und zum Wachstumsratenzyklus vgl. Abberger und Nierhaus (2007).

Quelle: OECD, Ecwin, IWF, Berechnungen des ifo Instituts.

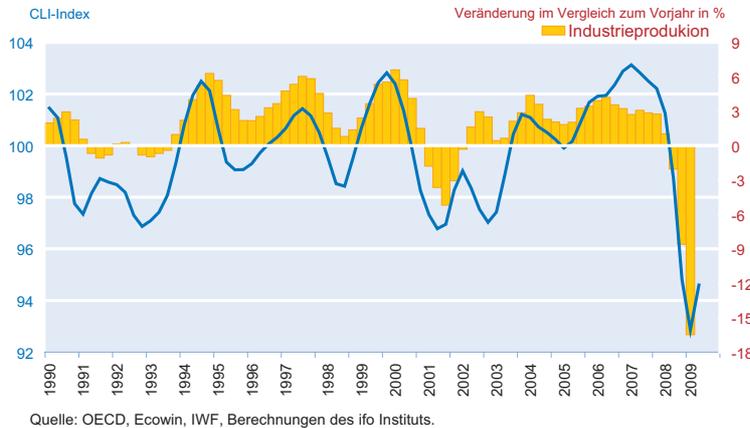
**Tab. 1**  
**Kreuzkorrelationen der Indikatoren mit den Vorjahresveränderungen der Industrieproduktion für OECD Total<sup>a)</sup>**

Vor- und Nachläufe des Indikators gegenüber der Industrieproduktion	WES	CLI	BCI	CCI	BDI	HWWI-Index	Stahlproduktion
1. Quartal Nachlauf des Indikators	<b>0.74</b>	0.71	<b>0.79</b>	0.67	0.38	0.56	0.59
Gleichlauf des Indikators	<b>0.84</b>	0.81	<b>0.85</b>	0.75	0.38	0.52	0.64
1. Quartal Vorlauf des Indikators	<b>0.75</b>	<b>0.72</b>	0.69	0.69	0.29	0.27	0.52
2. Quartale Vorlauf des Indikators	<b>0.51</b>	0.45	0.35	<b>0.53</b>	0.07	- 0.14	0.23

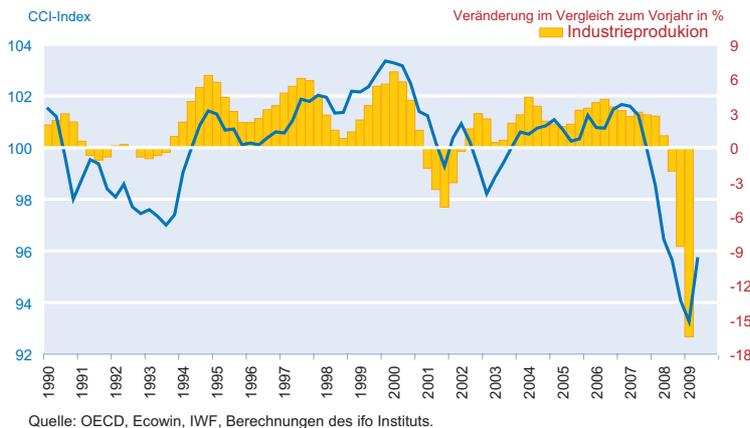
<sup>a)</sup> Die zwei höchsten Kreuzkorrelationen sind jeweils fett markiert.

Quelle: ifo Institut; OECD; Baltic Exchange London; Hamburgisches Weltwirtschaftsinstitut (HWWI); World Steel Association; Ecwin; Berechnungen des ifo Instituts.

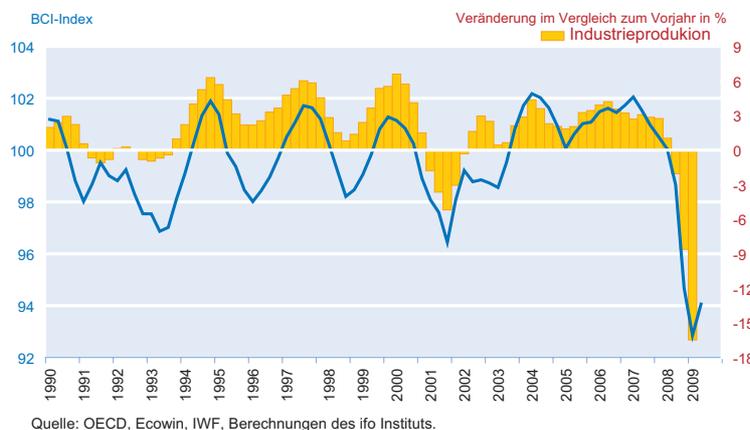
**Abb. 4**  
**OECD Composite Leading Indicator (CLI)**  
**im Vergleich zur Industrieproduktion für OECD Total**



**Abb. 5**  
**OECD Consumer Confidence Indicator (CCI)**  
**im Vergleich zur Industrieproduktion für OECD Total**



**Abb. 6**  
**OECD Business Confidence Indicator (BCI)**  
**im Vergleich zur Industrieproduktion für OECD Total**



gen sind einfach zu berechnen und insbesondere intuitiv zu interpretieren.

• Ergebnisse

Die Abbildungen 3 bis 9 zeigen den Verlauf der Indikatoren im Vergleich zur Vorjahresveränderung der Industrieproduktion im Zeitraum erstes Quartal 1990<sup>14</sup> bis erstes Quartal 2009. In Tabelle 1 sind die Korrelationen zwischen den Indikatoren und der Referenzreihe im Zeitraum erstes Quartal 1991 bis erstes Quartal 2009 enthalten. Um einen Eindruck über mögliche Vor- bzw. Nachläufe der Indikatoren zu bekommen, wurden Korrelationen zwischen den zeitlich verschobenen Indikatoren ebenfalls berechnet.

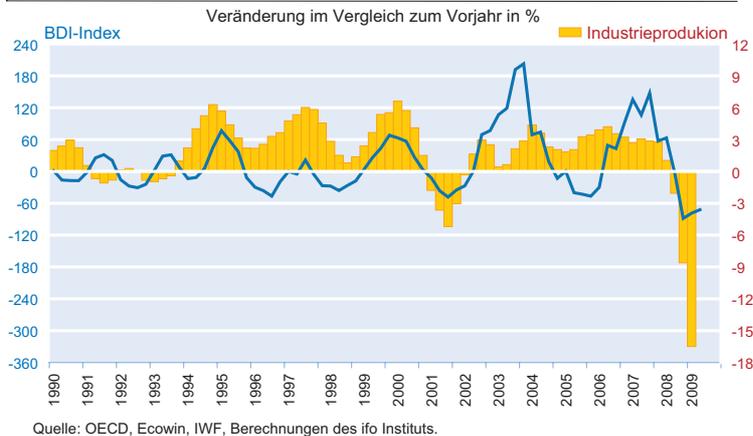
Der visuelle Eindruck und die Kreuzkorrelationen zeigen, dass das ifo Weltwirtschaftsklima sowie der Composite Leading Indicator und der Business Confidence Indicator der OECD sehr deutliche und zuverlässige Signale über die globale Konjunkturentwicklung liefern. Diese drei Indikatoren zeichnen sich durch einen sehr glatten Verlauf und eine hohe Korrelation mit den Vorjahresveränderungen der Industrieproduktion aus. Die höchste Korrelation wird dabei jeweils beobachtet, wenn die Reihen zeitgleich betrachtet werden. Die Indikatoren können als gleichlaufend mit der Referenzreihe klassifiziert werden. Allerdings ist bei dieser Klassifizierung nun zu beachten, dass die Vorjahresveränderungen der Industrieproduktion den Wachstumszyklus nur ungenau wiedergeben. Die asymmetrische Filterung, die durch die Bildung von Vorjahresveränderungen durchgeführt wird, führt zu einer Phasenverschiebung. Diese bewirkt, dass die hier verwendete Referenzreihe dem tatsächlichen Wachstumszyklus tendenziell vorseilt. Daher besitzen auch die drei Indikatorenzeitreihen tendenziell einen Vorlauf und zeigen den Wachstumszyklus frühzeitig an.

Eine besondere Stärke des ifo Weltwirtschaftsklimas ist dabei, dass es nach seiner Veröffentlichung nicht mehr revidiert wird. Das ifo Weltwirtschaftsklima ist daher ein Indikator, der sehr zeitnah und zuverlässig Hin-

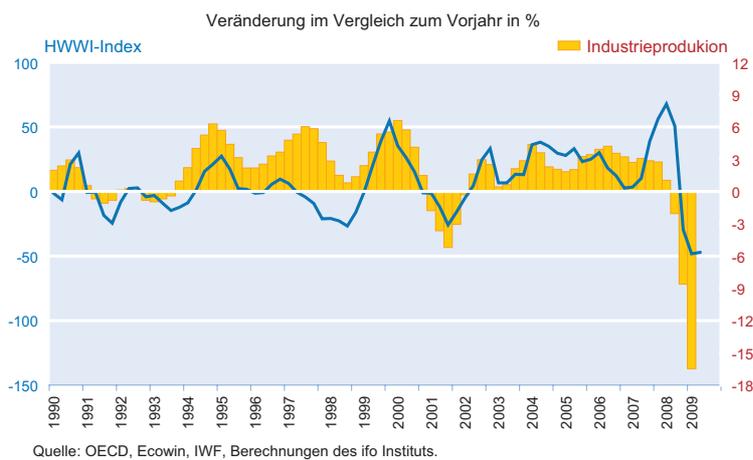
toren angestrebt wird, wurde dennoch auf das Verfahren der Vorjahresveränderungen zurückgegriffen. Diese Veränderun-

<sup>14</sup> Aufgrund von Sondereffekten wird die Stahlproduktion erst ab dem ersten Quartal 1991 verwendet.

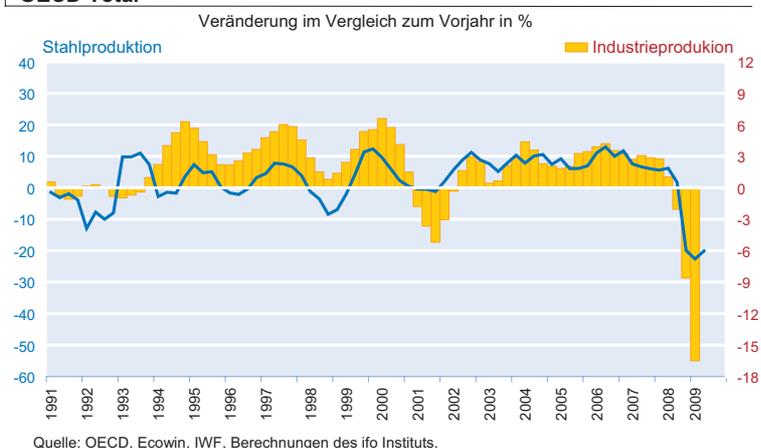
**Abb. 7**  
**Baltic Dry Index (BDI) im Vergleich zur Industrieproduktion für OECD Total**



**Abb. 8**  
**HWWI-Index im Vergleich zur Industrieproduktion für OECD Total**



**Abb. 9**  
**Globale Stahlproduktion im Vergleich zur Industrieproduktion für OECD Total**



Etwas weniger deutlich ausgeprägt als in den obigen drei Indikatoren ist das Konjunktur-signal im Consumer Confidence Indicator der OECD und in der globalen Stahlproduktion. Die von diesen Indikatoren beschriebenen Zyklen stimmen visuell etwas weniger klar mit der Referenzreihe überein, und auch die Korrelationen sind etwas niedriger als für die besten drei Indikatoren.

Noch etwas weniger deutlich ausgeprägt ist das Konjunktursignal in den beiden Indikatoren HWWI-Index und Baltic Dry Index. Zwar ist auch in diesen Zeitreihen der Konjunkturverlauf erkennbar, doch lassen sich jeweils auch ungewöhnliche Ausschläge finden. Möglicherweise spiegeln sich Angebotsveränderungen oder im Fall der Rohstoffpreise auch geopolitische Ereignisse oder extreme Witterung<sup>15</sup> in diesen Indikatoren ebenfalls wider.

## Zusammenfassung und Diskussion

Insgesamt zeigen die durchgeführten Berechnungen, dass ein Monitoringsystem für die globale Konjunktur als Kern die Indikatoren ifo Weltwirtschaftsklima, Composite Leading Indicator der OECD und Business Confidence Indicator der OECD beinhalten sollte. Zu diesen Indikatoren kommt die Industrieproduktion hinzu, die hier als Referenzreihe verwendet wurde. Mit Hilfe dieser vier Zeitreihen lässt sich die Entwicklung im globalen Konjunkturzyklus abschätzen. Zu diesen vier Kernelementen lassen sich ergänzend Indikatoren hinzufügen. So besitzen etwa die hier vorgestellten Zeitreihen Consumer Confidence Indicator, globale Stahlproduktion, HWWI-Index und Baltic Dry Index trotz eines weniger stark ausgeprägten Konjunktursignals wertvolle Zusatzinformationen.

## Literatur

Abberger K. und W. Nierhaus (2007), »Das ifo Geschäftsklima und Wendepunkte der deutschen Konjunktur«, *ifo Schnelldienst* 60(3), 26–31.  
 Ambler, S., E. Cardia und Chr. Zimmermann (2004), »International business cycles: What are the facts?«, *Journal of Monetary Economics* 51, 257–276.

weise über die Entwicklung des globalen Wachstumszyklus liefert.

<sup>15</sup> So wird etwa ein derzeit starkes Anziehen der Zuckerpreise durch die für den Zuckeranbau ungünstige Witterung in Brasilien und Indien – den beiden größten Zuckerproduzenten der Welt – erklärt.

- Dellas, H. (1986), »A Real Model of the World Business Cycle«, *Journal of International Money and Finance* 5, 381–394.
- Drewry Shipping Consultants Ltd. (2009), [http://www.drewry.co.uk/publications/view\\_publication.php?id=345](http://www.drewry.co.uk/publications/view_publication.php?id=345), abgerufen am 11. August 2009.
- Gerlach, S. (1988), »World Business Cycles under fixed and flexible exchange rates«, *Journal of Money, Credit, and Banking* 20(4), 621–632.
- Kose, M.A., Chr. Otrok und E. Prasad (2008), »Global Business Cycles: Convergence or Decoupling?«, IWF Working Paper 08/143.
- Zarnowitz V. und A. Ozyildirim (2006), »Time Series Decomposition and Measurement of Business Cycles, Trends and Growth Cycles«, *Journal of Monetary Economics* 53(7), 1717–1739.

# Modellrechnungen zur Bevölkerungsentwicklung in Ländern des ehemaligen Ostblocks bis 2050 – das Beispiel Bulgarien

Bei der Präsentation von Bevölkerungsvorausberechnungen stehen häufig bevölkerungsreiche Länder im Vordergrund. Gerade in der EU gibt es jedoch – beispielsweise unter den osteuropäischen EU-Mitgliedern – eine Reihe von Ländern, die jeweils weniger als 10 Millionen Einwohner haben und deren Bevölkerungsentwicklung dennoch für die Europäische Union von großer Bedeutung ist. Der folgende Beitrag beschäftigt sich mit dem demographischen Wandel in Bulgarien, einem Land, das erst 2007 in die EU aufgenommen wurde und das ursprünglich ein Bestandteil des so genannten Ostblocks war.<sup>1</sup> Die Problematik der Durchführung von Bevölkerungsvorausberechnungen für Bulgarien liegt in der Datenbasis, die es erschwert, realistische zukunftsbezogene Annahmen zu machen. Daher wird an dieser Stelle besonders darauf hingewiesen, dass es sich nur um annahmenorientierte und annahmenabhängige Modellrechnungen handelt, die nicht mit Prognosen verwechselt werden dürfen.<sup>2</sup> Im Folgenden werden die Entwicklung des Umfangs und der Altersstruktur der Bevölkerung Bulgariens sowie die Bedeutung der einzelnen Komponenten der Bevölkerungsbewegung für die oben genannten Größen im Vordergrund stehen.

### Annahmen der Modellrechnungen

Tabelle 1 gibt einen Überblick über die in den Modellrechnungen verwendeten Annahmen für die Fertilitätsrate, die Migration und die Lebenserwartung.<sup>3</sup>

In den Modellrechnungen der Bevölkerung wird auf drei Kombinationen<sup>4</sup> der dar-

gestellten Annahmen zurückgegriffen (vgl. Tab. 2):

1. eine niedrige Bevölkerungsvariante<sup>5</sup>, bei der sowohl für Fertilität als auch für Migration und Lebenserwartung die niedrigen Annahmen F1, W1 und L1 verwendet werden,
2. eine mittlere Bevölkerungsvariante, die von den mittleren Annahmen F2, W2 und L2 sowie

**Tab. 1**  
**Annahmen der Modellrechnungen**

Annahmen zur Fertilitätsrate	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Ausgangsniveau: Fertilitätsrate 1,4</li> <li>• Variantenabhängige Anpassung der Fertilitätsrate</li> <li>• Ab 2020 konstant auf bis dahin erreichtem Niveau</li> </ul>													
		<table border="1"> <thead> <tr> <th></th> <th>Anpassung auf</th> <th>bis zum Jahr</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Variante F1</td> <td>1,2</td> <td>2020</td> </tr> <tr> <td>Variante F2</td> <td>1,4</td> <td>---</td> </tr> <tr> <td>Variante F3</td> <td>1,6</td> <td>2020</td> </tr> </tbody> </table>		Anpassung auf	bis zum Jahr	Variante F1	1,2	2020	Variante F2	1,4	---	Variante F3	1,6	2020
		Anpassung auf	bis zum Jahr											
	Variante F1	1,2	2020											
Variante F2	1,4	---												
Variante F3	1,6	2020												
Annahmen zur Migration	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Jährlicher Wanderungssaldo<sup>a)</sup></li> <li>• Ab 2020 konstant auf bis dahin erreichtem Niveau</li> </ul>													
		<table border="1"> <thead> <tr> <th></th> <th>steigend auf</th> <th>bis zum Jahr</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Variante W1</td> <td>- 15 000</td> <td>2020</td> </tr> <tr> <td>Variante W2</td> <td>- 7 500</td> <td>2020</td> </tr> <tr> <td>Variante W3</td> <td>0</td> <td>2020</td> </tr> </tbody> </table>		steigend auf	bis zum Jahr	Variante W1	- 15 000	2020	Variante W2	- 7 500	2020	Variante W3	0	2020
		steigend auf	bis zum Jahr											
	Variante W1	- 15 000	2020											
Variante W2	- 7 500	2020												
Variante W3	0	2020												
Annahmen zur Lebenserwartung	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Lebenserwartung Neugeborener männlich/weiblich nach Periodensterbetafel, in Jahren</li> </ul>													
		<table border="1"> <thead> <tr> <th></th> <th>2007</th> <th>Bis 2050 Veränderung auf ...</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Variante L1</td> <td></td> <td>m: 65,5 w: 78,1</td> </tr> <tr> <td>Variante L2</td> <td>m: 69,0 w: 76,2</td> <td>m: 68,5 w: 79,1</td> </tr> <tr> <td>Variante L3</td> <td></td> <td>m: 77,0 w: 85,0</td> </tr> </tbody> </table>		2007	Bis 2050 Veränderung auf ...	Variante L1		m: 65,5 w: 78,1	Variante L2	m: 69,0 w: 76,2	m: 68,5 w: 79,1	Variante L3		m: 77,0 w: 85,0
		2007	Bis 2050 Veränderung auf ...											
	Variante L1		m: 65,5 w: 78,1											
Variante L2	m: 69,0 w: 76,2	m: 68,5 w: 79,1												
Variante L3		m: 77,0 w: 85,0												

<sup>a)</sup> Auf Annahmen zur Sockelwanderung muss wegen der diesbezüglich unzureichenden Datenlage verzichtet werden.

Quelle: Berechnungen der Autoren.

\* Prof. Dr. Eckart Bomsdorf lehrt und forscht an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln, Dipl.-Kfzr. Iliina Valchinova war Diplomandin am Seminar für Wirtschafts- und Sozialstatistik der Universität zu Köln.

<sup>1</sup> Die beiden folgenden Abschnitte übernehmen im Aufbau und Formulierung zum großen Teil das an anderer Stelle (vgl. z.B. Bomsdorf und Babel 2007) verwendete, bewährte Konzept.

<sup>2</sup> Vgl. zur Problematik der Bevölkerungsvorausberechnung in »kleinen« Regionen Bomsdorf und Babel (2006, 9 ff.).

<sup>3</sup> Diese Annahmen gründen sich auf Analysen der Vergangenheit. Bei der Lebenserwartung ergeben sich die drei verschiedenen Annahmen auf den unter Verwendung des Ansatzes von Bomsdorf und Trimborn (1992) geschätzten einjährigen Sterbewahrscheinlichkeiten. Bei diesen Berechnungen wurden Daten aus drei unterschiedlich langen Zeiträumen zugrunde gelegt (1947–2005, 1965–2005, 1997–2005). Wesentliche Datenquellen der Untersuchung waren Eurostat (2009), Human Mortality Database (2009) sowie Nationales Statistisches Institut (2008).

<sup>4</sup> Theoretisch wären 27 Kombinationen denkbar. Es erfolgt hier jedoch eine Beschränkung auf die bzgl. des Bevölkerungsumfangs extremen Varianten sowie eine mittlere Variante. Für die anderen Fälle kann eine näherungsweise Berechnung des Bevölkerungsumfangs sowie von Altenquotient und Jungenquotient mittels der später dargelegten Sensitivitätsüberlegungen vorgenommen werden.

<sup>5</sup> Der Begriff Bevölkerungsvariante wird im Folgenden durch Variante abgekürzt.

**Tab. 2**  
**Varianten der Modellrechnung**

<b>Niedrige Variante</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• niedrige Fertilität (F1)</li> <li>• niedrige Wanderung (W1)</li> <li>• niedrige Lebenserwartung (L1)</li> </ul>
<b>Mittlere Variante (Basisvariante)</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• mittlere Fertilität (F2)</li> <li>• mittlere Wanderung (W2)</li> <li>• mittlere Lebenserwartung (L2)</li> </ul>
<b>Hohe Variante</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• hohe Fertilität (F3)</li> <li>• hohe Wanderung (W3)</li> <li>• hohe Lebenserwartung (L3)</li> </ul>

Quelle: Darstellung der Autoren.

- eine hohe Bevölkerungsvariante, die von den hohen Annahmen F3, W3 und L3 ausgeht.

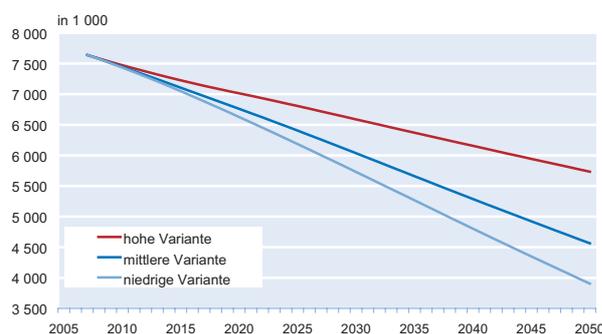
### Entwicklung der Einwohnerzahl und der Altersstruktur in Bulgarien bis 2050

Abbildung 1 stellt die Entwicklung des Bevölkerungsumfangs Bulgariens in Abhängigkeit von der gewählten Variante dar:

- Die Einwohnerzahl Bulgariens sinkt nach der mittleren Variante von 7,6 Millionen im Jahr 2007 auf 6,0 Millionen im Jahr 2030 und auf 4,6 Millionen im Jahr 2050. Der Rückgang bis 2050 beträgt somit nahezu 40%.<sup>6</sup>
- In der niedrigen Variante ist der Bevölkerungsrückgang noch größer. 2030 resultiert ein Bevölkerungsumfang von 5,7 Millionen Einwohnern, bis 2050 sinkt die Einwohnerzahl auf 3,9 Millionen, damit hätte sich der Bevölkerungsumfang gegenüber 2007 nahezu halbiert.
- Selbst in der hohen Variante ist bis 2030 mit einem Bevölkerungsrückgang von etwa 1,0 Millionen, bis 2050 von 1,9 Millionen zu rechnen, so dass die Einwoh-

<sup>6</sup> 1988 hatte Bulgarien fast 9 Millionen, 1960 ungefähr 7,8 Millionen Einwohner.

**Abb. 1**  
**Bevölkerungsumfang in Bulgarien 2007–2050**



Quelle: Berechnungen der Autoren.

nerzahl Bulgariens bis 2050 auf 5,7 Millionen, d.h. um 25%, sinkt.

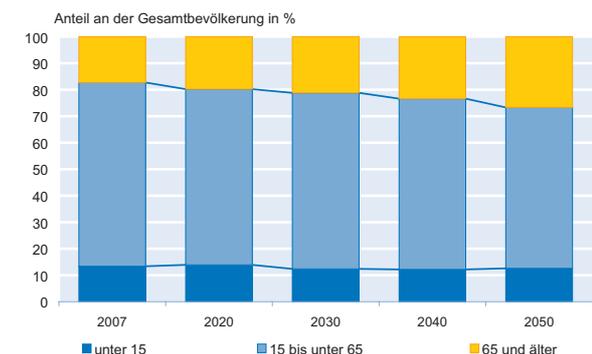
Abbildung 2 verdeutlicht für die mittlere Variante die Veränderung der Altersstruktur der Bevölkerung Bulgariens vom Basisjahr 2007 bis zum Jahr 2050:

- Der Anteil der unter 15-Jährigen an der Gesamtbevölkerung beträgt im Jahr 2007 13,4%, er liegt 2030 bei 12,4% und 2050 bei 12,6%.
- Der Anteil der mittleren Altersgruppe, d.h. der 15- bis unter 65-Jährigen, liegt 2030 bei 66,4%. Er verringert sich von 2007 69,3% bis 2050 um 8,6 Prozentpunkte auf 60,7%.
- Im Gegenzug steigt der Anteil der 65-Jährigen und Älteren bis 2050 um 9,4 Prozentpunkte an: von 17,3% im Jahr 2007 auf 21,2% im Jahr 2030 und schließlich 26,7% bis zum Jahr 2050.

Eine variantenabhängige Darstellung der Altersstruktur der Bevölkerung für das Jahr 2050 liefert Abbildung 3:

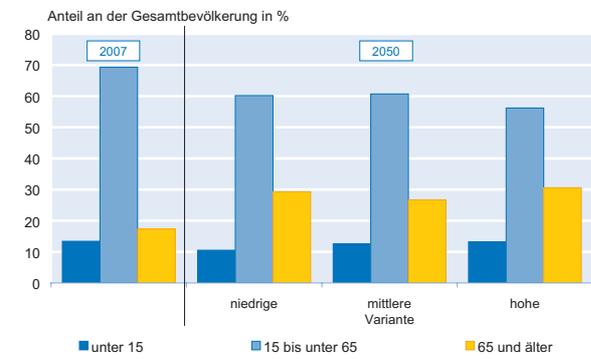
- Der Anteil der unter 15-Jährigen an der Gesamtbevölkerung steigt mit der Fertilitätsannahme. Während er bei der niedrigen Variante nur 10,5% beträgt, liegt er bei der mittleren Variante schon bei 12,6% und bei der hohen Variante bei 13,2%. Die Steigerung ist jedoch nicht so hoch, wie vielleicht erwartet werden könnte. Dies hängt mit den Lebenserwartungsannahmen in den Varianten zusammen. 2050 ist der Anteil der unter 15-Jährigen in der hohen Variante nahezu wieder auf demselben Niveau wie 2007.
- Bei der mittleren und bei der oberen Altersgruppe ergeben sich ähnliche Schwankungen in den Werten für die drei Varianten. Der Anteil der 15- bis unter 65-Jährigen bewegt sich zwischen 56,2% (hohe Variante 2050) und 60,2% (mittlere Variante), der Anteil der 65-Jährigen und Älteren schwankt zwischen 26,7% (mittlere Variante) und 30,6% (hohe Variante).

**Abb. 2**  
**Altersstruktur der Bevölkerung in Bulgarien (mittlere Variante)**



Quelle: Berechnungen der Autoren.

**Abb. 3**  
**Altersstruktur der Bevölkerung in Bulgarien (mehrere Varianten)**



Quelle: Berechnungen der Autoren.

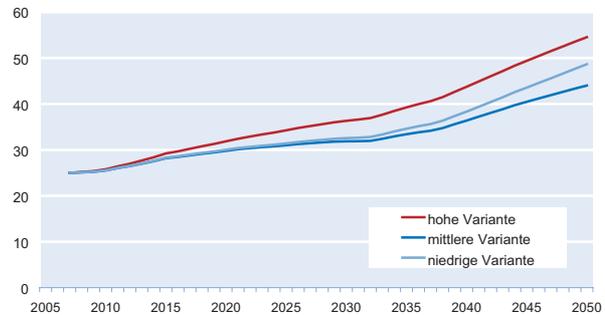
- Im Vergleich zum Ausgangsjahr sinkt somit – unabhängig von der gewählten Variante – der Anteil der 15- bis unter 65-Jährigen deutlich. Der Anteil der unter 15-Jährigen geht nur in der niedrigen Variante stark zurück. Der Anteil der mindestens 65 Jahre alten Personen nimmt gegenüber 2007 deutlich zu, um über 50% in der mittleren bis über 75% in der hohen Variante.

Die Abbildungen 4 bis 7 stellen die Entwicklung der Altersstruktur der Bevölkerung Bulgariens mit Hilfe ausgewählter statistischer Kenngrößen dar: durch den Altenquotienten, den Jungenquotienten, den Gesamtlastquotienten sowie das Verhältnis von Jungen- zu Altenquotient. Letzteres ist identisch mit dem Verhältnis der Anzahl der unter 15-Jährigen zur Anzahl der 65-Jährigen und Älteren:

- Der Altenquotient, d.h. die Anzahl von Personen im Alter von mindestens 65 Jahren je hundert Personen mit einem Alter von 15 bis unter 65 Jahren, beträgt im Jahr 2007 25,0. Der Jungenquotient, d.h. die Anzahl von unter 15-Jährigen je hundert 15- bis unter 65-Jährigen, liegt bei 19,3. Daraus resultiert ein Gesamtlastquotient von 44,3, d.h. auf 100 Personen im mittleren Alter kommen 44, die unter 15 Jahre oder mindestens 65 Jahre alt sind. Für die Relation von Jungen- zu Altenquotient ergibt sich ein Wert von 77,3<sup>7</sup>, d.h. in Bulgarien kommen 2007 auf 100 Personen im Alter von mindestens 65 Jahren 77 Menschen im Alter unter 15 Jahren oder anders formuliert, es gibt weniger unter 15-Jährige als mindestens 65-Jährige.
- Der Altenquotient steigt in der niedrigen Variante auf einen Wert von 32,6 im Jahr 2030 und bis 2050 auf 48,7; er verdoppelt sich also gegenüber 2007 (25,0) nahezu. Die Spannweite zwischen den Werten der mittleren (44,0) und der hohen Variante (54,6) beträgt über 10 Punkte. Alle Varianten weisen also auf eine deutliche Erhöhung

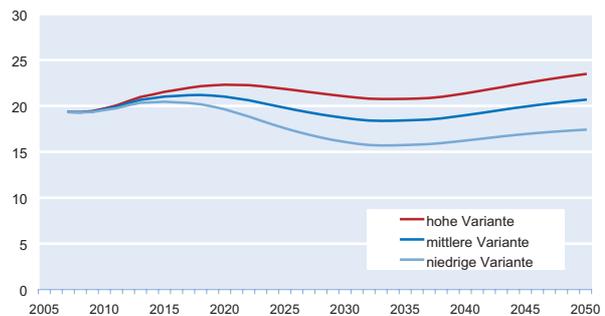
<sup>7</sup> Um die Daten einfacher und unmittelbar interpretieren zu können, wird bei der Bildung des Verhältnisses der beiden Quotienten das Resultat direkt mit 100 multipliziert.

**Abb. 4**  
**Altenquotient in Bulgarien 2007–2050**



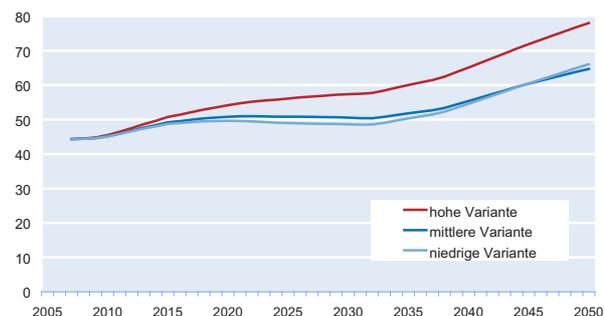
Quelle: Berechnungen der Autoren.

**Abb. 5**  
**Jungenquotient in Bulgarien 2007–2050**



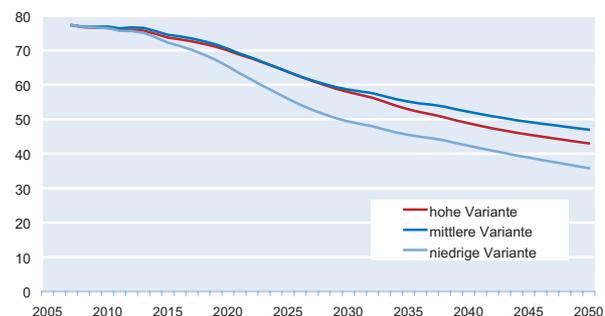
Quelle: Berechnungen der Autoren.

**Abb. 6**  
**Gesamtlastquotient in Bulgarien 2007–2050**



Quelle: Berechnungen der Autoren.

**Abb. 7**  
**Verhältnis von Jungenquotient zu Altenquotient in Bulgarien 2007–2050**



Quelle: Berechnungen der Autoren.

des Altenquotienten hin, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß.<sup>8</sup>

- Beim Jungenquotienten führen die differierenden Fertilitätsannahmen zu größeren Unterschieden in der Entwicklung bis 2050. Allerdings schwanken die Werte der drei Varianten um den Wert von 2007 (19,3). In der mittleren Variante ergibt sich für 2030 ein Wert von 18,7, für 2050 von 20,7. In der niedrigen Variante liegen die vergleichbaren Werte bei 16,1 bzw. 17,4, in der hohen bei 21,0 bzw. 23,5. Eine variantenunabhängige Tendenz zur Zunahme oder zum Rückgang des Jungenquotienten liegt nicht vor.
- Beim Gesamtlastquotienten ist dagegen eindeutig eine Zunahme zu erkennen. Die mittlere und die niedrige Variante führen zu sehr ähnlichen Werten (2030 50,6 bzw. 48,6, 2050 64,7 bzw. 66,1). In der hohen Variante ist die Steigerung gegenüber dem Wert von 2007 (44,3) deutlich höher (2030 57,4, 2050 78,0).
- Das (hier mit 100 multipliziert angegebene) zahlenmäßige Verhältnis von Jungen zu Alten sinkt bis 2050 deutlich. Die Relation fällt vom heutigen Niveau (2007: 77,3) auf einen Wert zwischen 49,4 (niedrige Variante) und 58,6 (mittlere Variante) 2030 und nimmt bis 2050 weiter ab auf Werte zwischen 35,8 (niedrige Variante) und 47,0 (mittlere Variante). Vereinfacht gesagt gibt es der niedrigen Variante nach 2050 nahezu dreimal so viele mindestens 65-Jährige wie unter 15-Jährige. Die Werte für die hohe Variante liegen ab 2030 leicht unter den Werten der mittleren Variante. Dies ist darauf zurückzuführen, dass in dieser Variante nicht nur der Altenquotient, sondern auch der Jungenquotient über dem heutigen Niveau liegt.

Abbildung 8 veranschaulicht durch Bevölkerungspyramiden die angesprochenen Tendenzen. Dabei werden der geschlechtsspezifischen Altersstruktur des Jahres 2007 die aus den verschiedenen Varianten resultierenden Pyramiden für 2050 gegenübergestellt:

- Im Jahr 2007 fallen bei der Bevölkerungspyramide von Bulgarien besonders der vergleichsweise schmale untere Teil und der demgegenüber kräftig ausgeprägte Mittelteil bei der Bevölkerung im Alter von 20 bis 60 Jahren auf.
- In der niedrigen Variante ist ein starker Bevölkerungsrückgang bis zum Jahr 2050 erkennbar. Der Umfang der Bevölkerung hat in nahezu allen Altersjahrgängen im Vergleich zur Ausgangspyramide – bedingt durch die niedrigere Fertilität, den negativen Wanderungssaldo sowie die bei den Männern niedrige Lebenserwartung – weiter abgenommen.

Abb. 8  
Bevölkerungspyramiden von Bulgarien 2007 und 2050



Quelle: Berechnungen der Autoren.

- In der mittleren Variante ist bei den Männern in allen Altern, bei den Frauen in erster Linie bei den unter 50-Jährigen eine Zunahme gegenüber der niedrigen Variante festzustellen.
- Diese Tendenz verstärkt sich bei der hohen Variante deutlich und macht sich dort auch bei den Frauen stark bemerkbar.
- In keiner der drei Varianten werden – außer in den hohen Altern – nur annähernd wieder die Bevölkerungszahlen von 2007 erreicht. Ein Bevölkerungsrückgang ist somit deutlich erkennbar.

### Sensitivitätsbetrachtungen

Die Modellrechnungen liefern nur einen Ausschnitt möglicher Entwicklungen. Sie sollten nach Möglichkeit durch zusätzliche Betrachtungen ergänzt werden, in denen der Einfluss der einzelnen Komponenten auf die Resultate der Bevölkerungsvorausberechnungen quantifiziert wird. Dieser Aspekt kommt in vielen Bevölkerungsmodellrechnungen zu kurz. In Bomsdorf und Babel (2005) findet sich erstmals eine Betrachtung der Auswirkungen einer isolierten Änderung jeweils einer der drei Komponenten Fertilität, Mortalität oder Migration auf den Be-

<sup>8</sup> Hier sei darauf hingewiesen, dass die Reihenfolge der drei Bevölkerungsvarianten bei der Entwicklung des Altenquotienten nicht der Reihenfolge bei der Bevölkerungsentwicklung entspricht.

völkerungsumfang. Diese Art einer Sensitivitätsanalyse soll hier für die Auswirkungen auf den Bevölkerungsumfang, den Altenquotienten und den Jungenquotienten durchgeführt werden. Als Ausgangspunkt für die folgenden Betrachtungen wurde die im Folgenden als Basisvariante bezeichnete mittlere Variante der Modellrechnungen gewählt. Bei der Änderung der Lebenserwartung wird eine leicht modifizierte Basisvariante zugrunde gelegt.

Die Annahmen der mittleren Variante waren:

- Fertilitätsrate: konstant 1,4 bis 2050,
- Wanderungen: Anstieg bis 2020 auf –7 500 Personen jährlich, danach bis 2050 konstant,
- Lebenserwartung Neugeborener 2050: m: 68,4, w: 79,1 Jahre.

Da gerade bei der Lebenserwartung große Unsicherheit bzgl. der zukünftigen Entwicklung besteht – insbesondere wegen des zwischenzeitlichen Rückgangs bei den Männern, wird in einer modifizierten Basisvariante die Lebenserwartung für 2050 gleich den Werten von 2005 gesetzt (m: 69,0, w: 76,2 Jahre) und in den Sensitivitätsbetrachtungen dann von einer gleichmäßigen Erhöhung der Lebenserwartung von Frauen bzw. von Männern ausgegangen. Die modifizierte Basisvariante unterscheidet sich somit lediglich durch die Lebenserwartung 2050 von der Basisvariante.

In den Abbildungen werden die Auswirkungen von Veränderungen in den Annahmen auf den Bevölkerungsumfang, den Altenquotienten und – soweit sinnvoll – auf den Jungenquotienten dargestellt. Die Berechnungen erfolgen für die Jahre 2020, 2030, 2040 und 2050. Um die Veränderungen auch relativ gesehen richtig einordnen zu können, werden in Tabelle 3 zunächst die sich aus der Basisvariante ergebenden Werte für die angegebenen statistischen Kenngrößen und die betrachteten Jahre aufgeführt. Die Werte, die sich für die modifizierte Basisvariante ergeben, werden jeweils in Klammern angegeben. Sie unterscheiden sich nur geringfügig von den aus der Basisvariante resultierenden Ergebnissen.<sup>9</sup>

**Tab. 3**  
**Bevölkerungsumfang, Altenquotient und Jungenquotient nach der (modifizierten) Basisvariante in Bulgarien**

	2007	2020	2030	2040	2050
Bevölkerungsumfang (in Mill.)	7,640	6,760 (6,755)	6,035 (6,022)	5,287 (5,268)	4,564 (4,531)
Altenquotient	25,0	29,8 (29,8)	31,9 (31,7)	36,4 (36,2)	44,0 (43,8)
Jungenquotient	19,3	21,0 (20,9)	18,7 (18,5)	19,0 (18,7)	20,7 (20,4)

Quelle: Berechnungen der Autoren.

Für Bulgarien ergeben sich im relevanten Bereich für die Jahre 2020, 2030, 2040 und 2050 – außer für den Fall der Veränderung der Lebenserwartung (vgl. Abb. 14 und 15) – jeweils näherungsweise nahezu lineare Zusammenhänge zwischen den Änderungen einer Bevölkerungskomponente und den Auswirkungen auf die betrachteten statistischen Kenngrößen (vgl. Abb. 9 bis 13). Während der Bevölkerungsumfang in jedem Fall positiv mit den einzelnen Komponenten der Bevölkerungsbewegung korreliert ist (vgl. Abb. 9, 12 und 14), nimmt der Altenquotient bei einer Zunahme der Fertilitätsrate bzw. des Wanderungssaldos ab (vgl. Abb. 10 und 13), nur bei einer Steigerung der Lebenserwartung nimmt der Altenquotient zu (vgl. Abb. 15). Komplementär zu diesen Entwicklungen sieht es beim Jungenquotient aus. Dieser nimmt nur bei einer Steigerung der Fertilitätsrate zu (vgl. Abb. 11), bei einer Zunahme der beiden anderen Komponenten geht er leicht zurück. Diese Rückgänge sind allerdings so gering, dass sie bei den in den Graphiken für die Änderung der Bevölkerungskomponenten betrachteten Bereichen unter 0,4 Punkten, d.h. unter 2% liegen; daher wird auf die graphische Darstellung für diese beiden Fälle hier verzichtet.

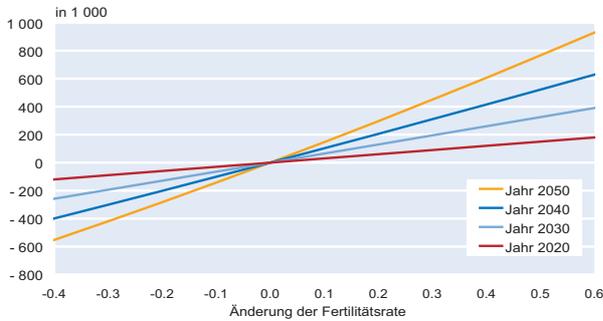
Beispielhaft lässt sich ceteris paribus Folgendes festhalten:

- Eine Steigerung (ein Rückgang) der Fertilitätsrate gegenüber der Basisvariante (Anstieg bzw. Rückgang bis 2020, danach Konstanz auf erreichtem Niveau) um 0,1 Punkte führt zu einer Zunahme (Abnahme) des Bevölkerungsumfangs bis 2050 um rund 145 000 Personen, zu einem Rückgang (einer Zunahme) des Altenquotienten um 1,3 Punkte sowie zu einer Zunahme (einem Rückgang) des Jungenquotienten um 1,7 Punkte.
- Eine Steigerung (ein Rückgang) des jährlichen Wanderungssaldos gegenüber der Basisvariante um 3 000 Personen führt zu einer Zunahme (Abnahme) des Bevölkerungsumfangs bis 2050 um 111 000 Personen zu einem Rückgang bzw. einer Zunahme des Altenquotienten um 0,8 Punkte sowie zu einer Zunahme (einem Rückgang) des Jungenquotienten, der unterhalb von 0,2 Punkten liegt.
- Eine Steigerung der Lebenserwartung Neugeborener 2050 gegenüber der modifizierten Basisvariante um ein Jahr<sup>10</sup> führt zu einer Zunahme des Bevölkerungsumfangs bis 2050 um nahe-

<sup>9</sup> Ausnahmsweise werden hier die Werte des Bevölkerungsumfangs mit mehr Stellen als in den vorangehenden Abschnitten angegeben, um die Unterschiede in den beiden Basisvarianten besser aufzeigen und die Veränderungen bei Variation der Komponenten größtmäßig besser einordnen zu können.

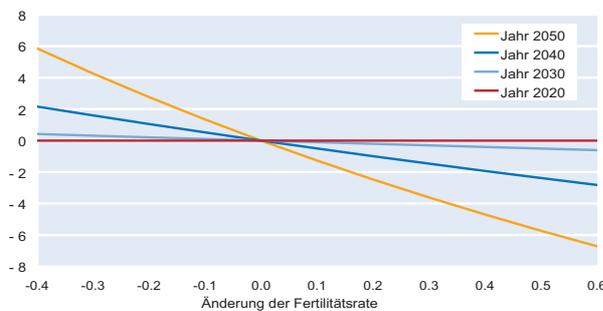
<sup>10</sup> Das bedeutet eine Steigerung der Lebenserwartung Neugeborener (nach Periodensterbetafel) bis 2050 um ein Jahr gegenüber der in der modifizierten Basisvariante getroffenen Annahme einer Konstanz der Lebenserwartung auf dem Niveau von 2005. Für die Lebenserwartung in anderen Altern ergeben sich entsprechende Änderungen.

**Abb. 9**  
**Änderung des Bevölkerungsumfangs in Bulgarien bei Änderung der Fertilitätsrate gegenüber der Basisvariante**



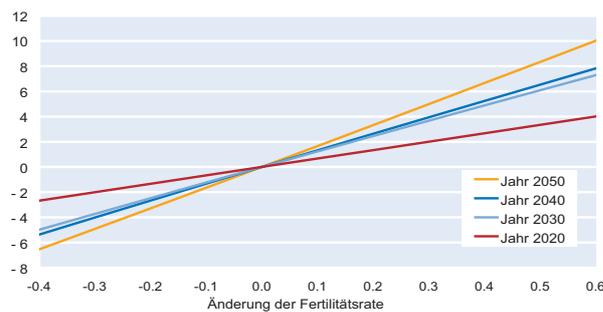
Quelle: Berechnungen der Autoren.

**Abb. 10**  
**Änderung des Altenquotienten in Bulgarien bei Änderung der Fertilitätsrate gegenüber der Basisvariante**



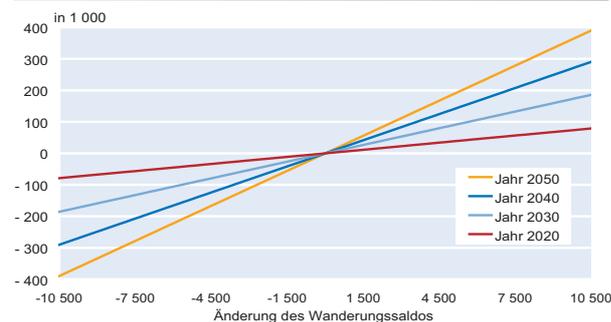
Quelle: Berechnungen der Autoren.

**Abb. 11**  
**Änderung des Jungenquotienten in Bulgarien bei Änderung der Fertilitätsrate gegenüber der Basisvariante**



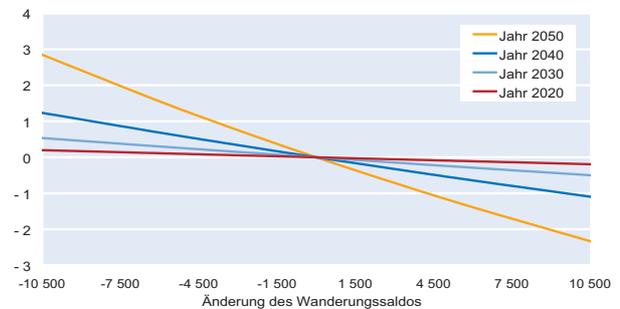
Quelle: Berechnungen der Autoren.

**Abb. 12**  
**Änderung des Bevölkerungsumfangs in Bulgarien bei Änderung des Wanderungssaldos gegenüber der Basisvariante**



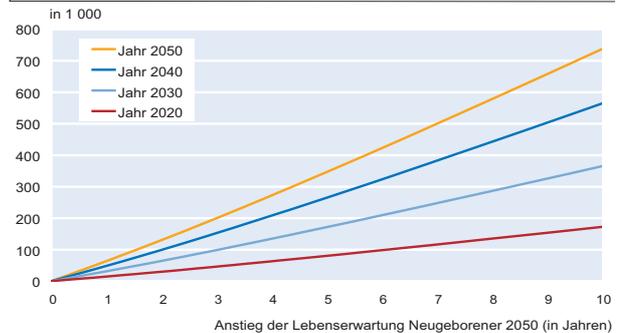
Quelle: Berechnungen der Autoren.

**Abb. 13**  
**Änderung des Altenquotienten in Bulgarien bei Änderung des Wanderungssaldos gegenüber der Basisvariante**



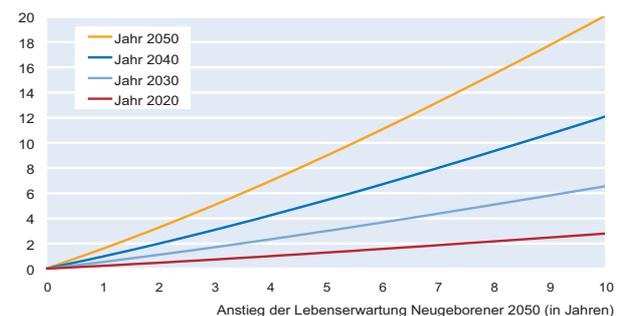
Quelle: Berechnungen der Autoren.

**Abb. 14**  
**Änderung des Bevölkerungsumfangs in Bulgarien bei Änderung der Lebenserwartung 2050 gegenüber der modifizierten Basisvariante**



Quelle: Berechnungen der Autoren.

**Abb. 15**  
**Änderung des Altenquotienten in Bulgarien bei Änderung der Lebenserwartung 2050 gegenüber der modifizierten Basisvariante**



Quelle: Berechnungen der Autoren.

zu 65 000, der Altenquotient steigt dann um 1,6 Punkte, und der Jungenquotient fällt um einen Wert, der nahe 0 liegt.

Würde die Fertilität um 0,2 Punkte, der Wanderungssaldo um 9 000 Personen<sup>11</sup> höher als die Werte nach der Basisvariante sein sowie die Lebenserwartung Neugeborener bis 2050 um ungefähr fünf Jahre gegenüber 2005 steigen, so würde der Bevölkerungsumfang um rund eine Million über

<sup>11</sup> Das würde bedeuten, dass ab 2020 der jährliche Wanderungssaldo bei + 1 500 liegt.

dem Wert der Basisvariante, also bei 5,6 Millionen liegen. Das wären immer noch 2 Millionen Einwohner weniger als Ende 2007.

### Fazit

Für Bulgarien lassen sich folgende wesentliche Ergebnisse festhalten:

- Der Bevölkerungsumfang geht in allen Varianten bis zum Jahr 2050 deutlich zurück. Von 7,6 Millionen 2007 auf 3,9, 4,6 bzw. 5,7 Millionen Einwohner 2050.
- Bei der Altersstruktur findet in allen Varianten eine Verschiebung von der Bevölkerung vor allem mittleren Alters zu den 65-Jährigen und Älteren statt. Der Anteil der 65-Jährigen und Älteren erhöht sich um Werte zwischen 50 und über 75%.
- Diese Veränderungen spiegeln sich auch in der entsprechenden Kennzahl wider. Der Altenquotient steigt bis 2050 um mindestens 76%, in der hohen Variante sogar um über 118%. Der Jungenquotienten liegt 2050 zwischen 17,4 und 23,5 bei einem Wert von 18,7 für 2007, 2050 schwankt er also variantenabhängig um das Niveau des Jahres 2007.
- Dabei verringert sich das zahlenmäßige Verhältnis von jungen zu alten Menschen in allen Modellrechnungsvarianten deutlich. Während im Jahr 2007 in Bulgarien noch 77 unter 15-Jährige 100 Personen mit einem Alter mindestens 65 Jahren gegenüberstanden, liegt dieses Verhältnis 2050 bei Werten zwischen 36 zu 100 und 47 zu 100. Auch an diesen Zahlen wird die Verschiebung der Altersstruktur der Bevölkerung sehr deutlich

Alle Varianten weisen einen Bevölkerungsrückgang aus. Bemerkenswert ist, dass dieser Rückgang des Bevölkerungsumfangs – wie die Sensitivitätsbetrachtungen zeigen – kaum aufzuhalten ist. Das Ausmaß des Rückgangs kann jedoch noch beeinflusst werden durch ein Zusammenwirken einer höheren Fertilität und einer zunehmenden Zuwanderung, d.h. im besten Falle sogar einem positiven Wanderungssaldo. Durch diese teilweise steuerbaren Größen ließen sich auch der Altenquotient und der Jungenquotient beeinflussen, die Alterung der Bevölkerung könnte gebremst werden. Bis dahin ist es ein weiter Weg.

### Literatur

- Bommsdorf, E. und M. Trimborn (1992), »Sterbetafel 2000. Modellrechnung der Sterbetafel«, *Zeitschrift für die gesamte Versicherungswissenschaft* 81, 457–485.
- Bommsdorf, E. und B. Babel (2005), »Wie viel Migration und Fertilität braucht Deutschland?«, *Wirtschaftsdienst* 85, 387–394.
- Bommsdorf, E. und B. Babel (2006), *Großstädte Deutschlands im demografischen Wandel. Fakten und Perspektiven bis 2040*, Bd. 2, Köln.
- Bommsdorf, E. und B. Babel (2007), *Nordrhein-Westfalen, Bayern, Niedersachsen und Sachsen im demografischen Wandel. Fakten und Perspekti-*

*ven bis 2040*, Materialien zur Bevölkerungswissenschaft des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, Heft 124, Wiesbaden.

Eurostat (2008), »Bevölkerung und soziale Bedingungen«, [http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?\\_pageid=0,1136184,0\\_45572595&\\_dad=portal&\\_schema=PORTAL](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?_pageid=0,1136184,0_45572595&_dad=portal&_schema=PORTAL).

Human Mortality Database (2009) (HMD), »Bulgarien«, <http://www.mortality.org/cgi-bin/hmd/country.php?cntr=BGR&level=1>.

Nationales Statistisches Institut Bulgariens (2008), *Bevölkerung und demografische Prozesse 2007*, Sofia.

# Großhandel: Drastische Absatzeinbußen bremsen die Investitionsbereitschaft

Ebenso wie das verarbeitende Gewerbe profitierte auch der Großhandel 2008 noch von der günstigen konjunkturellen Entwicklung. Die Umsätze des Großhandels (ohne Kraftfahrzeuge) stiegen im vergangenen Jahr nominal um fast 8% und real um 3,7%. Bereits im Herbst 2008 setzte aber eine negative Entwicklung ein. Seitdem musste die Branche kräftige Umsatzrückgänge hinnehmen. Im ersten Halbjahr 2009 setzte der Großhandel nominal 16% und real 9% weniger um als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Negativ betroffen war insbesondere der Produktionsverbindungshandel. Dort brachen die Umsätze um 23% ein. Seit April zeigt der ifo Geschäftsklimaindikator im Großhandel zwar wieder leicht nach oben, die Skepsis der Großhandelsfirmen bezüglich des weiteren Geschäftsverlaufs ist aber immer noch groß, so dass auch die Investitionsbereitschaft im Vergleich zum Vorjahr stark geschrumpft ist. Insgesamt werden die Bruttoanlageinvestitionen des Großhandels 2009 nach den Ergebnissen der diesjährigen ifo Investitionserhebung spürbar zurückgehen.

Die rezessive Entwicklung der deutschen Wirtschaft dämpfte auch die Entwicklung im Großhandel. Vor allem die Distribution von Vorprodukten und Investitionsgütern war von starken Nachfragerückgängen betroffen, da der Großhandel deutlich weniger Aufträge aus dem produzierenden Gewerbe erhielt. So gingen im ersten Halbjahr 2009 die Umsätze des Großhandels mit Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör um nominal rund 23% zurück. Noch ausgeprägter waren die Umsatzverluste in einigen Bereichen des Rohstoffhandels, wie z.B. im Metallgroßhandel oder im Großhandel mit chemischen Erzeugnissen.

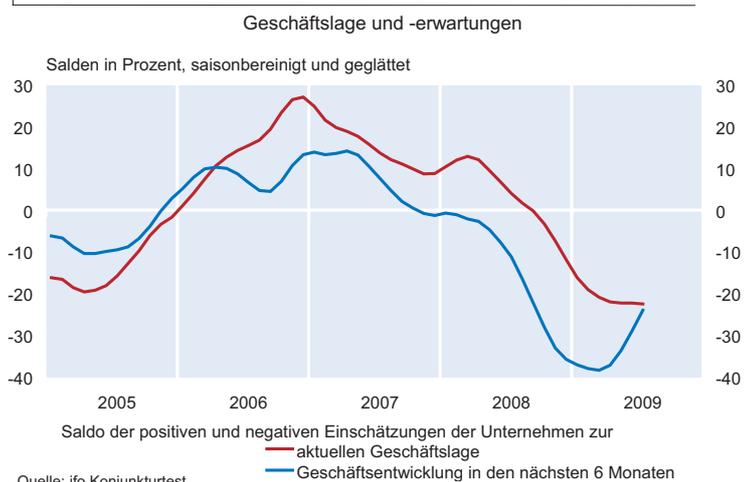
Im Gegensatz zum Produktionsverbindungshandel waren die konsumnahen Handelssparten bisher nicht so stark von der Rezession betroffen. Zwar hatte auch der Konsumgütergroßhandel, der vor allem den Einzelhandel und die Gastronomie beliefert, zwischen Januar und Juni 2009 Umsatzverluste zu beklagen, diese waren aber mit 6,6% (nominal und real) längst nicht so stark wie im Produktionsverbindungshandel.

Das ifo Geschäftsklima im Großhandel insgesamt zeigt zwar seit April leichte Erholungstendenzen, der Indikator ist aber immer noch klar im negativen Bereich. Die im Rahmen des ifo Konjunkturtests befragten Großhandelsfirmen waren trotz nachlassender Skepsis auch im Juli noch überwiegend pessimistisch bezüglich der Geschäftsaussichten für das kommende halbe Jahr (vgl. Abb. 1). Fast zwei Drittel

rechneten damit, dass die Umsätze 2009 hinter dem Vorjahresergebnis zurückbleiben werden. Pessimistisch waren vor allem die größeren Unternehmen.

Besonders hart wird es 2009 den Produktionsverbindungshandel treffen. In seiner jüngsten Konjunkturprognose vom Juni geht das ifo Institut von einem Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Ausrüstungsinvestitionen von preisbereinigt über 22% aus (vgl. Carstensen, Nierhaus, Hülsewig et al. 2009). In zahlreichen Industriebranchen sind die Auftragseingänge und die Kapazitätsauslastung seit letztem Jahr so stark gesunken, dass mittelfristig kaum Bedarf an neuen Maschinen und sonstigen Ausrüstungen besteht. Wesentlich weniger ungünstig werden sich – dank der stützend wirkenden

Abb. 1  
Großhandel insgesamt (ohne Kfz)



Maßnahmen aus den staatlichen Konjunkturpaketen – die gesamtwirtschaftlichen Bauinvestitionen entwickeln, doch auch hier ist mit einem Rückgang von über 3% (real) zu rechnen.

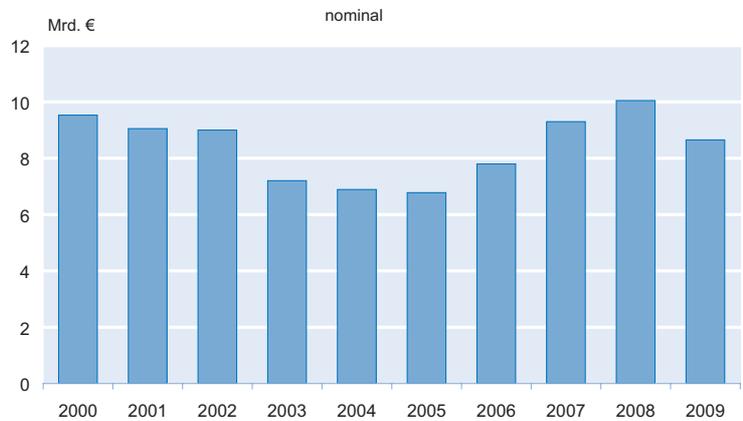
**Erstmals seit 2006 wieder Stellenabbau im Großhandel**

In diesem ungünstigen konjunkturellen Umfeld planen zahlreiche Unternehmen, ihren Personalbestand zu reduzieren. In den vergangenen zwei Jahren hatte der Großhandel noch Beschäftigung aufgebaut, seit Oktober 2008 setzte aber parallel zur negativen Umsatzentwicklung ein Arbeitsplatzabbau ein, der – laut den verfügbaren Daten des Statistischen Bundesamtes – bis zum aktuellen Rand anhält. Den Ergebnissen der jährlichen Sonderfrage aus dem ifo Investitionstest zufolge könnte sich diese negative Entwicklung im weiteren Jahresverlauf noch beschleunigen. Zwar geht die Mehrheit der befragten Großhandelsunternehmen (58%) davon aus, 2009 den Personalbestand stabil zu halten, mit knapp 36% planen aber so viele Unternehmen wie seit Jahren nicht, die Zahl der Beschäftigten zu reduzieren. Vor allem die Aussagen der großen Unternehmen deuten darauf hin, dass in diesem Jahr ein spürbarer Arbeitsplatzabbau im Großhandel bevorsteht.

**Rezession und Finanzierungsschwierigkeiten dämpfen die Investitionsbereitschaft des Großhandels**

Nach mehreren Jahren zunehmender Investitionstätigkeit wollen die Unternehmen des Großhandels in Anbetracht der

**Abb. 3  
Investitionen des Großhandels**

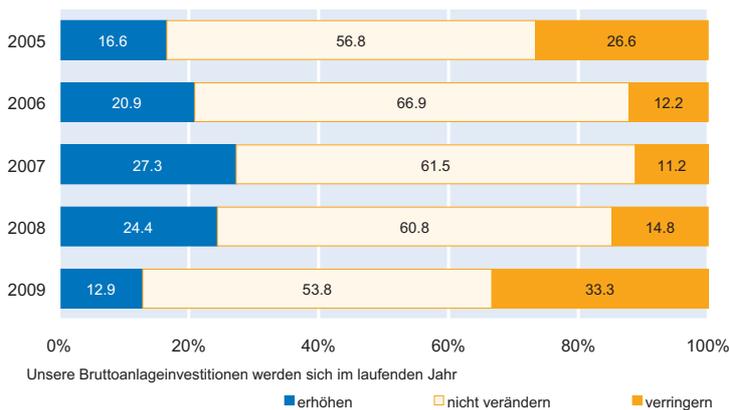


Quelle: ifo Investitionstest.

unsicheren konjunkturellen Aussichten ihre Investitionsbudgets 2009 deutlich verringern. Besonders zurückhaltend ist der Rohstoffgroßhandel, der im laufenden Jahr mit den vergleichsweise stärksten Umsatzverlusten zu kämpfen hat. Die im Rahmen des diesjährigen ifo Investitionstests geäußerten Pläne lassen auf einen Rückgang der Investitionsausgaben um rund 14% schließen (vgl. Abb. 2 und 3).

Die Investitionsbereitschaft hat bei Unternehmen aller Größenklassen gleichsam stark nachgelassen. Ein Drittel aller Firmen gab an, die Ausgaben für Bauten, Ausrüstungen und Anlagen in diesem Jahr reduzieren zu wollen. Nur noch jedes achte Unternehmen sieht eine Erhöhung der Investitionen vor; ein Jahr zuvor war es noch jedes vierte. Nicht ganz so zurückhaltend äußerte sich der Großhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln: Mit 19% kündigte ein überdurchschnittlich hoher Anteil der befragten Firmen an, 2009 mehr investieren zu wollen. Doch letztlich überwogen auch in dieser Branche die Unternehmen mit negativen Investitionsabsichten.

**Abb. 2  
Investitionsplanungen im Großhandel**



Quelle: ifo Investitionstest.

Die Investitionszurückhaltung des Großhandels lässt sich zum einen auf die negative Geschäftsentwicklung zurückführen, zum anderen haben nicht nur mittelständische, sondern seit letztem Jahr zunehmend auch große Handelsunternehmen Schwierigkeiten bei der Kreditfinanzierung durch die Banken (vgl. Abberger, Hainz und Kunkel 2009). Diese sind in der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise bei der Neuvergabe bzw. Verlängerung von Krediten restriktiver als üblich, fordern mehr Sicherheiten und höhere Kreditzinssätze. Auch umsatzstarke Großhandelsunternehmen haben daher vermehrt mit Liquiditätsgpässen zu kämpfen und müssen ihre Investitionsvorhaben zurückstellen.

Zwar besteht für die Unternehmen auch weiterhin die Möglichkeit, bei der Anschaffung von Investitionsgütern auf Leasing oder andere Formen der Anlagenmiete auszuweichen, allerdings muss seit Inkrafttreten der Unternehmensteuerreform 2008 auf Leasingraten teilweise Gewerbesteuer gezahlt werden, was diese Finanzierungsform tendenziell unattraktiver gemacht hat (vgl. Diefenbach 2008). Die prinzipiell stimulierenden Effekte auf die Investitionsbereitschaft durch die Wiedereinführung der degressiven Abschreibung Anfang dieses Jahres dürften angesichts der geschilderten negativen Einflussfaktoren nicht im von der Bundesregierung gewünschten Maß zur Entfaltung kommen.

Dass die Investitionen des Großhandels trotz des sehr ungünstigen gesamtwirtschaftlichen Umfelds nicht noch stärker zurückgehen, liegt an der im Durchschnitt immer noch zufriedenstellenden bis ausreichenden Ertragssituation dieses Wirtschaftssektors (vgl. Lachner 2009a). Auch die Konkurrenzintensität in der deutschen Warendistribution spielt in diesem Zusammenhang eine Rolle: Um seine Wettbewerbsposition gegenüber herstellergesteuerten Vertriebssystemen und Beschaffungsorganisationen des Einzelhandels zu sichern, ist der Großhandel stetig gezwungen, durch Investitionen sein Leistungsangebot zu verbessern. Viele kleine Unternehmen können wegen nicht ausreichender finanzieller Eigenmittel in diesem Umfeld allerdings nicht mehr mithalten und sehen sich zur Geschäftsaufgabe gezwungen oder werden von größeren Unternehmen übernommen. Vor allem im Konsumgütergroßhandel halten die Konzentrationstendenzen an. Die negativen Zukunftsperspektiven der kleinen Marktteilnehmer kommen auch in den sichtlich restriktiveren Investitionsplanungen der Unternehmen mit Jahresumsätzen unter 1 Mill. € zum Ausdruck.

### **Kaum Flächenzunahme bei insgesamt sinkender Bautätigkeit**

Der Großhandel will 2009 nach den Ergebnissen des ifo Investitionstests weniger für bilanzierte Baumaßnahmen ausgeben als im Vorjahr. 21% der befragten Firmen – doppelt so viele wie 2008 – planen eine Verringerung ihrer Bauinvestitionen. Vor allem die Großhandelsfirmen in den neuen Bundesländern kündigen ein Zurückfahren ihrer Investitionen an. Einzig die größeren Unternehmen (> 25 Mill. € Jahresumsatz) geben an, ihre Investitionsaufwendungen in diesem Jahr nahezu stabil halten zu wollen.

Insgesamt haben sich die Bauinvestitionen des Großhandels in den vergangenen Jahren schwächer entwickelt als die Ausrüstungsinvestitionen, so dass der Bauanteil an den Gesamtinvestitionen immer stärker gesunken ist. Lag er bis 2003 noch bei 30% oder leicht darüber, betrug er 2006 – der Handelsstatistik des Statistischen Bundesamtes zufolge – nur noch 23% und war damit so niedrig wie noch nie.

Der größte Teil der Bautätigkeit entfällt heute auf Maßnahmen im vorhandenen Gebäudebestand und nicht mehr auf Neubauten. Dies lässt sich auch an den Ergebnissen zur Frage nach den Flächenplanungen erkennen: Die überwiegende Mehrheit der befragten Firmen (87%) plant keine Veränderung ihrer Geschäftsflächen, knapp 6% eine Verringerung und nur gut 7% eine Ausweitung. Der Saldo aus positiven und negativen Antworten ist mit weniger als + 2% noch einmal niedriger als 2008 (+ 7%). Am ehesten sind Flächenerweiterungen noch bei Großunternehmen geplant, die z.B. nach Firmenübernahmen oder Zusammenschlüssen ihre Kapazitäten an einem Standort bündeln und dort neue hochmoderne Logistikzentren errichten, um ihre Kunden innerhalb kürzester Zeit und zu wettbewerbsfähigen Preisen beliefern zu können.

### **IT und Logistik bleiben trotz sinkender Ausgaben für Ausrüstungsgüter Schwerpunkte der Investitionsaktivitäten**

Ebenso wie bei den Bauinvestitionen ist auch bei den Investitionen des Großhandels in Betriebs- und Geschäftsausstattungen (einschließlich Maschinen, Anlagen und Fahrzeugen) ein Rückgang zu erwarten. Planten 2008 noch knapp 30% der vom ifo Institut befragten Unternehmen eine Erhöhung der Ausrüstungsinvestitionen, sind es in diesem Jahr nur noch 13%. Dagegen kündigt für 2009 jedes vierte Unternehmen an, die Ausrüstungsinvestitionen zu kürzen (2008: 11%). Am stärksten ausgeprägt ist die Investitionszurückhaltung bei kleinen Unternehmen.

Die Investitionstätigkeit des Großhandels dürfte sich 2009 – neben dem reinen Ersatzbedarf – vornehmlich auf die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und die Weiterentwicklung des Leistungsprofils konzentrieren. Dies erscheint insbesondere angesichts der Ausschaltungstendenzen seitens anderer Wirtschaftszweige geboten. In verschiedenen Konsumgüterbereichen (v.a. Bekleidung) haben sich deutsche Industrieunternehmen inzwischen faktisch zu Handels- und Dienstleistungsfirmen entwickelt, die ihre Waren von ausländischen Herstellern (besonders in Fernost) produzieren lassen. Auf der anderen Seite verzichten große Filialsysteme des Einzelhandels oftmals auf Zwischenhändler und übernehmen zahlreiche Großhandelsfunktionen selbst. Dies betrifft insbesondere den Sortimentsgroßhandel mit Lebensmitteln (vgl. Lachner 2009b). Nicht zuletzt treten auch Logistikunternehmen in Konkurrenz zum Großhandel, und zwar nicht nur bei Transportdienstleistungen, sondern auch im Bereich der Lagerhaltung.

In diesem Wettbewerbsumfeld baut der institutionelle Großhandel seinerseits das Spektrum an Dienstleistungen für seine Kunden aus, das neben den traditionellen Kernkompetenzen wie Beschaffung und Lagerhaltung nun oft auch noch

umfangreichere Logistikleistungen, Marketinghilfen verschiedenster Art und Beratung umfasst. Dies erfordert Investitionen, vor allem in leistungsfähige Informations- und Kommunikationstechnik, da der Daten- und Informationsaustausch mit Lieferanten und Kunden in zunehmendem Maße auf elektronischem Wege erfolgt. Auch der Vertrieb über das Internet gewinnt immer mehr an Bedeutung. Daneben kommen zur Sicherstellung der zuverlässigen Kundenbelieferung – der 24-Stunden-Service ist in etlichen Teilbranchen bereits Standard – intelligente Lagersteuerungs- und Transportplanungssysteme zum Einsatz. Mit Hilfe moderner Informations- und Kommunikationssysteme können neue Kunden akquiriert, Abläufe optimiert, zum Teil automatisiert und somit Kosten eingespart werden. Ein beachtlicher Teil der vom Großhandel angeschafften Ausrüstungsgüter – seien es Fahrzeuge oder EDV-Anlagen – erscheint allerdings nicht in dessen Bilanzen, sondern ist geleast oder anderweitig angemietet.

### **Fazit: Investitionsvolumen 2009 deutlich geringer**

Seit Herbst 2008 ist der bis dahin noch erfolgsverwöhnte Großhandel mit einer starken Geschäftsabschwächung konfrontiert, die bis zum aktuellen Rand anhält. Hauptgrund für die teilweise massiven Umsatzverluste ist der durch die internationale Wirtschafts- und Finanzkrise hervorgerufene Nachfrageeinbruch von Seiten der wichtigsten Abnehmer des Produktionsverbindungshandels. Weniger stark betroffen war der Konsumgütergroßhandel, doch auch dieser hatte unter Absatzrückgängen zu leiden.

Die im Rahmen der jüngsten ifo Investitionserhebung befragten Großhandelsunternehmen rechnen im weiteren Jahresverlauf 2009 mit einer Fortsetzung der negativen Entwicklung. Entsprechend wollen sie nicht nur Stellen streichen, sondern auch ihre Investitionen in Bauten, Ausrüstungen und sonstige Anlagen deutlich zurückfahren. Neben den unsicheren Geschäftsperspektiven spielen bei diesen Überlegungen auch Finanzierungshemmnisse eine Rolle. Nicht nur kleine und mittlere, sondern auch eine zunehmende Anzahl großer Unternehmen meldet nach Umfragen des ifo Instituts Probleme bei der Kreditbeschaffung bzw. ungünstigere Kreditkonditionen.

Die Investitionstätigkeit des Großhandels wird sich 2009 weitgehend auf notwendige Ersatzbeschaffungen konzentrieren sowie auf einzelne strategische Investitionsfelder wie Informations- und Kommunikationstechnik sowie leistungsfähige Logistikkapazitäten. Die Ergebnisse des diesjährigen ifo Investitionstests lassen insgesamt einen Rückgang der Investitionen des Großhandels um etwa 14% erwarten.

### **Literatur**

- Abberger, K., C. Hainz und A. Kunkel (2009), »Kreditvergabepolitik der Banken: Warum leiden große Unternehmen besonders?«, *ifo Schnelldienst*, 62(14), 32–34.
- Birnbrich, M. (2009), »Einzelhandel und Kfz-Handel: 2009 deutlicher Rückgang der Investitionen«, *ifo Schnelldienst*, 62(15), 33–37.
- Carstensen, K. und M. Birnbrich (2009), »Konjunkturperspektiven für Deutschland: Keine schnelle Belebung in Sicht«, in: Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e.V. (Hrsg.), *Trends & Analysen Großhandel*, Nr. 2, August 2009, 2–4.
- Carstensen, K., W. Nierhaus, O. Hülsewig, K. Abberger, Chr. Breuer, St. Elstner, St. Henzel, J. Mayr, W. Meister, G. Paula, A. Stangl und T. Wollmershäuser (2009), »ifo Konjunkturprognose 2009/2010: Abschwung setzt sich fort«, *ifo Schnelldienst*, 62(12), 11–57.
- Diefenbach, R. (2008), »Vertrackte Verträge erschweren die Finanzierung«, *handelsjournal* (12), 52–53.
- Gürtler, J. und A. Städtler (2009), »Scharfer Einbruch der Ausrüstungsinvestitionen – Leasing-Geschäftsklima tendiert aus der Unterkühlungszone leicht nach oben«, *ifo Schnelldienst* 62(13), 38–41.
- Kunkel, A. und K. Abberger (2009), »Unternehmen berichten über restriktivere Kreditvergabe«, *ifo Schnelldienst*, 62(7), 30–32.
- Lachner, J. (2009a), »Großhandel«, Branchen special, April.
- Lachner, J. (2009b), »Spezialisierte Lebensmittelgroßhändler behaupten ihre Stellung in der Warendistribution«, *ifo-GfK-Konsumreport*, März, 10.

Der ifo Weltwirtschaftsklimaindikator hat sich im dritten Quartal 2009 zum zweiten Mal in Folge verbessert (vgl. Abb. 1). Der Anstieg des Indikators resultiert in erster Linie aus den deutlich günstigeren Erwartungen für die nächsten sechs Monate. Doch auch die Einschätzungen der derzeitigen wirtschaftlichen Lage haben sich erstmals seit dem dritten Quartal 2007 leicht gebessert (vgl. Abb. 3).

### Die wichtigsten Ergebnisse in Stichworten

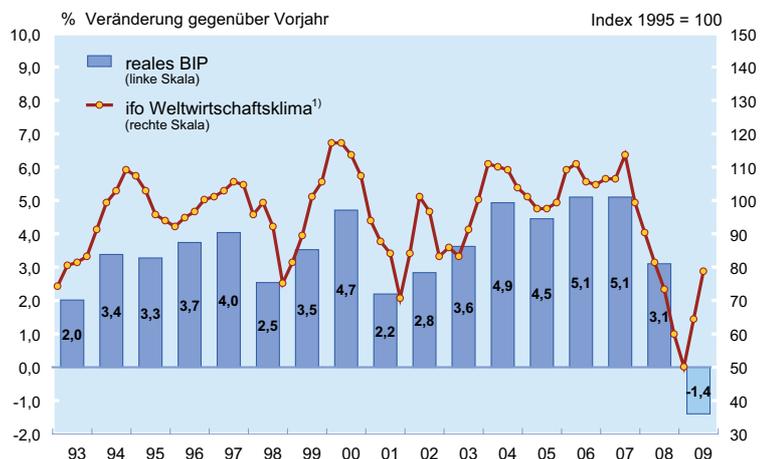
- Die weltwirtschaftlichen *Erwartungen für die nächsten sechs Monate* haben sich deutlich aufgehellt.
- Die Einschätzungen der *derzeitigen wirtschaftlichen Lage* haben sich erstmals seit dem dritten Quartal 2007 leicht gebessert.
- Die *Inflationserwartungen* sind deutlich reduziert, es wird aber keine Deflation erwartet.
- Es werden eine Stabilisierung der *kurzfristigen Zinssätze* und anziehende *langfristige Zinsen* in den nächsten sechs Monaten erwartet.
- Der *Euro* wird als leicht überbewertet angesehen.

### Konjunkturentwicklung in den Weltregionen

Das ifo Wirtschaftsklima für den **Euroraum** hat sich im dritten Quartal 2009 zum zweiten Mal in Folge verbessert. Der Anstieg des ifo Indikators resultiert ausschließlich aus den günstigeren Er-

wartungen für die nächsten sechs Monate; die Urteile zur gegenwärtigen Wirtschaftslage blieben dagegen nahezu unverändert auf einem historischen Tiefstand. Die aktuelle Wirtschaftslage wird derzeit in fast allen Ländern des *Euroraums* nach wie vor als ausgesprochen ungünstig beurteilt. Die Erwartungen für die kommenden sechs Monate haben sich jedoch aufgehellt. Insbesondere in *Deutschland, Österreich, Frankreich* und den *Niederlanden* rechnen die WES-Experten nun mit einer deutlichen Verbesserung und in *Italien, Portugal, Slowenien, der Slowakei, Belgien, Spanien* und *Finnland* zumindest mit einer Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage in den kommenden sechs Monaten. Weiterhin pessimistisch, aber etwas weniger als im Vorquartal, sind die WES-Experten dagegen in *Irland* und *Griechenland*. Bezüglich der Konjunkturpakete der nationalen Regierungen beurteilte die Mehrheit der WES-Experten in den *Niederlanden, Finnland, Deutschland* und *Österreich* diese als ausreichend, dagegen in *Griechenland, Spa-*

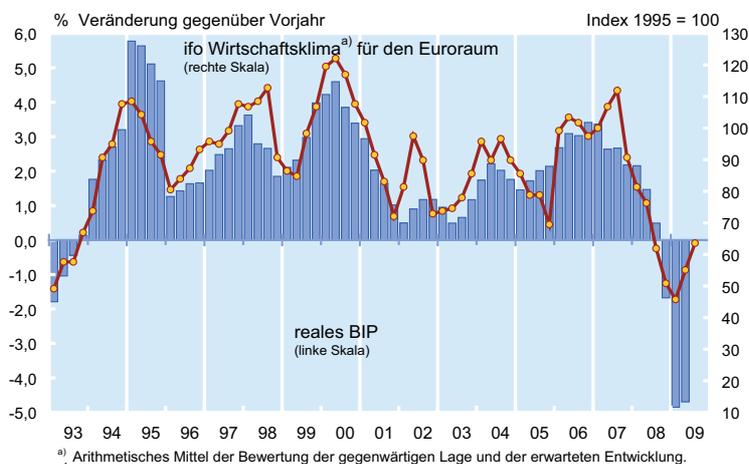
Abb. 1  
Weltkonjunktur und ifo Weltwirtschaftsklima



<sup>1</sup> Arithmetisches Mittel der Bewertung der gegenwärtigen Lage und der erwarteten Entwicklung.  
Quelle: IWF, World Economic Outlook April 2009; Update Juli 2009; Ifo World Economic Survey (WES) III/2009.

<sup>1</sup> Im Juli 2009 hat das ifo Institut zum 105. Mal seine weltweite Umfrage »Ifo World Economic Survey« – kurz WES – bei 1 049 Wirtschaftsexperten multinationaler Unternehmen und kompetenter Institutionen in 92 Ländern durchgeführt. Die Aufgabe des WES ist es, vierteljährlich ein möglichst aktuelles Bild über die Wirtschaftslage sowie Prognosen für wichtige Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer zu liefern. Im Gegensatz zur amtlichen Statistik, die in erster Linie auf quantitativen (in Werteinheiten messbaren) Informationen aufbaut, werden beim WES qualitative Informationen – Urteile und Erwartungen von Wirtschaftsexperten – abgefragt. Während amtliche Statistiken auf internationaler Ebene oft nur mit großen Zeitverzögerungen erhältlich sind, zeichnen sich die WES-Umfrageergebnisse durch ihre hohe Aktualität und internationale Vergleichbarkeit aus. Gerade in Ländern, in denen die amtliche Statistik auf einer unsicheren Datenbasis steht, sind die von Wirtschaftsexperten vor Ort abgegebenen Urteile und Erwartungen von besonderer Bedeutung. Die Umfrage wird in Zusammenarbeit mit der Internationalen Handelskammer (ICC) in Paris durchgeführt.

**Abb. 2**  
**Wirtschaftswachstum und ifo Wirtschaftsklima für den Euroraum**



Quelle: Eurostat, Ifo World Economic Survey (WES) III/2009.

nien, Portugal, Irland und Italien als noch nicht genügend (vgl. Tab. 1).

Auch in Westeuropa, außerhalb des Euro-raums, hat sich das Wirtschaftsklima insgesamt verbessert. Von einem günstigen Wirtschaftsklima kann man jedoch bislang nur in *Norwegen* sprechen, da nur hier die aktuelle Wirtschaftslage von den WES-Experten als »gut« beurteilt wird. Die Erwartungen versprechen ein weiteres Anziehen der Konjunktur in den kommenden sechs Monaten. In *Schweden, Dänemark* und *Großbritannien* dagegen ist die aktuelle Wirtschaftslage nach wie vor ungünstig. Doch auch hier haben sich die Erwartungen der WES-Experten gegenüber dem Vorquartal deutlich aufgehellt. Verhalten, aber weniger

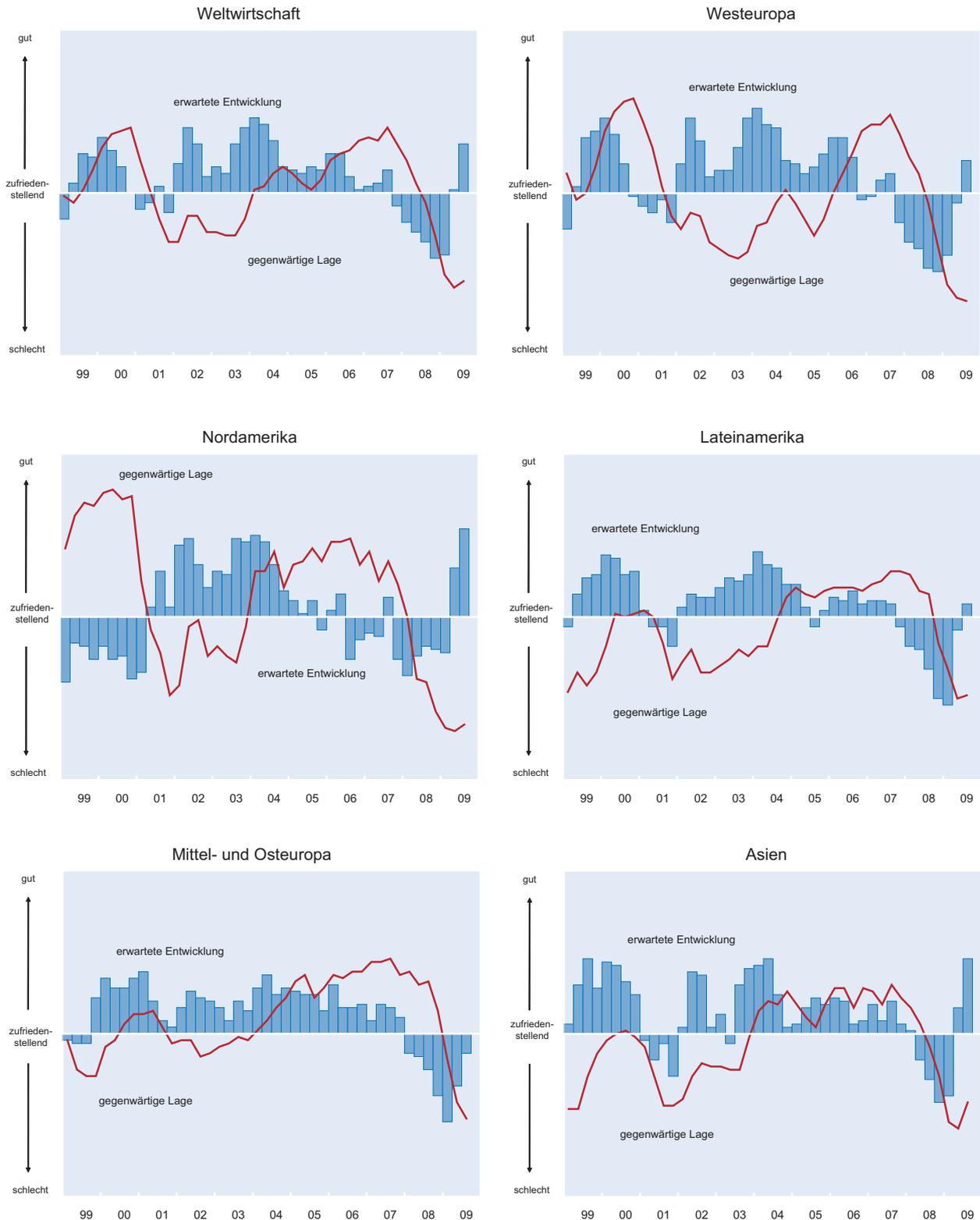
**Tab. 1**  
**Bewertung der politischen Instrumente und Konjunkturmaßnahmen zur Bekämpfung der Wirtschafts- und Finanzkrise<sup>a)</sup>**

Region	WES-Skala	Anzahl der Antworten	Region	WES-Skala	Anzahl der Antworten
<b>Westeuropa</b>			<b>Mittel- und Lateinamerika</b>		
Belgien	4,3	18	Argentinien	1,6	13
Dänemark	7,2	9	Bolivien	1,0	4
Deutschland	4,7	71	Brasilien	5,4	29
Finnland	4,8	19	Chile	6,5	13
Frankreich	4,1	14	Costa Rica	2,0	4
Griechenland	1,9	18	Ecuador	2,6	10
Großbritannien	4,3	16	El Salvador	4,0	4
Irland	3,3	7	Guatemala	1,0	5
Italien	3,8	30	Kolumbien	4,1	13
Niederlande	5,5	15	Mexiko	2,0	12
Norwegen	7,4	5	Paraguay	2,7	7
Österreich	4,5	8	Peru	3,3	16
Portugal	2,8	11	Uruguay	5,4	9
Schweden	5,5	16	Venezuela	1,0	5
Schweiz	5,5	17			
Spanien	2,4	26	<b>Asien</b>		
<b>Mittel- und Osteuropa</b>			Bangladesch	4,2	5
Albanien	3,7	6	China	7,0	14
Bulgarien	3,4	17	Hongkong	5,0	4
Kroatien	2,1	7	Indien	5,2	19
Lettland	1,0	8	Indonesien	5,0	7
Litauen	5,0	4	Japan	4,1	32
Polen	2,9	15	Malaysia	3,2	9
Rumänien	1,3	12	Pakistan	1,5	8
Serbien und Montenegro	3,0	6	Philippinen	4,6	9
Slowakei	3,2	13	Südkorea	6,3	9
Slowenien	2,5	8	Taiwan	3,8	16
Tschechische Republik	6,3	12	Thailand	4,1	9
Ungarn	2,8	9	Vietnam	5,0	4
<b>GUS</b>			<b>Naher Osten</b>		
Kasachstan	5,6	7	Israel	5,0	5
Russland	3,5	39	Türkei	2,4	14
Ukraine	2,5	13	Vereinigte Arabische Emirate	4,5	8
<b>Nordamerika</b>			<b>Südafrika</b>	4,6	27
Kanada	5,3	14			
USA	5,0	35	<b>Ozeanien</b>		
			Australien	7,0	8
			Neuseeland	5,8	10

<sup>a)</sup> Nur Länder mit mehr als drei WES-Teilnehmer sind aufgeführt. – WES-Skala: 9: völlig ausreichend; 5: mehr oder weniger ausreichend; 1: nicht ausreichend.

Quelle: Ifo World Economic Survey (WES), III/2009.

Abb. 3  
Wirtschaftliche Lage

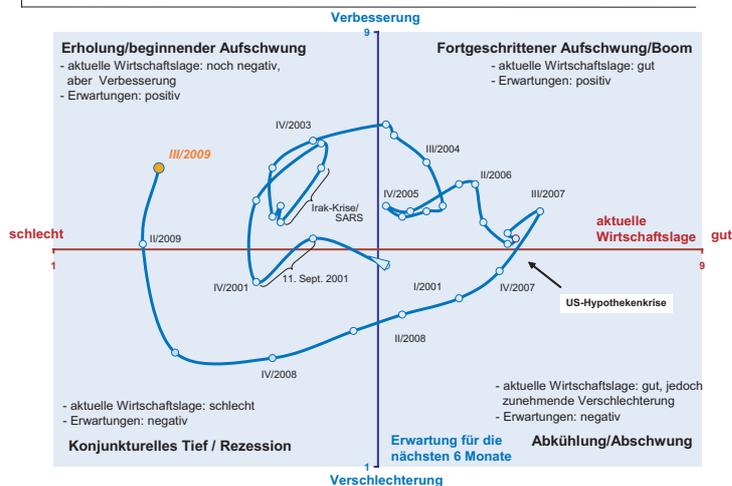


Quelle: Ifo World Economic Survey (WES), III/2009.

### ifo Konjunkturuhr und das Weltwirtschaftsklima

Die Ifo Konjunkturuhr für das Weltwirtschaftsklima verdeutlicht die aktuelle Datenkonstellation im globalen Konjunkturzyklus. Im zweiten Quartal 2009 befindet sich der aktuelle Wert des Indikators für das Weltwirtschaftsklima im oberen linken Quadranten. Diese Datenkonstellation markiert die Phase der beginnenden Erholung von der Rezession. Die gegenwärtige Wirtschaftslage wird im Weltdurchschnitt jedoch nach wie vor als ausgesprochen negativ bewertet. Positiv anzumerken ist jedoch, dass sich die Erwartungen im zweiten und im dritten Quartal 2009 deutlich verbessert haben. Idealtypisch bewegt sich der Indikator für die Weltkonjunktur in diesem Diagramm im Uhrzeigersinn; die Erwartungen laufen der Lage voraus. Einen globalen Aufschwung kann man jedoch erst konstatieren, wenn auch die Urteile zur aktuellen Wirtschaftslage nachziehen.

#### ifo Weltwirtschaftsklima



Quelle: Ifo World Economic Survey (WES), III/2009.

Das *ifo Weltwirtschaftsklima* ist das arithmetische Mittel der Bewertung der *gegenwärtigen Lage* und der *erwarteten Entwicklung in den nächsten sechs Monaten*. Der Zusammenhang zwischen den beiden Komponenten des Weltwirtschaftsklimas kann in einem Vier-Quadranten-Schema dargestellt werden (»ifo Weltkonjunktur«). Auf der Abszisse der Konjunkturuhr werden die Meldungen der befragten WES-Experten zur gegenwärtigen Lage aufgetragen, auf der Ordinate die Antworten zur erwarteten Entwicklung. Durch das Fadenkreuz der beiden Linien, die nach der WES-Werteskala eine *zufriedenstellende* Beurteilung der Lage (5) bzw. eine *unveränderte* Einschätzung der Erwartungen (5) markieren, wird das Diagramm in vier Quadranten geteilt, welche die vier Phasen der Weltkonjunktur definieren.

pessimistisch als im Vorquartal, sind die WES-Experten in der *Schweiz*. Hier wird noch mit einem weiteren Rückgang der Exporte und der Bau- und Ausrüstungsinvestitionen in den kommenden sechs Monaten gerechnet.

In den *USA* ist der Wirtschaftsklimaindikator im dritten Quartal 2009 erneut deutlich gestiegen. Wie im Weltdurchschnitt resultiert der Anstieg des Indikators aus den wesentlich günstigeren Erwartungen für die nächsten sechs Monate, während der Indikator für die aktuelle Wirtschaftslage nahezu unverändert auf niedrigem Niveau verharrte. Die Mehrzahl der WES-Experten bewertet die eingeleiteten Konjunkturmaßnahmen der Regierung als ausreichend (vgl. Tab. 1). In den kommenden sechs Monaten wird mit einer Wiederbelebung der Bau- und Ausrüstungsinvestitionen sowie einem deutlichen Anziehen der Konsumnachfrage und der Exporte

gerechnet. Es bleibt allerdings noch abzuwarten, inwieweit die wirtschaftliche Erholung Fuß fasst und sich die günstige konjunkturelle Entwicklung auch auf dem Arbeitsmarkt widerspiegelt.

Noch deutlicher als in Nordamerika hat sich das Wirtschaftsklima in *Asien* aufgehellt. In *Asien* haben sich nicht nur die wirtschaftlichen Erwartungen für die kommenden sechs Monate, sondern auch die Urteile zur aktuellen Wirtschaftslage im dritten Quartal 2009, laut WES-Umfrage, verbessert. Die Erwartungen für die kommenden sechs Monate wurden in allen durch den WES erfassten asiatischen Ländern nach oben korrigiert (das sind *Bangladesch, China, Hongkong, Indien, Indonesien, Japan, Südkorea, Malaysia, Pakistan, die Philippinen, Singapur, Sri Lanka, Taiwan, Thailand* und *Vietnam*). Die WES-Experten in der gesamten Region rechnen mit einem Anstieg der Bau- und Ausrüstungsinvestitionen und der privaten Nachfrage in 2009. In einigen Ländern *Asiens* wird auch mit einem Anziehen der Exporte gerechnet, jedoch noch nicht in allen. So erwarten die WES-Experten in *China, Malaysia* und *Vietnam* im Laufe der nächsten sechs Monate einen weiteren Rückgang der Exporte. Das nahezu 600 Mrd. US-Dollar schwere Konjunkturprogramm der chinesischen Regierung scheint jedoch das Sinken der Exporte zumindest teilweise zu kompensieren. Insgesamt bewerten die meisten WES-Experten die konjunkturstützenden Maßnahmen der nationalen Regierungen in *Asien* als ausreichend (vgl. Tab. 1). In den meisten Ländern haben sie jedoch noch nicht voll gegriffen, denn die aktuelle Wirtschaftslage wird derzeit lediglich in *Indien, Indonesien* und *Bangladesch* als »zufriedenstellend« beurteilt. Diese Länder waren allerdings aufgrund ihrer geringeren Exportorientierung und Abhängigkeit von den Kapitalzuflüssen aus dem Ausland sowie dem hohen Anteil des Agrarbereichs an der Bruttowertschöpfung von der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise weniger betroffen. In den anderen in die internationalen Handels- und Finanzströme stärker integrierten Staaten ist die aktuelle Wirtschaftslage, laut WES-Experten, nach wie vor ungünstig. Als besonders schwach beschreiben die befragten Volkswirte weiterhin die aktuelle wirtschaftliche Situation in *Japan, Taiwan, Hongkong* und *Thailand*. Doch auch in diesen Ländern sind sie nun zuversichtlich, dass die Talsohle noch in diesem Jahr überwunden wird und der private Konsum sowie die Exporte deutlich anziehen werden.

In Mittel- und Osteuropa ist das Wirtschaftsklima dagegen, laut WES-Umfrage, weiterhin ungünstig. Der regionale Indikator für die aktuelle Wirtschaftslage ist im Juli erneut gefallen. Die Einschätzungen der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation bleiben in allen EU-Ländern der Region (*Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Tschechische Republik und Ungarn*) ausgesprochen ungünstig. Die Erwartungen für die kommenden sechs Monate sind zwar leicht nach oben korrigiert worden, verharren aber weiterhin in negativem Territorium. In der Mehrheit der Länder befürchten die WES-Experten demnach eine weitere wirtschaftliche Abschwächung in den kommenden sechs Monaten. Eine Stabilisierung der wirtschaftlichen Situation erwarten die Ökonomen lediglich in *Tschechien*, den beiden *Euroländern Slowenien* und der *Slowakei* sowie in *Polen*, das wegen seiner geringeren außenwirtschaftlichen Verflechtung von der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise im Vergleich zu anderen Ländern der Region weniger stark betroffen war.

In den durch den WES erfassten Ländern der GUS (*Russland, Kasachstan, der Ukraine, Kirgisien und Usbekistan*) ist der Indikator für das Wirtschaftsklima im Juli gestiegen. Hierfür verantwortlich war ebenfalls nur die Erwartungskomponente des zusammengesetzten Klimaindikatoren. Die aktuelle Wirtschaftslage wird in den meisten GUS-Ländern weiterhin als ungünstig beurteilt, insbesondere in *Russland* und in der *Ukraine*. In diesen beiden Ländern schätzen die WES-Experten die von den Regierungen eingeleiteten Konjunkturmaßnahmen als noch nicht ausreichend ein (vgl. Tab. 1). Zudem leiden beide Volkswirtschaften an der anhaltenden Korruption, der schwachen Infrastruktur und dem geringen Diversifizierungsgrad der Wirtschaft. *Russland* zählt außerdem, laut aktueller WES-Umfrage, zu den Ländern mit besonders starken rechtlich-administrativen Einschränkungen für ausländische Investoren (vgl. Tab. 2). Zwar sind die globale Nachfrage sowie die Öl- und Gaspreise zuletzt wieder gestiegen, so dass die Umfrageteilnehmer mit einer Stabilisierung des Exportsektors in den kommenden sechs Monaten rechnen, die allgemeinen wirtschaftlichen Erwartungen für 2009 bleiben dennoch gedrückt. Vor allem die private inländische Nachfrage wird sich in den kommenden sechs Monaten weiter abschwächen. Weit aus optimistischer zeigen sich die WES-Experten hingegen in *Kasachstan*. Hier schätzen sie die aktuelle Wirtschaftslage als »zufriedenstellend« ein. Für das folgende Halbjahr rechnen sie mit einem Anziehen der Bau- und Ausrüstungsinvestitionen und der privaten Konsumnachfrage.

In Ozeanien, sowohl in *Australien* als auch in *Neuseeland*, hat sich das Wirtschaftsklima etwas aufgehellt. In *Australien* wurden beide Komponenten des Wirtschafts-

**Tab. 2**  
**Rechtlich-administrative Einschränkungen für ausländische Investoren<sup>a)</sup>**

Region	WES-Skala
<b>Keine</b>	
Finnland	8,6
Israel	8,2
Hongkong	8,0
Peru	8,0
Ungarn	7,9
Dänemark	7,7
Österreich	7,5
Großbritannien	7,5
Portugal	7,5
Rumänien	7,3
Chile	7,2
Vereinigte Arabische Emirate	7,0
Lettland	7,0
<b>Eher gering</b>	
Ungarn	6,8
Frankreich	6,8
Irland	6,7
Norwegen	6,6
Schweden	6,6
Niederlande	6,6
Schweiz	6,6
Bulgarien	6,6
Slowenien	6,5
Belgien	6,5
USA	6,5
Südkorea	6,3
Spanien	6,3
Neuseeland	6,2
Deutschland	6,2
Türkei	6,1
Kanada	5,9
Guatemala	5,8
Malaysia	5,8
Japan	5,8
Italien	5,7
Slowakei	5,6
Polen	5,5
Tschechische Republik	5,3
Kolumbien	5,3
Brasilien	5,1
El Salvador	5,0
Serbien und Montenegro	5,0
Albanien	5,0
Paraguay	5,0
Kasachstan	5,0
Kroatien	5,0
Australien	5,0
Pakistan	5,0
Taiwan	5,0
Ukraine	4,4
Indien	4,4
Südafrika	4,4
Thailand	4,2
Philippinen	4,1
Griechenland	4,1
Bolivien	4,0
Costa Rica	4,0
Vietnam	4,0
Litauen	4,0
Mexiko	4,0
<b>Eher hoch</b>	
China	3,6
Russland	3,5
Bangladesch	3,4
Argentinien	3,2
Indonesien	2,7
Venezuela	2,6
Simbabwe	2,6
Ecuador	2,2

<sup>a)</sup> Nur Länder mit mehr als drei WES-Teilnehmer sind aufgeführt. – WES-Skala: 9: keine; 5: gering; 1: hoch.

Quelle: Ifo World Economic Survey (WES), III/2009.

klimaindikator – Einschätzung der aktuellen Wirtschaftslage und wirtschaftliche Erwartungen für die kommenden sechs Monate – im Juli etwas nach oben revidiert. Die aktuelle Wirtschaftslage wird jedoch weiterhin als »schwach« beurteilt. Auch die Erwartungen für das zweite Halbjahr 2009 bleiben in *Australien* verhalten. Sowohl die Konsumnachfrage als auch die Exporte werden sich, den Antworten nach, in den kommenden sechs Monaten weiter abschwächen. Deutlich optimistischer sind die WES-Experten dagegen in *Neuseeland*. Hier erwarten sie ein Anziehen der Exporte und der privaten Nachfrage in den kommenden sechs Monaten. Auch schätzt die überwiegende Mehrheit der Umfrageteilnehmer die konjunkturstützenden Maßnahmen der Regierung als ausreichend ein (vgl. Tab. 1).

In **Mittel- und Lateinamerika** stabilisierte sich das Wirtschaftsklima im dritten Quartal 2009 auf einem niedrigen Niveau. Die aktuelle Wirtschaftslage wird jedoch weiterhin in nahezu allen Ländern des Kontinents als »schlecht« beurteilt, wenn auch im Durchschnitt etwas besser als im Vorquartal. Die Erwartungen für die kommenden sechs Monate wurden auch in dieser Region nach oben revidiert und deuten nun auf eine wirtschaftliche Stabilisierung hin. Zwischen den einzelnen Ländern gibt es jedoch erhebliche Unterschiede. So verbesserte sich das Wirtschaftsklima, nach den Umfrageergebnissen, in *Brasilien, Chile, Peru* und *Panama*, wobei *Peru* und *Panama* die einzigen Länder der Region sind, in denen auch die aktuelle Lage bereits als »zufriedenstellend« beurteilt wird. In *Brasilien* und *Chile* wird die gegenwärtige Situation dagegen noch eher als schwach beurteilt. Allerdings rechnen die WES-Experten in diesen beiden Ländern mit einem Anziehen der Bau- und Ausrüstungsinvestitionen und der privaten Konsumnachfrage in dem kommenden Halbjahr. Darüber hinaus wird in *Chile* auch eine Wiederbelebung des Exportsektors für das Jahr 2009 erwartet. Als ungünstig und sogar schlechter als in der vorangegangenen Umfrage beurteilen die WES-Experten die aktuelle Wirtschaftslage in *Costa Rica, Mexiko, Paraguay* und *Guatemala*. In *Mexiko* und *Costa Rica* rechnen sie jedoch mit einer Trendwende in diesem Jahr. Weniger optimistisch wird dagegen die wirtschaftliche Situation in *Paraguay, Guatemala, Argentinien* und *Kolumbien* gesehen und als »schlecht« beurteilt. Die Erwartungen für die kommenden sechs Monate fallen zwar nicht mehr ganz so pessimistisch aus wie in der vorangegangenen Umfrage, deuten jedoch auch noch nicht auf eine baldige wirtschaftliche Erholung hin. Die WES-Experten rechnen mit einer weiteren Abschwächung der Bau-

und Ausrüstungsinvestitionen und des Exportsektors in den kommenden sechs Monaten.

Die lateinamerikanischen Länder unterscheiden sich auch hinsichtlich des Klimas für ausländische Investoren sehr stark. So zählen *Peru, Uruguay* und *Chile* zu der Gruppe der Länder, in denen die rechtlich-administrativen Einschränkungen für ausländische Investoren als ausgesprochen gering beurteilt werden (vgl. Tab. 2). In *Argentinien, Venezuela* und *Ecuador* ist das Klima für ausländische Investitionen dagegen, laut WES-Umfrage, ausgesprochen ungünstig. Auch rechnen die WES-Experten damit, dass in den kommenden sechs Monaten rechtlich-administrative Einschränkungen für ausländische Investoren in diesen drei Ländern weiter zunehmen werden (vgl. Tab. 3).

In den durch den WES erfassten Ländern des **Nahen Ostens** hat sich das Wirtschaftsklima im Juli sehr unterschiedlich verändert. In einigen Ländern wird die aktuelle Wirtschaftslage nach wie vor sehr günstig beurteilt, insbesondere in *Bahrain, Jordanien, Kuwait* und *Saudi-Arabien*. In *Libanon* wirkte sich die zuletzt beobachtete politische Stabilität günstig auf die wirtschaftliche Erholung aus, so dass in der Juli-Erhebung die aktuelle wirtschaftliche Situation von den WES-Experten nun als »zufriedenstellend« beurteilt wurde. In den *Vereinigten Arabischen Emiraten* hat sich das Wirtschaftsklima im Zuge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise dagegen deutlich abgekühlt. Die WES-Experten rechnen nicht mit einer wesentlichen Verbesserung in den kommenden sechs Monaten und schätzen die von der Regierung eingeleiteten Konjunkturmaßnahmen als noch nicht voll ausreichend ein. In *Israel* bleiben die Urteile zur aktuellen Wirtschaftslage auf einem

**Tab. 3**  
**Erwartete Veränderungen der Rahmenbedingungen für ausländische Investoren in den nächsten sechs Monaten**

Einflussfaktoren auf das Investitionsklima	Änderungen in den nächsten sechs Monaten <sup>a)</sup>	
	Verschlechterung	Verbesserung
Rechtlich-administrative Einschränkungen für die ausländischen Investoren	Argentinien, Ecuador, Venezuela	Malaysia, Portugal, Taiwan, Türkei, Uruguay, Vereinigte Arabische Emirate
Politische Stabilität	Argentinien, Bolivien, Litauen, Paraguay, Peru, Rumänien, Venezuela	El Salvador, Indien, Indonesien, Vereinigte Arabische Emirate

<sup>a)</sup> Für die Länder, die in dieser Tabelle nicht genannt wurden, wird keine wesentliche Veränderung des Investitionsklimas erwartet. Nur Länder mit drei oder mehr Teilnehmern in der WES-Umfrage Juli 2009 wurden in die Analyse einbezogen. – Kriterien zur Auswahl von Ländern: Rückgang: Wert auf der WES-Skala zwischen 1 und 3,5; Verbesserung: Wert auf der WES-Skala zwischen 6,5 und 9.

Quelle: Ifo World Economic Survey (WES), III/2009.

ausgesprochen niedrigen Niveau. Doch die Erwartungen für die kommenden sechs Monate haben sich deutlich aufgehellt. Es wird nun mit einer Wiederbelebung der Bau- und Ausrüstungsinvestitionen, der privaten Nachfrage und der Exporte 2009 gerechnet. Zufrieden zeigten sich die WES-Teilnehmer auch mit den konjunkturstützenden Maßnahmen der Regierung (vgl. Tab. 1). Auch in der *Türkei* haben sich die Erwartungen der Befragungsteilnehmer wieder etwas aufgehellt.

In *Südafrika* ist der Wirtschaftsklimaindikator im Juli leicht gestiegen. Dies beruht jedoch ausschließlich auf den deutlich optimistischeren Erwartungen für die kommenden sechs Monate. Die Urteile für die aktuelle Wirtschaftslage haben sich dagegen erneut verschlechtert. Obgleich die WES-Experten die Konjunkturmaßnahmen der Regierung als nicht voll ausreichend einschätzen, sind sie für das Jahr 2009 optimistisch hinsichtlich der Wiederbelebung der Bau- und Ausrüstungsinvestitionen, der privaten Nachfrage und des Exportsektors.

### Deutlich reduzierte Inflationserwartungen, aber keine Deflation erwartet

Die Inflationserwartungen für 2009 sind im Weltdurchschnitt deutlich niedriger als die Inflationseinschätzungen für das Vorjahr (2,5 gegenüber 5,4%). Nach den Erwartungen der WES-Teilnehmer wird sich der Preisanstieg im Verlauf der nächsten sechs Monate auf dem derzeitigen niedrigen Niveau stabilisieren. Im Weltdurchschnitt wird somit für 2009 weder ein Inflationsschub noch ein Abrutschen in die Deflation erwartet (vgl. Tab. 4).

In *Nordamerika* sprechen die neuen WES-Daten dafür, dass der Trend der Verkaufspreise bei etwa 1,3% im Laufe der nächsten sechs Monate bleiben wird.

Im *Euroraum* liegen die Inflationserwartungen für 2009 mit 0,7% im Jahresdurchschnitt deutlich unter der Zielmarke der EZB. Interessanterweise werden die niedrigsten Preistrends für 2009 gerade in den früheren Hochinflationländern des *Euroraums* erwartet, so in *Irland* (-2,6%), in *Portugal* (0,3%) und in *Spanien* (0,3%).

Auch im übrigen *Westeuropa*, so in der *Schweiz* und in *Schweden*, wird für die nächsten sechs Monate weitgehend mit Preisstabilität gerechnet. Einzig im *Vereinigten Königreich* stiegen die Inflationserwartungen für 2009 gegenüber der vorangegangenen Umfrage leicht an (von 1,2 auf nunmehr 1,4%).

In *Asien* zogen die Preiserwartungen für den Jahresdurchschnitt 2009 geringfügig an (von 1,9 auf 2,0%), blieben aber insgesamt auch hier sehr moderat. In einigen asiatischen

Ländern, wie *Japan* und *Taiwan*, ist im Jahresdurchschnitt 2009 sogar mit leicht negativen Inflationszahlen zu rechnen (-0,3 bzw. -0,2%).

Die *GUS-Staaten* gehören weiterhin zu den Ländern mit den höchsten Inflationsraten. In *Russland* wird die Inflationsrate 2009 nahezu gleich hoch sein wie im letzten Jahr (13,0 gegenüber 14,0%). Dasselbe gilt auch für *Kasachstan*, wo die Inflationsrate in diesem Jahr mit voraussichtlich 10,0% kaum niedriger ausfallen wird als 2008 (11,0%). Auch in der *Ukraine* wird in diesem Jahr – trotz erster Erfolge bei der Inflationsbekämpfung – die Preissteigerungsrate mit 15,0% nur leicht geringer ausfallen als im Jahr davor (21,0%). Ein stärkerer Rückgang der Preissteigerung scheitert in diesen Ländern meist daran, dass wegen der erfolgten Währungsabwertungen die Importgüter in heimischer Währung gerechnet in der Regel deutlich teurer geworden sind.

In *Lateinamerika* erweist sich die Inflation ebenfalls als resistent. Vor allem in *Argentinien* (14,5%) und in *Trinidad und Tobago* (11,0%) bleibt die Inflation relativ hoch. Mit Abstand die höchste Inflationsrate in der Region wird auch 2009 *Venezuela* aufweisen (30,0%). Auf der anderen Seite scheint es in einigen Ländern der Region zu gelingen, die Inflation zumindest teilweise einzudämmen. So sind in *Bolivien* die Inflationserwartungen für 2009 seit der vorangegangenen Erhebung im April von 10,0 auf 4,9% zurückgegangen und befinden sich in *Brasilien* (4,4%) und *Mexiko* (5,6%) auf einem für südamerikanische Verhältnisse noch erträglichem Niveau.

### Leichter Anstieg der langfristigen Zinssätze erwartet

Die *kurzfristigen Zentralbankzinsen* werden nach Meinung der WES-Experten in den nächsten sechs Monaten in der Mehrzahl der Länder unverändert auf dem derzeitigen Niveau bleiben (vgl. Abb. 4). Im Einklang mit den günstigeren Konjunkturperspektiven erwarten die WES-Experten, dass die *langfristigen Zinsen* dagegen in den nächsten sechs Monaten in der Mehrzahl der Länder etwas anziehen dürften. Dies gilt im Einzelnen auch für den Euroraum und das übrige *Westeuropa*. Abweichend hiervon erwarten die WES-Experten in *Nordamerika* – sowohl in den *USA* wie auch in *Kanada* – im Laufe der nächsten sechs Monate auch bei den *kurzfristigen Zinsen* einen leichten Anstieg. Dies dürfte mit der in diesem Raum weiter vorangeschrittenen Konjunkturerholung zusammenhängen. In *Asien* werden dagegen aller Voraussicht nach trotz eindeutiger Zeichen einer Konjunkturerholung die *kurzfristigen Zinsen* weiter leicht zurückgehen und die *langfristigen Zinsen* nur sehr leicht anziehen. Ein ähnliches Bild ergibt sich auch in *Ozeanien* (sowohl *Australien* wie *Neuseeland*). In *Afrika* wird überwiegend mit wei-

Tab. 4  
Inflationserwartungen der WES-Teilnehmer für 2009 (im Juli 2009 und April 2009)

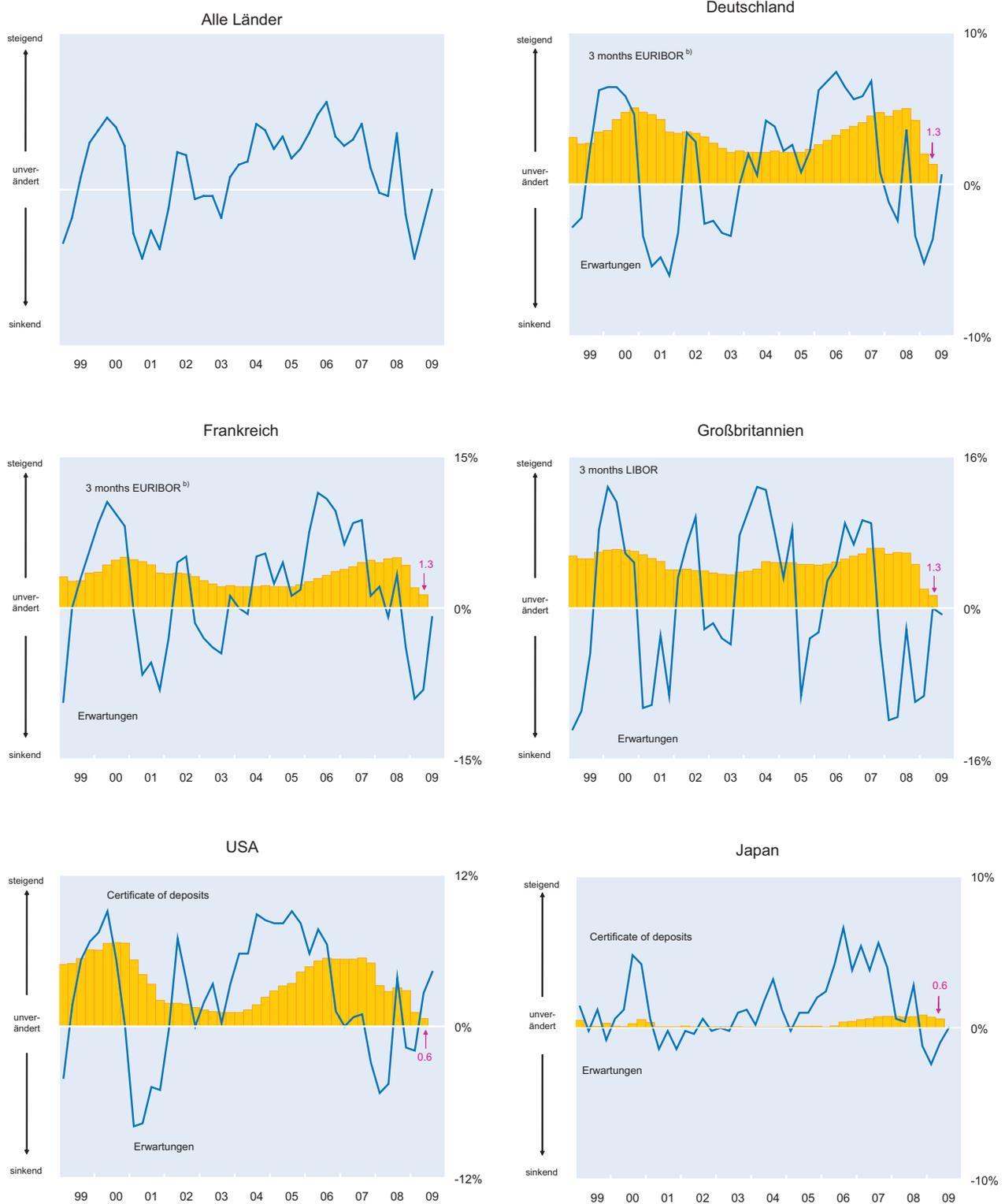
Region	III/2009	II/2009	Region	III/2009	II/2009
<b>Durchschnitt der 92 Länder<sup>a)</sup></b>	<b>2,5</b>	<b>2,7</b>	<b>Mittel- und Lateinamerika</b>	<b>7,7</b>	<b>8,1</b>
<i>Weltbank-Länderklassen:</i>			Argentinien	14,5	14,0
Hochlohnländer	1,1	1,3	Bolivien	4,9	10,0
Mittleres Einkommensniveau	6,7	7,1	Brasilien	4,4	4,5
oberes Mittel	7,1	7,3	Chile	2,1	3,2
unteres Mittel	7,8	6,5	Costa Rica	8,1	9,0
Niedriglohnländer	5,9	7,5	Ecuador	5,0	7,0
EU (27 Länder)	1,0	1,3	El Salvador	4,0	4,4
EU (alte Mitglieder) <sup>b)</sup>	0,8	1,0	Guatemala	4,7	6,1
EU (neue Mitglieder) <sup>c)</sup>	3,1	3,4	Kolumbien	4,4	5,3
Euroraum <sup>d)</sup>	0,7	1,0	Mexiko	5,6	5,5
			Panama	5,0	7,0
			Paraguay	5,8	5,8
<b>Westeuropa</b>	<b>0,8</b>	<b>1,0</b>	Peru	1,9	3,6
Belgien	0,8	0,8	Trinidad und Tobago	11,0	12,0
Dänemark	1,3	1,6	Uruguay	6,5	8,2
Deutschland	0,8	1,1	Venezuela	30,0	32,0
Finnland	0,8	1,0			
Frankreich	0,4	0,7	<b>Asien</b>	<b>2,0</b>	<b>1,9</b>
Griechenland	1,6	1,9	Bangladesch	6,6	6,7
Großbritannien	1,4	1,2	China	0,6	2,3
Irland	-2,6	-0,2	Hongkong	0,6	1,4
Island	8,5	4,0	Indien	4,5	3,6
Italien	1,0	1,1	Indonesien	5,4	6,5
Luxemburg	1,0	0,7	Japan	-0,3	-0,4
Malta	-	1,0	Malaysia	3,7	2,8
Niederlande	1,0	1,4	Pakistan	14,0	16,5
Norwegen	2,1	2,1	Philippinen	4,0	4,9
Österreich	1,0	1,1	Singapur	3,0	1,3
Portugal	0,3	0,5	Sri Lanka	12,0	12,5
Schweden	0,3	0,3	Südkorea	3,4	3,8
Schweiz	0,6	0,5	Taiwan	-0,2	-0,1
Spanien	0,3	0,6	Thailand	1,7	0,0
Zypern	1,8	2,7	Vietnam	9,3	9,3
			<b>Naher Osten</b>	<b>7,4</b>	<b>8,4</b>
<b>Mittel- und Osteuropa</b>	<b>3,3</b>	<b>3,5</b>	Iran	25,0	25,0
Albanien	3,0	3,8	Israel	2,3	1,4
Bulgarien	3,2	3,9	Jordanien	11,0	15,0
Estland	-0,7	1,7	Kuwait	5,0	9,0
Kroatien	3,1	2,7	Libanon	-	3,8
Lettland	3,6	5,3	Saudi-Arabien	4,6	6,6
Litauen	3,6	4,6	Türkei	6,9	8,0
Polen	3,2	3,2	Vereinigtes Arabische Emirate	4,6	4,9
Rumänien	5,5	6,1			
Serbien	9,0	9,3	<b>Afrika</b>	<b>8,4</b>	<b>8,9</b>
Slowakei	1,8	2,4	Ägypten	9,5	-
Slowenien	1,2	1,5	Algerien	5,0	4,0
Tschechische Republik	1,8	2,0	Kenia	16,0	20,0
Ungarn	5,0	4,9	Marokko	3,0	-
			Mauritius	7,0	8,0
<b>GUS</b>	<b>13,0</b>	<b>14,0</b>	Nigeria	15,0	15,0
Kasachstan	10,0	10,0	Simbabwe	9,4	4,4
Kirgisien	9,5	16,0	Südafrika	7,5	7,1
Russland	13,0	14,0	Tansania	15,0	-
Ukraine	15,0	18,0	Tunesien	3,0	5,0
Usbekistan	18,0	15,5			
			<b>Ozeanien</b>	<b>2,3</b>	<b>2,4</b>
<b>Nordamerika</b>	<b>1,3</b>	<b>1,3</b>	Australien	2,3	2,3
Kanada	1,2	1,1	Australien	1,9	2,4
USA	1,3	1,3			

<sup>a)</sup> Innerhalb jeder Ländergruppe sind die Ergebnisse nach den Export-/Importanteilen am Weltdurchschnitt gewichtet (ohne Simbabwe). – <sup>b)</sup> Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden, Spanien – <sup>c)</sup> Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechische Rep., Ungarn, Zypern. – <sup>d)</sup> Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Malta, Niederlande, Österreich, Portugal, Spanien, Slowakei, Slowenien, Zypern.

Quelle: Ifo World Economic Survey (WES), III/2009 und II/2009.

**Abb. 4**  
**Kurzfristige Zinsen**

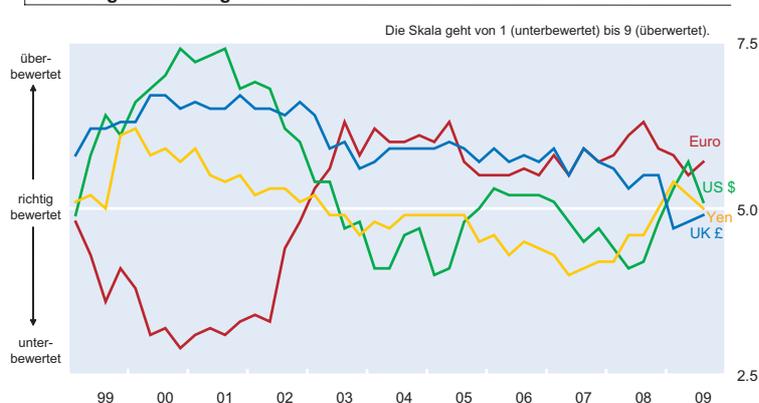
– Aktuelle Zinssätze<sup>a)</sup> und Erwartungen für die nächsten sechs Monate –



<sup>a)</sup> Quartalswerte OECD, Main Economic Indicators. <sup>b)</sup> Seit Q1/2001 EURIBOR. Vorher FIBOR in Deutschland und PIBOR in Frankreich.

Quelle: Ifo World Economic Survey (WES), III/2009.

**Abb. 5**  
**Währungsbeurteilung**



der Wert des *US-Dollar* gegenüber der jeweiligen Landeswährung nach Ansicht der WES-Experten im Wesentlichen stabil bleiben.

ter rückläufigen *Kurzfristzinsen* und mit stabilen *Langfristzinsen* gerechnet.

Auf der anderen Seite gibt es eine Reihe von Ländern, in denen mit einem weiteren Zinsrückgang im Laufe der nächsten sechs Monate gerechnet wird, und zwar sowohl am kurzen wie am langen Ende der Skala. Hierzu gehört der Großteil der *osteuropäischen Länder* (*Kroatien* und *Estland* bilden die wenigen Ausnahmen), nahezu alle *GUS-Staaten*, große Teile *Süd- und Lateinamerikas* wie auch des *Nahen Ostens*, vor allem die *Türkei*.

### Euro als leicht überbewertet angesehen

Der *Euro* wird von den WES-Experten im Weltdurchschnitt als leicht überbewertet angesehen. Die anderen großen Weltwährungen, der *US-Dollar*, der *japanische Yen* und das *britische Pfund*, gelten dagegen nunmehr als angemessen bewertet (vgl. Abb. 5). Auf der anderen Seite wird die jeweilige Landeswährung in *China*, aber auch in *Brasilien*, der *Türkei* und der *Ukraine* sowie in *Polen* als generell unterbewertet von den WES-Experten eingestuft.

Die Antworten auf eine ergänzende Frage nach der voraussichtlichen *Entwicklung des Dollarkurses* in den nächsten sechs Monaten – gleichgültig wie die Urteile zur fundamentalen Einschätzung der Währungen ausfallen – deuten auf eine stabile Entwicklung des *US-Dollar* hin. Dahinter verbergen sich allerdings unterschiedliche Tendenzen: Eine Abschwächung wird danach der Wert des *US-Dollar* vor allem gegenüber den Währungen in *Asien*, *Osteuropa*, *Australien* und *Kanada* erfahren. Auf der anderen Seite wird nach Ansicht der WES-Experten der *US-Dollar* in den *GUS-Staaten* und in den meisten *afrikanischen Staaten* sowie in der Mehrheit der Länder des *Nahen Ostens* gegenüber den jeweiligen Landeswährungen an Wert gewinnen. In *Westeuropa* und auch im Durchschnitt *Lateinamerikas* wird

Eine ausführlichere Analyse zu den einzelnen Weltregionen, der Zinsentwicklung, Inflation und Währung findet sich in der englischsprachigen Veröffentlichung »CESifo World Economic Survey«.

## ifo Dresden Studien

- 30 *Analysis of the Macroeconomic Impact of the CSF on the Economy of East Germany.*  
Von J. Bradley, E. Morgenroth, G. Untiedt. 160 S. 2001. € 25,-
- 31 *Makroökonomische Wirkungen der Europäischen Strukturfonds auf die Wirtschaft der neuen Bundesländer.*  
Von J. Bradley, E. Morgenroth, G. Untiedt. 160 S. 2001. (unveröffentlicht)
- 32 *Die sächsischen Agglomerationsräume – Innovations- und Wachstumspole für die regionale Wirtschaftsentwicklung?*  
Von K.-H. Röhl. 290 S. 2001. € 27,-
- 33 *Standortbedingungen in Polen, Tschechien und Ungarn und die Position Sachsens im Standortwettbewerb.*  
Von W. Gerstenberger, J. Jungfer, H. Schmalholz. 180 S. 2002. € 25,-
- 34 *Analyse der außenwirtschaftlichen Beziehungen zwischen Ungarn und Sachsen/Deutschland – Kooperationspotenziale im Bereich der Informations- und Kommunikationswirtschaft.*  
Von W. Gerstenberger, K.-H. Röhl, H. Schmalholz unter Mitarbeit von A. Szalavetz, M. Votteler. 180 S. 2003. € 25,-
- 35 *Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Sachsen.*  
Von W. Gerstenberger, B. Grundig, H. Hofmann unter Mitarbeit von C. Pohl, H. Schmalholz, C. Vögtle, M. Votteler, M. Werding. 320 S. 2004. € 25,-
- 36 *Demographische Entwicklung im Freistaat Sachsen – Analyse und Strategien zum Bevölkerungsrückgang auf dem Arbeitsmarkt.*  
Von M. Dittich, W. Gerstenberger, B. Grundig unter Mitarbeit von G. Markwardt, C. Pohl, H. Schmalholz, M. Thum. 120 S. 2004. € 12,50
- 37 *Öffentliche Infrastruktur und kommunale Finanzen.*  
Von Th. Fester, A. Kappeler, H. Seitz, M. Thum. 234 S. 2005. € 25,-
- 38 *Die Region Oberlausitz-Niederschlesien. Innovationspotenziale und Perspektiven im Dreiländereck.*  
Von J. Besold, P. Brandl, F. Pleschak, P. Rösler, H. Schmalholz, J. Vogt, B. Wolf. 214 S. 2005. € 25,-
- 39 *Tarifbindung, Rententeilung und Konzessionsverträge als Einflussgrößen der Lohnhöhe in Unternehmen. Eine Untersuchung mit Mikrodaten für thüringische Firmen.*  
Von F. Scharr. 307 S. 2005. € 25,-
- 40 *Unternehmensnachfolge im sächsischen Mittelstand.*  
Von M. Berlemann, S. Engelmann, C. Leßmann unter Mitarb. von H. Schmalholz, H. Spelsberg, H. Weber. 170 S. 2007. € 20,-
- 41 *Die demographische Entwicklung in Ostdeutschland.*  
Von J. Ragnitz, S. Eichler, B. Grundig u.a. 330 S. 2007. € 20,-
- 42 *Auswirkungen des demographischen Wandels auf den Dresdner Arbeitsmarkt.*  
Von M. Thum, B. Grundig, M. Kriese, C. Pohl. 60 S. 2007. € 15,-
- 43 *Die neuen Bundesländer im internationalen Standortvergleich.*  
Von M. Berlemann, S. Engelmann, M. Göthel unter Mitarb. von B. Grundig, C. Pohl, J. Ragnitz, H. Schmalholz. 270 S. 2008. € 20,-
- 44 *Revolvierende Fonds als Instrument zur Neuausrichtung der Förderpolitik.*  
Von Chr. Lessmann, J. Ragnitz, B. Schirwitz, M. Thum. 70 S. 2008. € 15,-
- 45 *Rechtfertigung von Ansiedlungssubventionen am Beispiel der Halbleiterindustrie.*  
Von B. Grundig, Chr. Leßmann, A.S. Müller u.a. 104 S. 2008. € 15,-
- 46 *Bewertung von lokalen Standortfaktoren für Haushalte und Unternehmen in Sachsen. Entwicklung von Indikatoren zur Überprüfung der Demographietauglichkeit von Förderprojekten der Sächsischen Aufbaubank.*  
Von A. Ebertz, M. Kriese, M. Thum. 80 S. 2008. € 15,-
- 47 *Erstellung von Unbedenklichkeitsbescheinigungen im Bereich der öffentlich geförderten Beschäftigung.*  
Von S. Engelmann, B. Schirwitz, M. Thum. 70 S. 2009. € 15,-
- 48 *Mittelfristige Einkommensentwicklung in Sachsen.*  
Von S. Döll, W. Nagl, J. Ragnitz, C. Thater. 70 S. 2009. € 15,-
- 49 *Cleantech in Ostdeutschland: Bestandsaufnahme und Entwicklungsperspektiven.*  
Von J. Ragnitz, H. Schmalholz, U. Triebswetter, J. Wackerbauer. 200 S. 2009. € 25,-

Zu beziehen beim

ifo Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, Poschingerstr. 5, 81679 München



**ifo Institut für Wirtschaftsforschung**

**im Internet:**

**<http://www.cesifo-group.de>**

